DIE MONATSZEITUNG FÜR SELBSTORGANISATION

CONTRASTE

POSTFACH 10 45 20 – 69035 HEIDELBERG
TELEFON 0 62 21 – 16 24 67

199 | 18. JAHRGANG | April 2001 | 8,00 DM / 4,00 Euro

AUS DEM INHALT:

OFFENER BRIEF

Die Berliner »Initiative Anders Arbeiten« hat sich mit den Plänen der Bundesregierung, für Arbeitslose eine »maßgeschneiderte Förderung« in Form individueller »Eingliederungspläne« anzubieten, auseinandergesetzt und einen Offenen Brief an diese verfasst. Seite 2

»COME TO BERLIN«

Über 1.000 Flüchtlinge und ein breites Spektrum (von AntiRaGruppen bis zu Kirchengemeinden und Menschenrechtsinitiativen, von Intellektuellen bis zu Kulturschaffenden und Gewerkschaften, von den Universitäten bis zu den Medien) wollen die VeranstalterInnen Mitte Mai zu Aktionstagen und einer Demonstration nach Berlin mobilisieren. Hauptmotto ist die »Abschaffung der Residenzpflicht«. Seite 3

UMWELTSCHUTZ VON UNTEN

Schwerpunkt unserer Doppelseite ist die Frage marktwirtschaftlicher Instrumente mit ökologischen Zielen. Sie sind in Mode und werden mit hohem Aufwand von der modernen Dreieinigkeit der Macht »Regierung – Konzerne – NGOs« offensiv vertreten und umgesetzt. Doch deren Einigkeit täuscht über vieles hinweg. »Umweltschutz muss antikapitalistisch sein!« auf Seite 4/5.

SOZIOKULTUR

Das Kulturzentrum Zollhaus im niedersächsischen Leer gehört zu den wenigen selbstfinanzierten Kulturbetrieben. Seit fast sieben Jahren gelingt es dem Betreiberverein, Haus, Programm, Personal und Betriebskosten durch einen parallel laufenden Diskothekenbetrieb zu finanzieren. Das Ende der Geduld oder »Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel« auf Seite 12.

GIESSEN

Selbst finanzieren will sich zukünftig auch das Kultur- und Wohnzentrum »Infoladen« in Gießen. Nach zweijähriger Suche und mehreren Demonstrationen haben die BetreiberInnen der ehemaligen »Südanlage 20« ein neues Domizil gefunden. Seite 12

FINANZMÄRKTE

Das mit dem Niedergang des Industriekapitalismus auch der Niedergang der Lohnarbeit, nicht nur Massenarbeitslosigkeit, sondern auch neue Formen der Lohnarbeit verbunden sind, ist hinlänglich bekannt. Wie sich das Kapital auf der anderen Seite veränderten Verwertungsbedürfnissen anpasst und die Phänomene der globalen Finanzmärkte erklärt werden können, ist im Beitrag von Robert Kurz nachzulesen. Seite 13

www.contraste.org

BIG BROTHER ?

Bitte lächeln, Sie werden beobachtet ...

»Der nächste Schritt werden Identifikationsstellen in Kaufhäusern oder am Eingang von Geschäftszentren sein. Betritt ein bekannter Dieb den Laden identifiziert ihn das System und schlägt Alarm. Und warum sollte man bei Dieben aufhören? Warum sollte man Obdachlose in einer Geschäftsstraße dulden? Oder Fixer in der Innenstadt?«
(Simon Davies: Institut für Computersicherheit an der School of economics (London) und Direktor von Privacy International)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Der folgende Beitrag beschreibt einige Möglichkeiten moderner Technologien, sowie deren Anwendung. Erst das Wissen um die Möglichkeiten macht eine eigene Position möglich. Keinesfalls erhebt der Beitrag Anspruch auf Vollständigkeit; insbesondere die Sonderbehandlung einiger gesellschaftlicher Gruppen wird nicht thematisiert. Wir weisen an dieser Stelle nur daraufhin, dass beispielsweise von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen grundsätzlich Fingerabdrücke genommen, und in einer zentralen Datenbank gespeichert werden. In diesem Beitrag wird lediglich die Datenflut jenseits der diversen Sonderbehandlungen beleuchtet. »Die moderne Informationstechnologie lädt geradezu ein, die örtlich und sachlich gezogenen Grenzen ihrer Anwendung aufzuheben, die Enge und Isoliertheit von Ressorts aufzulösen, innerstaatliche und nationale Grenzen zu überwinden und Wissen in immer größer werdenden Speichern zu sammeln. Die Grenzenlosigkeit der Informationsverarbeitung würde es gestatten, das Individuum auf seinem ganzen Lebensweg zu begleiten, von ihm laufend Momentaufnahmen, Ganzbilder und Profile seiner Persönlichkeit zu liefern, es in allen Lebensbereichen, Lebensformen, Lebensäußerungen zu registrieren, zu beobachten, zu überwachen und die so gewonnenen Daten ohne die Gnade des Vergessens präsent zu haben.«
(Herold, ehemaliger Präsident des Bundeskriminalamtes)

Staatliche Daten für Verwaltungszwecke Altbekanntes und neue Risiken

Das Erheben und Sammeln von Daten ist keine neue Erscheinung. Bei einer der verschiedenen Behörden, wie zum Beispiel den Meldebehörden, dem Kraftfahrzeugamt, der Rentenversicherungsanstalt, dem Sozial- und Arbeitsamts, etc. befinden sich Einträge zu jeder in der BRD lebenden Person. Aus all diesen Daten gehen unter anderem aktuelle wie frühere Arbeitsplätze, Familienstand, berufliche Qualifikation, Name, Alter, aktueller/früherer Wohnort, Vorstrafen, etc. hervor. Diese Daten befinden sich zunächst in unterschiedlichen Ressorts, in unterschiedlichen Computersystemen und sind somit nicht ohneweiteres verknüpfbar. Lesen Sie doch jetzt noch mal das Herold-Zitat am Beginn dieses Beitrags – die Daten sind vorhanden und die technischen Entwicklungen ermöglichen eine Verknüpfbarkeit. Bislang ist die personenbezogene Verknüpfung dieser Daten in der BRD verboten, aber in Zeiten knapper Staatskassen lassen auch staatliche Stellen aus Kostengründen ihre Datensysteme von Outsourcern verwalten. Das sind eigenständige Firmen, die für ihre Kunden Rechner installieren, Programme eingeben und Informationen verwalten. Sie garantieren eine effektive und professionelle Gestaltung der EDV. *Electronic Data System Corporation* (EDS/Texas), die *IBM*-Tochter *ISSC*, oder *Debis* sind drei dieser Firmen. Zu den Kunden der *EDS* gehören z.B. die Steuerbehörde Großbritanniens und die staatliche Gesundheitsfürsorge. *EDS* hat die komplette Datenverarbeitung der Regierung in Südaustralien übernommen, sowie das Computersystem der Einwanderungsbehörde der USA. (»Denn sie wissen was sie tun« in Spiegel Spezial Nr3/1996) Kein übergeordnetes Organ kontrolliert diese Datensammlung und deren Verwendung.

Der digitale Personalausweis

Finnland ist der Vision von Herold von staatlicher Seite näher gekommen. Im Dezember 1999 wurden die alten Personalausweise gegen elektronische Chip-Karten ausgetauscht. Diese »Fineid« genannte Karte dient als zertifizierte Unterschrift bei elektronischen Transaktionen, sie kann anstatt der Karte eines Mobilfunkbetreibers ins Handy geschoben werden und dient als Zugangsberechtigung für das Pay-Per-View, sowie für verschiedene andere Dienste. (»Die Chipkarte löst den Personalausweis ab« in FAZ 06.12.1999) Es ist eine Frage der Zeit, bis sie auch als Krankenkassenkarte, als Zugangskode für Firmen, etc. verwendet werden wird und somit ein detailliertes Bild jeder Lebensäußerung jedes Bürgers/jeder Bürgerin Finnlands ermöglicht.

Fortsetzung auf Seite 6

D 8008

01.3669 47 001
Dr. Carola Möller
Herwarthstr. 22
D-50672 Köln

Internet-Demo gegen das Abschiebegeschäft

Online-Demonstration

Die Deutsche Lufthansa AG steht aufgrund ihres Geschäfts mit Abschiebungen immer stärker in der Kritik. Vor Flugschaltern und Reisebüros, selbst auf der jährlichen Aktionärsversammlung protestieren antirassistische Gruppen gegen das »deportation bussiness« der Fluglinie. Das Netzwerk »kein mensch ist illegal« und die Solidaritätsinitiative »Libertad!« planen nun, diese Proteste ins Internet auszuweiten.

Redaktion Heidelberg ● Wenn Konzerne, die mit Abschiebungen Geld verdienen, ihre größten Filialen im Netz aufbauen, dann muss man auch genau dort demonstrieren. Ähnlich wie bei einer Sitzblockade soll der Zugang zur Homepage der Lufthansa AG durch tausende InternetnutzerInnen zeitweise versperrt werden. Aber das geht nur, wenn viele mitmachen. Die beiden Initiativen rufen deshalb internationale und deutsche Gruppen auf, sich an den Vorbereitungen der Internet-Demo zu beteiligen. Ein genauer Termin steht noch nicht fest, aber für den Tag X werden mehrere tausend TeilnehmerInnen erwartet.

Über 30.000 Menschen werden jedes Jahr per Flugzeug aus Deutschland abgeschoben – und die Lufthansa mit ihrem »weltumspannenden Verbindungsnetz« verkauft den Löwenanteil der als »deportee-tickets« gekennzeichneten Flugscheine. Die Deportation Class bringt also beträchtliche Einnahmen, aber nicht nur das: seitdem am 28. Mai 1999 der Sudanese *Amir Ageeb* in einer Lufthansa-Maschine unter den Misshandlungen deutscher Grenzpolizisten zu Tode kam, sieht sich der Konzern mit lauter werdenden Forderungen nach einem Rückzug aus dem schmutzigen Geschäft konfrontiert. Nachdem »kein mensch ist illegal« auf die mögliche Haftung der Flugkapitäne im Falle der Tötung oder Verletzung von Zwangspassagieren hingewiesen hatte, empfahl die Pilotenvereinigung »Cockpit« ihren Mitgliedern, zukünftig keine Personen an Bord zu nehmen, die einen Transport ablehnen oder gar gefesselt sind. Und selbst die ÖTV forderte ihre im Lufthansa-Aufsichtsrat sitzenden Mitglieder auf, sich gegen das Geschäft mit den Abschiebungen einzusetzen.

Am empfindlichsten dürfte den Konzern-Vorstand jedoch getroffen haben, dass sich auch in den USA das verschlechterte Image zunehmend bemerkbar macht. In einem Artikel des Wall Street Journals vom 29. Januar 2001 wurde ausführlich über die öffentliche Diskussion um die Abschiebeflüge berichtet – keine gute publicity, wo man die USA gerade zum »Zukunftsmarkt« erklärt hatte. Und den will Lufthansa durch das Internet erobern. Der eCommerce-Bereich, der jetzt noch weniger als 10% der Buchungen verzeichnet, soll im Jahr 2005 schon 40% der gesamten Umsätze erwirtschaften.

So verlockend gewinnträchtig, so anfällig ist der elektronische Kapitalismus. Zusammen mit der Siemens AG, der Deutschen Telekom und dem BKA ist die Lufthansa deshalb am »Arbeitskreis zum Schutz von Infrastrukturen« beteiligt, der abseits der Öffentlichkeit Maßnahmen zur polizeilichen Kontrolle des Netzes vorbereitet. In den Vorstandsetagen fürchtet man Hackerattacken, wie sie bereits yahoo, CNN und Microsoft trafen – und vielleicht mehr noch die Ausweitung politischer online-Proteste. Wie empfindlich Lufthansa auf Kritik aus dem Netz reagiert, wurde schon im Oktober 2000 deutlich, als der Konzern seine AnwältInnen anwies, einem Aktivisten von »kein mensch ist illegal« Unterlassungsgelder anzudrohen, falls nicht eine kritische Plakatausstellung aus dem Internet verschwinde. Dieses recht konventionelle Vorgehen führte jedoch nur dazu, dass sich weltweit Dutzende Internetprojekte gegen die Zensurversuche solidarisierten und die Ausstellung durch Spiegelung auf ihren Servern weitere Verbreitung fand.

Man darf gespannt sein, wie die Lufthansa auf die online-Demo reagiert. Der Konzern verfügt über enorme Rechenkapazitäten für seine Internetpräsenz. Sollte es trotzdem gelingen, die Homepage wie geplant zu blockieren, würde dies sicherlich nicht das Vertrauen der KundInnen fördern, die zukünftig nicht mehr im Reisebüro, sondern im Internet buchen sollen. Wir sind optimistisch und setzen darauf, dass die Kritik an den Abschiebeflügen schon so breite Kreise erreicht hat, dass eine grosse Demonstration mit internationaler Beteiligung zustandekommen wird. Proteste auf Flugschaltern wird es natürlich weiterhin geben. Damit computerunkundige DemonstrantInnen aber auch per Mausklick teilnehmen können, wird noch rechtzeitig vor der Internet-Demo eine Protest-Software veröffentlicht. ●

Kontakt: online-demo@gmx.net
oder 0177-5029083

Informationen:
www.deportation-alliance.com oder
www.libertad.de/projekte/depclass/demo

OFFENER BRIEF ZUR

»Maßgeschneiderten Förderung« für Erwerbslose

**Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Schröder,
sehr geehrter Herr Arbeitsminister Riester,
sehr geehrte Damen und Herren MitarbeiterInnen des Bundesarbeitsministeriums,**

mit großem Interesse haben wir zur Kenntnis genommen, daß die Bundesregierung plant, mit Beginn des nächsten Jahres den Erwerbslosen eine »maßgeschneiderte Förderung« in Form individueller »Eingliederungspläne« anzubieten. Viele Erwerbslose fühlen sich bislang von den Arbeitsämtern vergessen, warten teilweise schon seit Jahren vergeblich auf ein Arbeitsangebot. Wir wissen aus den Erfahrungen vieler Beschäftigungsträger, welche Bedeutung selbst schlecht bezahlte ABM- oder SAM-Stellen für viele bislang Erwerbslose haben, und wie hart die Betroffenen oft um solche Stellen gekämpft haben.

Wir schätzen die gesellschaftlich übliche Bewertung von Erwerbsarbeit als wesentlichen Lebensinhalt und die Erwerbslosigkeit als Unglück sehr kritisch ein. In Berlin z.B. kommen etwa 375 Erwerbslose auf 1 freie Stelle, ohne Aussicht darauf, daß Erwerbsarbeit für alle je zu realisieren sei. Daher halten wir eine gesellschaftliche Umwertung für dringend erforderlich. Dies ändert aber nichts daran, daß wir jedes ernsthafte Bemühen befürworten, den von Erwerbslosigkeit Betroffenen und an ihr Leidenden alle Möglichkeiten anzubieten, doch noch zum begehrten Job zu kommen.

Geradezu entsetzt sind wir jedoch, wenn dieses Bemühen begleitet wird von einer Hetze gegen angeblich nicht Arbeitswillige, wie sie z.B. gestern in der ZDF-Sendung »heute« in der Neuschöpfung des Schimpfworts »Sozialkriminelle« eskalierte. Damit waren wohlgemerkt nicht etwa steuerhinterziehende Konzerne oder die Beteiligten an Spendenskandalen gemeint, sondern die Erwerbslosen.

Wir vertreten ganz klar das Recht auf Nichterwerbsarbeit und treten ein für eine bedingungslose Grundsicherung in Form eines Existenzgeldes für alle. Aber wir wissen auch, welch große Bedeutung Erwerbsarbeit für den überwiegenden Anteil der Bevölkerung heute hat, und wie sehr die meisten Erwerbslosen unter ihrer Situation leiden. Daher wenden wir uns entschieden gegen diese diskriminierende Stimmungsmache.

Wir fordern Sie auf, allen Äußerungen entschieden entgegenzutreten, die Öl ins Feuer dieser Stammtischparolen gießen und wirksame Maßnahmen zu ergreifen zur gerechteren Verteilung der Erwerbsarbeit und zur Eröffnung von Chancen zur Teilhabe an Erwerbsarbeit ohne Anwendung von Zwangsmaßnahmen und Stigmatisierung.

Aus unserer Sicht wären als nachhaltig wirksame Maßnahmen v.a. deutliche Arbeitszeitverkürzungen für alle und die Einrichtung eines Öffentlich Geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) für gesellschaftlich notwendige, aber nicht marktfähige Tätigkeiten v.a. im sozialen und kulturellen Bereich erforderlich.●

Mit freundlichen Grüßen,
Jürgen Freier, Dieter Hoch, Erwin Riedmann, Angelika Gödde, Joachim Maiworm, Anne Seeck, Axel Grundler, Birgit Mathy, Elisabeth Voß, Hans Hagen, Katrin Mohr, Gerald Wolf

Die »Initiative Anders Arbeiten« ist ein Zusammenhang verschiedener Gruppen und Einzelpersonen, der sich aus der Vorbereitung und Durchführung des Kongresses »Anders arbeiten – oder gar nicht?!« im April 1999 in der Berliner Humboldt-Universität, veranstaltet u.a. von Netzwerk Selbsthilfe und CONTRASTE – Monatszeitung für Selbstorganisation, entwickelt hat. Das Anliegen unseres Kongresses war es, die verschiedenen Ansätze des sog. »Dritten Sektors« aus den Bewegungen der Genossenschaften, der Selbstverwaltung und der Bürgerrechtlerinnen zusammenzuführen und Ausgestaltungsmöglichkeiten sozialer Ökonomie und Perspektiven selbstbestimmter Arbeit zu diskutieren. Es wurde ein »Frühlingspapier« verabschiedet, in dem u.a. Vorschläge für konkrete Maßnahmen zur Förderung von selbstorganisiertem Leben und Arbeiten und von lokalem Wirtschaften für eine nachhaltige Entwicklung sowie zum Umbau des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors formuliert wurden. Wir führen weiterhin Veranstaltungen zu aktuellen Themen durch.

Kontakt: Initiative Anders Arbeiten, Mehringhof, c/o Netzwerk Selbsthilfe, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin
www.contraste.org/anders-arbeiten

AKTION 2001

Stabilität...

benötigt unser Zeitungsprojekt, um für längere Zeit überleben zu können. Durch das superstarke Spendenaufkommen zum Ende des letzten Jahres und durch weitere Eintritte in den CONTRASTE e.V. können wir im Jahr 2001 vermutlich ohne rote Zahlen zu schreiben, überleben.
Um auch schon für das nächste Jahr planen zu können, benötigt das Projekt zusätzliche Abos und weitere Umwandlungen von Abos in Fördermitgliedschaften im CONTRASTE e.V. Für Eure Umstellung auf Mitgliedschaft benutzt bitte den Coupon auf dieser Seite. Für ein dreimonatiges Geschenkabo benötigen wir 10 DM (Schein/Briefmarken) und die Anschrift der beschenkten Person.

Unsere aktuelle Monatsstatistik:

Sechs neue Abos konnten wir im Monat März einrichten, sieben Abos wurden gekündigt und ein Abonnent ist unbekannt verzogen. Zwei neue Fördermitgliedschaft konnten wir einrichten:
- Elisabeth Voß, Berlin (120 DM)
- Klaus Rehberg, Düsseldorf (120 DM)

Das ergibt zusammen mit unserem Minus aus dem Monat Februar Mindereinnahmen von **22 DM.**
Folgende Spenden erreichten uns in diesem Monat:
- Druckerei Ulenspiegel, Andechs (500 DM)
- Buskollektiv Unterwegs Hamburg, Werner Ader (50 DM)
- Jutta Hansen, Kassel (50 DM)
- Günther Schlarmann, Lohne (50 DM)
- Elisabeth Voß, Berlin (70 DM)

Die Summe der Spendenbeiträge ergibt **720 DM**. Bereinigt verbleibt uns ein kleines Finanzpolster von **698 DM.**
Für das Jahr 2002 hat sich eine Abonnentin für den Eintritt in den CONTRASTE e.V. entschieden:
- Carla Rimbach, Aachen (200 DM)

Zusammen mit dem Mitgliedsbeitrag aus dem Monat Februar ergibt das im Jahr 2002 **160 DM** an Mehreinnahmen.

Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen SpenderInnen, neuen und alten Fördermitgliedern!

Wir hoffen weiterhin auf Neuabos, weitere Fördermitgliedschaften und Spenden (Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 601 01, Kto-Nr. 64076 – bitte Wunsch nach Spendenquittung angeben!) und werden in der nächsten Ausgabe wieder über den neuesten Stand berichten.●

dp

FRÜHLINGSTAGE 2001

Tagung für grafische Betriebe

Vor vielen Jahren, als in Berlin noch eine Mauer stand, machte sich eine große Anzahl Menschen aus grafischen Betrieben auf, um sich dort zu treffen, zu diskutieren und zu kooperieren. Alle diese Betriebe hatten (mindestens) ein gemeinsames Merkmal: selbstverwaltet und kollektiv die Arbeit zu organisieren – ohne Angestellte und ohne Chefs.

Unter diesem Aspekt wurden in dynamischen und engagierten Diskussionen Fragen zu Lohnsystemen, Hierarchien, Betriebswirtschaft, Kooperation – aber auch Themen der technischen Entwicklung, Qualitätskontrolle und Betriebsorganisation in Arbeitskreisen und Seminaren behandelt.

In dieser Tradition treffen sich noch immer Betriebe mit Wurzeln aus dieser Zeit, aber auch neu Hinzugekommene, einmal im Jahr irgendwo in dieser Republik. Die meisten dieser Betriebe sind erfolgreich gewachsen und arbeiten mittlerweile durchaus mit Angestellten – aber mit anderen Regeln und Mitbestimmungsstrukturen als der »klassische mittelständische Betrieb«. Die meisten davon sind erfolgreich am Markt etabliert – mit überdurchschnittlicher Kompetenz und sozialer Verantwortung. In einem unorganisierten Netzwerk arbeiten viele dieser Betriebe seit Jahren bundesweit zusammen, wickeln gemeinsam Aufträge ab, tauschen Informationen aus und unterstützen sich bei technischen Fragen und dem Einsatz neuer Technologien. Nicht zuletzt sind diese Treffen ausgesprochen lustig und unterhaltsam.

Dieses Jahr finden die Frühlingstage zum 2. Mal nach 1995 in Hamburg statt. Vorbereitet wird das Treffen von Leuten aus 4 Hamburger Betrieben.

Die Frühlingstage 2001 werden vom 24. bis 27. Mai stattfinden. Der Programmablauf wird folgendes enthalten:
Donnerstag: Ankunft der TeilnehmerInnen und ein »festliches Buffet«.
Freitag: Arbeitsgruppen und Schiff fahren.
Samstag: Arbeitsgruppen und Betriebsbesichtigungen, Abschlußplenum
Sonntag: gemeinsames Frühstück und Abreise
Bisher sind folgende Themen angedacht bzw. geplant:
- PDF-Workflow in der Druckvorstufe
- Wertewandel – Werte wandeln (Standortbestimmung der selbstbestimmten Arbeitsstrukturen)
- Marketing
- Unternehmenskooperation (betriebswirtschaftlich/organisatorisch)
- Controlling mit dem Programm Plan & Erfolg
- PDF-Überblick für die Mediendienstleister (Dokumentenmanagement, Archivierung, Internet)

Wer sich inhaltlich an den FT beteiligen will oder Vorschläge hat, kann sich gerne (!) mit uns in Verbindung setzen. Es wird auch Platz geben für Austausch-Foren zu von Euch gewünschten Themen (z.B. Erfahrungen mit Kalkulations-Software, WEB-Anforderungen, CTP, Visionen etc.pp). Der Unterhaltungswert der Frühlingstage wird wie immer groß geschrieben, ohne Sperrstunde versteht sich.●

Weitere Infos & Anmeldung:
Reset Grafische Medien GmbH, Holstenstr. 201, D-22765 Hamburg, Tel. (0 40) 432 24 25, Fax 439 04 41, E-Mail: fruehlingstage@resetgmbh.de
Der aktuellen Stand der Vorbereitungen kann auf der homepage www.resetdruck.de verfolgt werden.

ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNG: Wettbewerb um die besten Projektideen

Wettbewerb – Dialog – Innovation. Diese Stichworte charakterisieren die Förderpraxis des Fonds Soziokultur und sollen in der Mai-Ausschreibung 2001 zusammenwirken. Insgesamt 850.000 DM stehen zur Verfügung, um zeitlich befristete Projekte zu fördern, in denen neue Angebots- und Aktionsformen in der Soziokultur entwickelt und erprobt werden. Diese Fördermittel sind ein Anreiz für einen bundesweiten Wettbewerb um die besten Projektideen in diesem kulturellen Praxisfeld. Kulturelle Initiativen, Zentren und Vereine sind aufgerufen, sich daran zu beteiligen und Anträge für das zweite Halbjahr 2001 zu stellen. Einsendeschluss ist der **1. Mai 2001** (es gilt das Datum des Poststempels).

Dialog zwischen den Kulturen

Die Generalversammlung der Vereinten Nationen hat das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr des Dialogs zwischen den Kulturen erklärt und staatliche und nichtstaatliche Einrichtungen aufgerufen, geeignete kulturelle Programme und Initiativen zur Förderung des interkulturellen Austausches zu entwickeln. Daran will sich der Fonds Soziokultur beteiligen und hat deshalb einen *Teilbetrag der Fördermittel* für das Thema »Dialog zwischen den Kulturen« reserviert. Insbesondere sind also solche Projektträger zur Antragstellung ermuntert, die mit kulturellen und künstlerischen Mitteln zur gegenseitigen Verständigung und Anerkennung von Menschen aus verschiedenen Traditionen und Kulturen beitragen wollen. Die deutsche UNESCO-Kommission hat die Ausschreibung des Fonds zum offiziellen deutschen Beitrag des Internationalen Jahres »Dialog zwischen den Kulturen« der Vereinten Nationen erklärt.

Innovationspreis Soziokultur

Neu ist die Ausschreibung und Verleihung eines »Innovationspreises Soziokultur«. Erstmals wird ein Projekt, dass in herausragender Weise die Idee des interkulturellen Dialogs umgesetzt hat, mit einem Preis gewürdigt, der mit 20.000,- DM dotiert ist. Damit soll ein zusätzlicher Anreiz zur Beteiligung an dem Dialog zwischen den Kulturen und zur Entwicklung von modellhaften Initiativen und Projekten geschaffen werden. Die Bewerbung um diese Auszeichnung erfolgt im Rahmen des allgemeinen Antragsverfahrens dieser Ausschreibung und unter Bezugnahme auf das Leitthema. Wer eine Förderung erhält und sich mit dem Dialog der Kulturen auseinandersetzt, nimmt an dem Preiswettbewerb teil.●

Nähere Informationen zur Ausschreibung und die Antragsvordrucke für die Mittelvergabe zum Stichtag 1. Mai 2001 können über die Geschäftsstelle des Fonds oder über folgende Internet-Adresse bezogen werden:
www.soziokultur.de/fonds
Fonds Soziokultur e.V. , Weberstr. 59a, D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 201 67 35, Fax 201 67 36

dp

JETZT CONTRASTE FÖRDERN !

- O Ich werde Fördermitglied bei CONTRASTE – Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie, dafür erhalte ich CONTRASTE jeden Monat umsonst.
- O Mein Mitgliedsbeitrag beträgt ..... DM pro Jahr. (mindestens 120,– DM für Einzelpersonen, mindestens 300,– DM für juristische Personen)
- O Ich bin bereits CONTRASTE-AbonnentIn und kündige mit dem Eintritt in den CONTRASTE-Verein mein Abo.
- O Meine Mitgliedschaft soll sofort beginnen.
- O Meine Mitgliedschaft soll mit Ablauf meines Abos beginnen.
- O Schickt mir erst mal Eure Satzung.

Name, Vorname _____

Straße _____

Wohnort _____

Datum _____ Abo-Nr.: _____

Unterschrift _____

Coupon ausschneiden und einsenden an: CONTRASTE e.V.· Postfach 10 45 20 · D-69035 Heidelberg

Kurt's Surf-Center

...ab jetzt monatlich die heißesten Tipps aus dem Internet

Natürlich. Unter www.contraste.org befinden Sie sich nur 2 Clicks von einem CONTRASTE-Abo entfernt. Was uns jedoch Sorgen macht: genauso einfach ist es, CONTRASTE wieder loszuwerden. Derzeit stapeln sich Abo-Kündigungen. Das geht nicht so weiter.

Der Gebrauchswert der Zeitung soll sich erhöhen. Daher jetzt monatlich unser Surftipp von Kurt's Surf Center. Kurt ist unser rasender Internet-Scout auf der suedschiene.de und wird fündig.

Sie haben Finanzprobleme und können sich diese Zeitung nicht mehr leisten? Kündigen Sie doch erst mal Ihrem Ehepartner. Wie das billig geht? Natürlich über Internet:

Scheidung per Klick

Paul Wilmott, Finanzberater aus London, hat sich als erster Brite online scheiden lassen. »Ich kann noch gar nicht glauben, wie einfach es war«, sagte er der »Daily Mail«. »Ich wollte eine schnelle, billige Scheidung, aber die Honorare, die die Anwälte fordern, sind ja lächerlich.« Bei einer Scheidungs-Website [s.u.] habe er nur 180 Mark bezahlt, während die Anwälte über 1.600 Mark verlangt hätten. Mark Keenan, der Gründer des Internet-Scheidungs-Service, sagte: »Die meisten Leute wollen sich so schmerzlos, schnell und billig wie möglich scheiden lassen. Dank unseres Systems können sie das tun, ohne aus dem Sessel aufzustehen.«●

Infos: Scheidungs-Service
www.divorce-online.co.uk/menu/menu3.html

AKTIONSTAGE VOM 17. BIS 19. MAI 2001 IN BERLIN: ABSCHAFFUNG DER RESIDENZPFLICHT!

»Come to Berlin«

Auf einem bundesweiten Teffen der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen« Ende Januar im Mehringhof/Berlin beschlossen, wird seit über zwei Monaten zu Aktionstagen mit abschließender Großdemonstration zur Abschaffung des skandalösen und rassistisch motivierten Residenzpflicht-Gesetzes mobilisiert. Das Ganze soll nach dem Willen der VeranstalterInnen – »The VOICE e.V. Africa Forum«/Jena, der Flüchtlingsinitiative Rathenow sowie »Internationaler Menschenrechtsverein«/Bremen – vom 17. bis zum 19. Mai 2001 in Berlin stattfinden. (Infos unter www.umbruch-bildarchiv.de/video/residenzpflicht/maidemo.html)

Foto: Umbruch-Bildarchiv, Berlin

Leh, Umbruch-Bildarchiv Berlin ● Die »Karawane« hat sich viel vorgenommen. In ihrem Aufruf heißt es zu den Zielen der Aktionen im Mai: »Es wird eine gewaltfreie, friedliche Demonstration sein. Die Demonstration soll Entschlossenheit und Kampfbereitschaft zeigen. Unsere Hauptziele sind folgende: Die deutsche Öffentlichkeit für das Thema Residenzpflichtrestriktionen zu sensibilisieren. Die PolitikerInnen für dieses Thema zu sensibilisieren. Und dabei möglichst viele Asylsuchende und sympathisierende Deutsche zur Teilnahme zu mobilisieren.«

Die OrganisatorInnen wollen über 1.000 Flüchtlinge nach Berlin mobilisieren. Außerdem soll ein möglichst breites Spektrum einheimischer und internationaler UnterstützerInnen (von AntiRaGruppen bis zu Kirchengemeinden und Menschenrechtsinitiativen, von Intellektuellen bis zu Kulturschaffenden und Gewerkschaften, von den Universitäten bis zu den Medien) für dieses Projekt gewonnen werden. Mittlerweile haben zwei Vorbereitungstreffen im Januar und Februar stattgefunden und es gibt erste positive Resonanz. Der Flüchtlingsrat des Landes Brandenburg hat die Initiative aufgegriffen und in Berlin arbeitet ein Vorbereitungskreis, um die vielfältigen organisatorischen Hürden zu meistern, die es bis Mai zu überwinden gilt.

Ermöglicht den Flüchtlingen die Teilnahme! Gründet Patenschaften!

An erster Stelle ist die Finanzierung zu nennen. Über 1.000 Flüchtlinge aus dem gesamten Bundesgebiet wollen für die drei Tage nach Berlin reisen und dort an zentraler Stelle gemeinsam in einer Zeltstadt campieren. Dies allein würde schon enorme öffentliche Aufmerksamkeit für das Anliegen erzeugen, aber es bedeutet auch, für die entstehenden Unkosten in kalkulierter Höhe von 100.000 DM jetzt die Unterstützungsmittel heranzuschaffen. Deswegen ist an diverse Stiftungen und Fonds bereits herangetreten worden, um Förderungen für die Maitage zu erhalten. Dabei ist absehbar, dass über diesen Weg nur ein Teil der benötigten Gelder organisiert werden kann.

Es gibt eine weitere Idee: In den diversen Regionen und Gegenden des Landes könnten lokale Patenschaften gegründet werden. Regionale Gruppen stellen Kontakt in ihre umliegenden Flüchtlingsheime her und organisieren die Anreise für die Flüchtlinge, die im Mai kommen wollen. Letztes Jahr hat dies für die Vorbereitung des Karawanekongresses in Jena gut geklappt. (Von ca. 40 regionalen Gruppen wurden jeweils etwa 1.000 DM gesammelt). So gut diese Idee ist, setzt sie doch sehr auf die Eigeninitiative und den Einfallsreichtum der linken Strukturen an den jeweiligen Orten. Überlegt euch Veranstaltungen, Feste, Konzerte, fragt die ASten in euren Städten, stellt Sammelbüchsen in Kneipen auf... werft eure Gehirnzellen an!

Der Ablauf der Aktionstage steht in allen Einzelheiten noch nicht fest, aber es wird anhand von Fallbeispielen um die Repressionen gehen, denen die Flüchtlinge infolge der bestehenden Residenzpflicht tagtäglich ausgesetzt sind. Ebenso thematisiert werden soll die Lage in vielen Heimen und Lagern. Die langjährige Forderung ist, endlich die freie Wohnungswahl der Betroffenen (wieder) herzustellen!

Neben den inhaltlichen Programmpunkten soll es auch ein Kulturprogramm für die Tage geben. Die Route der Abschlussdemonstration und der Kundgebungsort stehen noch nicht fest. Jedoch bieten sich das Regierungsviertel und der Bundestag als Orte, sowohl von ihrer zentralen Lage als auch ihrer politischen Bedeutung als Verursacher der repressiven Bedingungen in diesem Lande an. Für alle Techniks wie Übernachtungen in Zelten, die Verpflegung und sanitäre Versorgung während des Aufenthaltes werden sich in Berlin Arbeitsgruppen bilden.

Hintergründe zu den Aktionstagen

Zum Schluss noch etwas Hintergründiges zu den geplanten Aktivitäten. Dass die Residenzpflicht als politischer Ansatzpunkt gewählt wurde – und nicht etwa drohende Abschiebungen oder das Asylrecht im allgemeinen – ist in der langjährigen Geschichte, die es in der Bundesrepublik mittlerweile zu den Bereichen Flucht und Migration gibt, ein Novum, hat allerdings auch eine Vorgeschichte der letzten zwei bis drei Jahre:

Aus den Aktivitäten im Vorfeld der Bundestagswahl 1998 (hier entstand der Zusammenschluss »Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen«). und der Wanderkirchenasylaktivitäten von »Kein Mensch ist illegal«-Gruppen entwickelte sich die kontinuierliche Zusammenarbeit, die zu dem großen internationalen Flüchtlingskongress im Frühjahr 2000 nach Jena einlud. Im wesentlichen getragen von »The VOICE e.V. Africa Forum«, also von betroffenen Flüchtlingen selber, wurden diese Menschen von den deutschen Behörden in der Folgezeit mit massiver juristischer Repression behelligt. Flüchtlinge hätten in Deutschland, so die staatliche Argumentation, kein Recht herumzureisen. Sie hätten gegen das sogenannte Residenzpflichtgesetz verstoßen und müssten dafür jetzt zur Verantwortung gezogen werden, schlimmstenfalls abgeschoben werden. Mittlerweile sind mehrere Prozesse gelaufen oder Verfahren anhängig.

An dieser Bedrohungssituation wurde angesetzt und erstmalig offensiv eine Kampagne gegen das rassistische Residenzpflichtgesetz gestartet. Und die Gegenwehr der Flüchtlinge, die sich dieser Repression nicht mehr unwidersprochen beugen, zeigt erste Auswirkungen. Der Staat reagiert zunehmend nervös auf diese Umtriebe. Zuletzt hat es Ende Februar von Seiten der CDU einen Vorstoß gegeben, die Rechte auf politische Betätigung von hier lebenden Flüchtlingen abzuschaffen. (Vgl. die Aussagen des CDU-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz am 25. Februar im Bundestag).

So bleibt zu hoffen, dass Flüchtlinge und ihre HelferInnen im Mai in Berlin erfolgreich und kraftvoll eine rassistische Hürde aus dem Wege räumen, womit die politische Betätigung von Asylsuchenden in diesem Lande, und damit ihre Selbstorganisierung für Menschenwürde, einen soliden Schritt nach vorne kommen könnte.●

Wer die Aktivitäten finanziell unterstützen will, überweise auf das Spendenkonto:
The Voice Africa Forum, Kto-Nr. 0231633905, Postbank Leipzig, BLZ 860 100 90,
Stichwort: »Residenzpflicht-Aktionstage«

Für alle Anfragen, Informationen und Aufruf-Unterstützung: The Voice Africa Forum e.V. Jena, Schillergäßchen 5, D-07745 Jena, Tel. (0 36 41) 66 52 14
email: The_VOICE_Jena@gmx.de

Internet:
www.freespeech.org/inter/residenz
www.humanrights.de

Aktuelle Informationen auch bei:
www.umbruch-bildarchiv.de

Freedom of Thought

Freedom of Thought ist eine Internationale Konferenz über Menschenrechte, biologistische Diskriminierung und psychiatrischen Zwang, die vom 29. Juni bis 2. Juli 2001 an der Freien Universität Berlin stattfindet. Die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, *Mary Robinson*, wird einen Vertreter entsenden, der die Konferenz mit einer Grußadresse eröffnet. Nach der Eröffnungsveranstaltung am 29. Juni 2001 teilt sich die Konferenz in das *Fünfte Internationale Russell Tribunal on Human Rights in Psychiatry* und das *Symposium Geist gegen Gene* (The Mind Challenges Genes).

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen garantiert das Recht auf Freiheit der Gedanken (Artikel 18). Das Fünfte Internationale Russell Tribunal on Human Rights in Psychiatry untersucht den psychiatrischen Begriff der Geisteskrankheit sowie die Zwangseinweisung und Zwangsbehandlung in psychiatrischen Institutionen vor dem Hintergrund der Verletzung von Grundrechten. In Berlin 2001 wird das Tribunal das Augenmerk auf die Geschichte der Psychiatrie, die Gesetzgebung im Bereich der Psychiatrie und auf die Stigmatisierung und Ausgrenzung der Betroffenen richten. Es soll in den Folgejahren mit anderen Schwerpunkten in New York und Jerusalem stattfinden.

Geist gegen Gene (The Mind Challenges Genes) eröffnet ein Forum jenseits des konventionellen Paradigmas zweckgebundener Produktion biotechnologischen Wissens und der Ideologie der »Verbesserung« des Menschen. Mit voranschreitender Kommerzialisierung der Biowissenschaften steigt die Gefahr, dass der Wert des Menschen an der »Qualität« seines Erbgutes gemessen wird: eine Aufwertung des »Gesunden« geht mit der Abwertung des »Kranken« einher. Einem Rassismus ohne Rasse wird auf der Basis von genetischen Profilen das Feld bereitet. Die Kriterien der Zuordnung bleiben im Dunkeln und spiegeln lediglich neueste biologische und medizinische Erkenntnisse wider.●

Infos: www.freedom-of-thought.de

AUSSTELLUNG FÜR DIE FREIHEIT DER GEFANGENEN AUS DER RAF

»Fingerabdrücke«

**»Kunstwerke sind Fingerabdrücke der Seele«
(* Peter Hacks)**

Im April zeigen zwanzig bildende Künstlerinnen und Künstler in einer gemeinsamen Ausstellung in der »Galerie im Pferdestall« der Berliner Kulturbrauerei Werke aus den Bereichen Malerei, Grafik, Skulptur, Fotografie, Film und Installation.

Freiheit Jetzt! (Berlin) ● Die Künstlerinnen und Künstler finden sich mit ihrer Arbeit in dieser Ausstellung zusammen, weil sie sich mit ihren unterschiedlichen Lebens- und Gesellschaftserfahrungen in einer politischen Entscheidung treffen: Mit ihren Arbeiten – Ausdruck ihres Blicks auf die Welt – der Forderung nach Freiheit für die noch einsitzenden sechs Gefangenen aus der RAF (Rote Armee Fraktion) Nachdruck zu verleihen.

Die Ausstellung setzt ein Zeichen, sich der Exekution staatlicher Rache an den Gefangenen entgegen zu stellen. Nahezu alle Gefangenen aus der RAF sind inzwischen seit fünfzehn bis zweiundzwanzig Jahren ununterbrochen inhaftiert. Alle waren in dieser Zeit den verschiedenen Formen von Sonderhaft ausgesetzt, alle haben Jahre schärfster Isolationshaft hinter sich. Eine Form der Haft, die international als »weiße Folter« geächtet ist, weil sie die psychische und physische Integrität der Gefangenen zerstört. Zwischen den gesellschaftlichen politischen Kräfteverhältnissen der siebziger und achtziger Jahre, der Zeit der Verhaftungen der heute immer noch Inhaftierten Gefangenen, und den heutigen Zuständen, liegen Welten. Das wissen alle. Nach all dieser Zeit gibt es nur noch eins – Die Gefangenen müssen raus!
Darum geht es.●

An der Ausstellung beteiligen sich: Mariele Bergmann, Berlin (Plastiken), Rolf Biebl, Berlin (Malerei), Linde Bischof, Berlin (Lithografie), Jakobine Engel, Berlin (Videoinstallation), Tom Gefken, Bremen (Installation), Achim Göbel, Karlsruhe (Videoinstallation), Rudolf Hägele, Stuttgart (Malerei), Regina Hennen, Bremen (Malerei), Marikke Heinz Hoek, Bremen (Grafik), Ingeborg Hunzinger, Berlin (Skulpturen), Joachim John, Neufrauenmarck (Radierungen), H. Lennard Körber, Berlin (Malerei), Jörg Möller, Berlin (Fotografie), Erika Plamann, Bremen (Installation), Thomas J. Richter, Berlin (Malerei), Uta Schneider, Speyer (Malerei), Cajus J. Spillner, Eibergen - NL (Skulptur & Druck), Marily Stroux, Hamburg (Fotografie), Wolfgang Szepansky, Berlin (Linoldrucke).

Zur Begleitung der Ausstellung finden eine Reihe politischer und kultureller Veranstaltungen in Berlin statt.

Die Ausstellung wird vom 6. bis 29. April 2001 in der Galerie im Pferdestall, Kulturbrauerei Berlin, Knaakstr. 97, 10435 Berlin, gezeigt (Di bis Fr 16 bis 20 Uhr, Sa, So 14 bis 21 Uhr)

Kontakt: Freiheit jetzt!, Postfach 36 04 42, D-10974 Berlin, www.freiheit-jetzt.de

* Aus: Peter Hacks, »Schöne Wirtschaft -ästhetisch-ökonomische Fragmente«, Hamburg 1996

Flüchtlinge ergreifen das Wort
Videofenster bei Umbruch-Bildarchiv

http://www.umbruch-bildarchiv.de/video/videofenster.html

Einen Videosampler „No deportation" mit den Internet-Videos gibt es jetzt als VHS-Kassette. U.A. mit Ausschnitten aus dem Karawanefilm, Hintergrund zur Residenzpflicht, Portraits, Abschiebung aus dem Flüchtlingsheim Zwickau, Aufruf zur Grossdemonstration am 19. Mai 2001 in Berlin. 63 Minuten, VHS
In Kurzvideos stellen sich Flüchtlinge dar, die wegen Verletzung der Residenzpflicht vor Gericht standen bzw. von Abschiebung bedroht sind. Der Sampler soll zur Mobilisierung beitragen für die Aktionstage gegen die Residenzpflicht im Mai.
Preis 39,80 DM (incl. MwSt. und Porto), Wiederverkäufer erhalten 25% Rabatt. 5,- DM pro Kassette gehen in den Topf für die Aktionstage. Die Einnahmen dienen der Finanzierung des Videofensters "No Deportation".

Bestelladresse:
Umbruch-Bildarchiv, Lausitzer Straße 10, 10999 Berlin,
Tel. 030/612 30 37, post@umbruch-bildarchiv.de

UMWELTSCHUTZ VON UNTEN

Umweltschutz muss antikapitalistisch sein!

Schwerpunktthema dieser Doppelseite aus der Redaktion »Umweltschutz von unten« ist die Frage marktwirtschaftlicher Instrumente mit ökologischen Zielen. Sie sind in Mode und werden mit hohem Aufwand von der modernen Dreieinigkeit der Macht »Regierung – Konzerne – NGOs« offensiv vertreten und umgesetzt. Doch die Einigkeit täuscht über vieles hinweg. Zum einen und schnell ersichtlich über die antidemokratische Orientierung solcher Instrumente und den Weg dahin. Was im Markt geschieht, entzieht sich jeglicher Mitbestimmung – nicht einmal eine (nutzlose) Wahl alle vier Jahre, um die ExekutorInnen der Verwertungslogik auszuwechseln oder zu bestätigen, ist mehr möglich. Und die NGOs als neue Teilhaber an der Macht täuschen eine »zivilgesellschaftliche« Diskussion nur vor. Sie sind völlig fern jeglicher Nähe zu den im Alltag darbenden Menschen, ja sogar zu ihrer eigenen Basis. Meist haben sie Parteibücher in der Tasche, die NGOs selbst sind abhängig von Staats- und Konzerngeldern. Schlimmer aber noch sind die antidemokratisch entwickelten Instrumente selbst. Sie verstärken den marktwirtschaftlichen Druck auf die Menschen und die Umwelt. Marktwirtschaft bedeutet den Zwang zur Verwertung. Alles, was in den Markt eingebunden ist, unterliegt der Verwertung – Produkte, Produktionsmittel, Umwelt und die Menschen mit ihrer Arbeitskraft sowie, an Bedeutung gewinnend, Kreativität bis hin zu genetischem Material. Die marktwirtschaftlichen Umweltinstrumente machen die Umwelt zur Ware und werfen sie auf den Markt. Kaschiert wird das mit der Formulierung, daß die Natur einen korrekten Preis haben soll – aber genau das ist Marktwirtschaft pur. Dann ist sie kaufbar – von denen die das Geld dazu haben. Kapitalakkumulation wird erweitert um die Luft, das Wasser, die Rohstoffe bzw. das jeweilige Recht, sie zu »verbrauchen«.
UmweltschützerInnen, den Verbänden, den Ökofirmen (Betriebe, Banken usw.) fehlt eine Analyse des Kapitalismus und der Marktwirtschaft. So verfallen sie der Dummheit, den Bock zum Gärtner machen zu wollen. Staat und Markt, die Hauptverursacher der Umweltzerstörung, werden plötzlich zu Hoffnungsträgern. Das aber sind sie nicht. Ganz im Gegenteil!

Berlin:

10 Tage voller Umweltaktionen gegen Markt und Profit

»Für Umweltschutz ohne Markt, Staat + Profit« stand auf dem Transparent, das Umweltschutz-AktivistInnen mehrfach bei Aktionen hochhielten. Sie setzten damit vom 25.1. bis 4.2. in Berlin Contrapunkte zu ökoneoliberalen Konzepten und Entwicklungen. Sie nutzten die Messe »Grünes Geld« und die Umweltkonferenz 2001 für ihren Protest, organisierten eigene Veranstaltungen, Seminare und Diskussionen.

Erste Station: Messe »Grünes Geld«

Hohe Renditen und große Chancen zum Geldverdienen – das sind die Kernaussagen für ethische Geldanlagen. So auch auf der Messe »Grünes Geld«, die vom 25.-27.1. in Berlin im Rahmen der Grünen Woche lief. Beim Auftakt des gleichnamigen Kongresses jedoch erhielt das Bild einen neuen Farbton: UmweltschützerInnen hielten ein Transparent mit der Aufschrift »Für Umweltschutz ohne Markt, Staat + Profit« hoch, verteilten eine »Ökozeitung gegen Markt und Kapital« und ließen sich auf verschiedene Diskussionen mit den Anwesenden ein. In einem kurzen Redebeitrag bezeichneten sie den Staat und die Verwertungslogik des Marktes als Hauptursachen für Umweltzerstörung und Unterdrückung von Menschen. Wer Geld als Mittel zur Durchsetzung ökologischer Ziele einsetzt, schafft zudem ein Gefälle zwischen den Metropolen (wo das Geld eingesammelt wird) und der Peripherie (wo die Projekte verwirklicht werden). Solche Prinzipien können nicht die neue Plattform für ökologische Ziele sein, sondern müssten angegriffen und überwunden werden zugunsten eines Umweltschutz von unten.

Die Reaktion der anwesenden ZuhörerInnen auf dem Kongress »Grünes Geld« war sehr gespalten: Einige lehnten die Aktionsform ab, andere auch die Inhalte, nach der kurzen Rede gab es aber auch vereinzelten Applaus. Die Bewertungen blieben auch in den Folgetagen unterschiedlich, doch ein Ziel erreichte die Aktion auf jeden Fall: Das Thema war drin. Ist die Orientierung an Markt und Profit mit den ethischen Zielen verbindbar? Müssen nicht zusätzliche Kriterien z.B. zur Mitbestimmung der Bevölkerung dort, wo Projekte aufgebaut werden? Einige VertreterInnen von Firmen äußerten Kritik an der Aktion, zeigten aber im Laufe der Gespräche immer mehr Akzeptanz für die inhaltlichen Positionen. Andere zeigten gleich offen ihre Sympathie und nur in einem Fall (*GLS-Bank*) war das schon vorher vereinbarte Gespräch sehr kurz: Aufgrund der Aktion lehnte der Öffentlichkeitsreferent, überzeugter Anthroposoph jegliche Zusammenarbeit ab.

Seitensprung: Agenda-Debatte in Berlin

Am Abend des 25.1. sollte eine kritische Reflexion der bisherigen Agenda-Arbeit in Berlin laufen. Alle AktivistInnen, die am Tage noch auf der »Grünes Geld«-Messe waren, mischten sich in die Debatte ein. Enttäuschend: Von kritischer Reflexion war nichts zu spüren. Im Hauptvortrag verglich Hauptreferent *Elmar Altvater* zwar sehr zielsicher die Nachhaltigkeit mit einem Wieselwort, angelehnt an die Art des Wiesels, ein Ei so auszusaugen, daß es nicht zu sehen ist (»außen hui, innen leer«), bei seinen Vorschlägen für Konsequenzen bot er aber das gewohnt schwache Bild, warb für die Organisation *ATTAC*, die eine Besteuerung von Aktienspekulationen als wichtigstes Ziel hat (was das wohl ändern soll?), oder ähnliche Reförmchen. Noch schlimmer formulierte Zweitredner *Stefan Richter*, der in gestelzten, inhaltsleeren Redebeiträgen weiterhin auf die Agenda setzte. Auch weitere Redner benannten keinerlei Perspektiven. Nur eines: In Mode kam der Begriff »Revolution« – fast alles, was zur Zeit läuft, war »revolutionär«. Das und überhaupt die fehlenden Perspektiven kritisierten die Umweltschutz-von-unten-Akteure. Sie entwickelten eigene Vorschläge für Projekte, die von unten organisiert werden: »Die Innenhöfe den Menschen, die dort wohnen. Die Schulhöfe den SchülerInnen. Die Straßen und Grünanlagen den Menschen in den Kiezen. Die Energieanlagen denen, die die Energie auch brauchen«. Niemand ging mehr auf diese Vorschläge ein. Von Altvater bis zu den offensiven Agenda-21-Fans wurden sie übergangen oder gar abgelehnt. Das Treffen ging ohne Ergebnis zuende. Niemand störte sich daran. Eine Runde von Grünen, die VeranstalterInnen waren, stand am Ausgang zusammen und freute sich über den harmonischen Abend und ärgerte sich über die »Plattitüden« der Umweltschutz-von-unten-AktivistInnen, die

Fortsetzung nächste Seite

Erklärung zur Umweltkonferenz 2001

Mit diesem Text und der Protestaktion gegen das Treffen von Regierungs-, Konzern- und NGO-FunktionärInnen möchten wir gegen einen Umweltschutz protestieren, der die Umwelt zur Ware und die kapitalistische Marktwirtschaft zur einzigen Zukunft macht. Wir möchten Alternativen vorstellen und diese einfordern.

Zunächst aber das, in dem wir uns einig sind: Der Umwelt geht es schlecht. Mit der Ausrottung von Tieren und Pflanzen, der Veränderung und Privatisierung von Boden, Wasser, Luft, Klima, Tieren, Pflanzen und ihren Genen sowie der Zerstörung von Landschaften wird jedoch nicht nur die Natur zerstört, sondern auch die Lebensgrundlage von Menschen. Das trifft die Menschen sehr unterschiedlich – die, die das Geld haben, sich ihre Umwelt mit technischen Mitteln zu reparieren, die per Auto oder Flugzeug in weite Ferne fliegen und den Folgen der Zerstörungen entfliehen können und die durch ihre Macht viele Folgen der Umweltzerstörung auf andere Menschen und Gebiete abwälzen können, trifft es bislang nur wenig. Die überwältigende Mehrheit der Menschen aber kann das nicht. Sie trifft es bereits seit Jahren und Jahrzehnten hart. Armut, Kriege, Flucht und Abhängigkeiten sind vielerorts auch Folge von Umweltzerstörungen. Menschen durch die Zerstörung der Umwelt die Chance zum Überleben zu nehmen, ist Mord. Angesichts der vielen Toten und Vertriebenen ein Massenmord.

Die Veränderungen auf der Erde sind nicht die Folge bedauerlicher Irrtümer, Fehler oder gar Naturkatastrophen, sondern die Wirkung radikaler Verwertungs- und Profitlogik sowie der dahinterstehenden Herrschaftssysteme. Kein Castor, kein Atomkraftwerk, keine monopolisierte Saatzucht samt Gentechnik, keine Müllberge und -schiebereien, keine Verseuchung ganzer Landschaften, kein Riesenstaudamm und keine Megaverkehrstrassen – nichts gäbe es ohne den Willen zum totalen Profit und ohne einen Staat, der mit seiner Gewalt alles durchzusetzen versucht, das dem Profit dient. Seitdem sich die Logik der Verwertung durchgesetzt hat, kommt immer mehr unter den Hammer. Zunächst der Boden und die darauf stehenden Gebäude, dann die Rohstoffe und die daraus gefertigten Maschinen und Gegenstände, schließlich das Leben selbst, Tiere, Pflanzen und jetzt neu die Gene – auch des Menschen. Aus allem wird erst Eigentum, dann Ware zwecks Profitmaximierung.

Unternehmer, allen voran die Konzerne, sind Nutznießer dieser Verwertungs- und Profitlogik. Diese Firmen sind die einen Exekutoren der Verwertung. Der andere ist der Staat, der über seine Organe, die Vertreibung unerwünschter Menschen aus den Innenstädten oder dem ganzen Land, die ständige Zurichtung auf die Verwertung von Körper und Kreativität die wichtige Basis schafft. Viele NGOs, vor allem aber ihre SpitzenfunktionärInnen sind, wie es auch heute hier geschieht, Akzeptanzbeschaffer für all das geworden. Seit Jahren sind viele dieser NGOs geschmiert mit Millionen aus den Kassen von Staat und Konzernen.

UmweltschützerInnen, die dagegen protestieren oder andere Wege gehen, gibt es. Wir, die wir uns als Teil dieser verstehen, wollen nicht länger versteckt bleiben. Wir haben eine andere Auffassung von Umweltschutz, wir wenden uns gegen die Logik von Verwertung und Herrschaft. Auch Umwelt wird zu Ware. Die Konzepte, die diskutiert werden, geben der Umwelt einen Preis – zum Kaufen und Verkaufen. Die Ökosteuer berechnet den Wert der Umwelt – wer viel Geld hat, kann sie kaufen, d.h. sie verbrauchen bis verschwenden. Zertifikate erweitern diese Logik weltweit – die reichen Länder können den ärmeren zukünftig ihre Umwelt abkaufen. Eine perverse Logik der totalen Verwertung. Selbstverpflichtungen dienen als Freibriefe zum »Weiter so«. Und einflusslose Dialoge der Sorte Agenda 21, Runde Tische oder Mediationen sollen darüber hinwegtäuschen, dass die realen Beteiligungsrechte dereguliert, d.h. immer weiter beschnitten werden. Die Konzerne und ihre Helfershelfer entscheiden über die Köpfe der Menschen hinweg.

Staat und Markt aber sind mit ihrer Logik von Verwertung und Herrschaft niemals die richtigen PartnerInnen für den Schutz der Umwelt – genauso wenig wie sie es für die Rechte von Menschen auf Selbstbestimmung und Existenzsicherung sind. Darum fordern wir das Ende der ökoneoliberalen Ideen, des praktizierten kapitalismuskompatiblen Umweltschutzes und des Kapitalismus überhaupt.

Statt dessen schlagen wir eine emanzipatorische Ökologie vor. Die Umwelt als Lebensgrundlage der Menschen muss wieder zur demokratischen Sache der Menschen werden – demokratisch im Sinne einer Selbstbestimmung, einer direkten Kommunikation und Kooperation zwischen den Menschen. Institutionen, Herrschaft und Verwertung haben in einer Gesellschaft der freien Menschen in freien Vereinbarungen nichts zu suchen.

Gebt die Häuser, Gärten und Innenhöfe den Menschen, die dort wohnen! Die Straßen, Grünanlagen, Energienetze usw. den Menschen der Kieze, Stadtteile oder Dörfer! Eine radikale Demokratisierung der Rohstoffe und Flächen macht alle Menschen und ihre Zusammenschlüsse zu gleichberechtigten Partnern: Es dürfen nicht länger Konzerne, Institutionen oder Regierungen darüber bestimmen, ob und wo Erdöl, Uran, Aluminium oder andere Rohstoffe abgebaut werden, wo wer und wofür Rinderherden hält, Straßen baut, Wälder abholzt oder Waffentests durchführt.

Emanzipatorischer Umweltschutz bedeutet, dass die Menschen selbst zu den Entscheidenden werden. Sie gestalten ihre Umwelt selbst. Niemand kann dann die Folgen der Nutzung von Rohstoffen und Flächen auf andere abschieben - das können Konzerne und Regierungen aber heute! Umweltschutz von unten ist das Gegenkonzept zu einem Umweltschutz, der auf Markt und Staat baut. Die Menschen, die um ihre Lebensgrundlagen fürchten und diese für ein gutes Leben brauchen, sind die richtigen PartnerInnen für den Umweltschutz. In einigen Ländern haben die Menschen das auch schon begriffen – in Ecuador beteiligten sich viele UmweltschützerInnen am Versuch der Revolution im letzten Jahr. In Italien stürmten Aktions- und Umweltgruppen u.a. Gentechnikausstellungen. Bei der Verhinderung des WTO-Gipfels in Seattle waren viele Ökogruppen beteiligt.

Wo ist dieser Prozess in Deutschland? Es wird Zeit für einen Aufstand gegen Verwertungslogik und Herrschaft. UmweltschützerInnen sollten sich daran beteiligen, also Teil einer entstehenden antikapitalistischen Bewegung sein statt auf die Kräfte zu setzen, die Hauptverursacher der Umweltzerstörung sind. – Also Konzerne und den Markt, den Staat und seine Organe.●

Oekonux-Konferenz
Fachhochschule Dortmund
Veranstaltet vom Projekt Oekonux mit Unterstützung von: Mobiles Einsatzkommando Software (mek) – offene AG der ver.di Dortmund · IG Medien Dortmund · Rosa-Luxemburg-Stiftung
Die Freie Gesellschaft erfinden!
Von der Freien Software zur Freien Welt
GNU/Linux ...
Freie Software basiert auf Selbstentfaltung und Selbstorganisation. Ihr Erfolg und visionäre Kraft strahlt aus auf andere Bereiche der Gesellschaft. Können die Ideen Freier Software verallgemeinert werden?
... und Oekonomie
Freie Software bedeutet eine globale Allokation von Ressourcen, die kein Global-Player der „alten" NewEconomy" zustande bringt. Das hat etwas mit der besonderen Form der Ressource zu tun: Es handelt sich um Wissen. Das Grassroot-Netzwerk stellt die Linienökonomie auf den Kopf.
Oekonux = Oekonomie & Linux
Freie Software ist in einer wertfreien Nische entstanden. Kann sie sich in einer von Konkurrenz und Verwertung bestimmten Ökonomie durchsetzen? Saugt die Geldgesellschaft die Freie Software auf oder gar – umgekehrt?
Wir laden alle technikbegeisterten und -kritischen, enthusiastischen und ernüchterten, utopisch-suchenden und realistisch-fragenden Menschen – alle, die eine an den Interessen aller orientierten Ökonomie jenseits der Verwertungslogik des Kapitals wollen – zur ersten Oekonux-Konferenz nach Dortmund ein.
28.-30. April 2001 · Dortmund
Fachhochschule · Sonnenstraße 96
www.oekonux-konferenz.de

WORKSHOP: BERLINER STROM-EVG

Berliner Initiative »Energie von unten«

In dem Workshop »Lokale Energieversorgung selbst organisieren – Ökostrom von unten« fand die im November/Dezember 2000 vom Infoladen »Baobab e.V.« initiierte »Veranstaltungsreihe Energie« ihre praktische Fort- und Umsetzung. Die relativ niedrige Beteiligungsquote an den inhaltlich durchweg sehr guten und interessanten Abendveranstaltungen relativierte sich für die VeranstalterInnen deutlich durch das hohe Interesse am Workshop.

Redaktion Umweltschutz von unten ● Bereits im Vorfeld war erkennbar, dass die letzte Veranstaltung aus der Reihe »NordAlternativen: Ökostrom von unten« mit *Jörg Bergstedt* (Institut für Ökologie) die Dringlichkeit und Notwendigkeit zu lokaler Organisierung »von unten« hinreichend deutlich gemacht hatte und konkrete Ideen und Beteiligung mobilisieren konnte. Die Grundidee der bundesweiten Kampagne »Ökostrom von unten«, gegen die unter den Bedingungen des weltweit liberalisierten Strommarkts zunehmende Brutalität und Anonymität der Stromproduktion eigene Netzwerke zu bilden, in denen StromproduzentInnen und -konsumentInnen gemeinsam über die Bedingungen der Erzeugung entscheiden und hiermit die Global Players der Energiepolitik entmachten, erfuhr bereits im Umfeld der Veranstaltung eine auf Berliner Verhältnisse zugeschnittene Weiterentwicklung. Zentrale Idee ist hierbei, die relativ hohe Dichte an genossenschaftlich bzw. selbstverwaltet organisierten Strukturen im baulichen Bereich zur Basis dieses Berliner Netzwerkes zu machen. Zwischen selbstverwalteten Hausgemeinschaften, die sich zusammentun und ihren Strom direkt handeln – bzw. nicht mehr handeln –, könnten perspektivisch Markt und Staat weitestgehend ausgeschaltet werden.

Während verschiedener Treffen wurde von einem kleinen Kreis Interessierter die Nachfrage nach einer Vertiefung und Konkretisierung dieser Idee im Rahmen eines Seminars artikuliert. Zusätzlich konnten mithilfe der Unterstützung des *AKS e.V.* (www.aks-ev.de) sowie einzelner Interessierter eine beachtliche Anzahl der unterschiedlichst motivierten TeilnehmerInnen gewonnen werden.

Bereits in der Vorbereitungsphase wurde deutlich, dass es eine hohe Bereitschaft in dem Spektrum der angesprochenen (Häuser-) Projekte gibt, an der Umsetzung einer solchen Idee mitzuarbeiten. Viele hatten sogar bereits selbst ähnliche Ideen gehabt, aber es fehlten die Infrastruktur, die Zeit, das nötige Know-how und die breite Unterstützung, um sie voranzutreiben. Die Rückmeldung der BHKW-betreibenden Projekte machte den konkreten Bedarf nach einer Lösung ihrer von Unrentabilität und Frustration gekennzeichneten Situation deutlich. Ihre Verhandlungsposition auf dem liberalisierten Markt, insbesondere gegenüber der *Bewag*, ist in den letzten Jahren zunehmend geschwächt worden, sodass viele Betreiber diese durch hohen Wirkungsgrad und somit hohe ökologische Qualität gekennzeichnete Art, Strom zu produzieren, trotz hoher Investitionskosten und damit verbundener Ideale brachliegen lassen müssen. Eine garantierte Abnahme der Überschüsse von an dezentral erzeugtem Strom interessierten Projekten wäre hier eine gute Möglichkeit, die Situation der BHKWs zu entlasten und deren Kapazitäten maximal auszunutzen – und damit »Marktanteile« der Multis zu schwächen.

Hinzu kam das Interesse einiger u.a. durch *Roland Schnell* vom Biogas-Fachverband (www.graskraft.de) vertretenen Biogas-Produzenten aus der Region Berlin-Brandenburg, sich an einer solchen Berliner EVG unter der Zielsetzung des Stadt-Land-Verbunds zu beteiligen. Als Fernziel wurde geäußert, die ökologische Qualität des in BHKWs erzeugten Stroms dadurch zu erhöhen, dass in den BHKWs nicht fossile, sondern regenerative Energie, in diesem Fall Biogas, in Strom umgewandelt würde. Dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zur regionalen Entwicklung.

Konzeption des Seminars

Das Seminar bildete auf diesem Hintergrund erstmals den Raum, in dem alle an der Idee Beteiligten und Interessierten aufeinandertrafen. Bereits in der Vorstellungsrunde am Freitagabend wurden die sehr konkreten Erwartungen der TeilnehmerInnen deutlich, mit denen sie zu der Veranstaltung gekommen waren: die Idee sollte auf Umsetzung geprüft und möglichst schnell konkretisiert werden. Bei den betroffenenen Häusern existiert ein direkter Handlungsbedarf – sowohl auf der Erzeuger- als auch auf Abnehmer-Seite. Das Thema »Ökostrom« wird von allen als sehr unübersichtlich empfunden – niemand machte sich bisher die Mühe, sich durch den Dschungel der diversen Ökostrom-Anbieter und deren nationale und internationale Konzern-Verflechtungen zu quälen – und niemand hat bisher »umgestellt«.

Insofern konnten die Referate am Freitagabend weiterführende Informationen einbringen. Es gelang, den komplexen Zusammenhang zwischen internationalen Kapitalstrategien (*Jens Herrmann*: »Entwicklungspolitische Aspekte einer regionalen Energieversorgung«, Handlungsnormen einzelner Konzerne (*Jörg Bergstedt*: Ökostromanbieter im Testverfahren), Zielen einer Organisierung von unten (*Kristina Bayer*: Strom-EVG gegen Atomlobby) sowie möglichen Handlungsformen außerhalb durchkapitalisierter Öko-Strategien (*Roland Schnell*: Ökologische Aspekte einer regionalen, selbstbestimmten Energieversorgung) zu verdeutlichen.

Die für Samstag vorgesehene Arbeit der AG's wurde kurzfristig als Planspiel (Infos unter: k.bayer@berlin.de) konzipiert. Die TeinehmerInnen konnten sich in zwei mehrstündigen Spielphasen über ihre Interessen in der zukünftigen EVG klar werden und gleichzeitig ihre Vorstellungen von Organisations- bzw. Kooperationsformen ausarbeiten. An einem Runden Tisch am Samstagabend traten sich die verschiedenen Interessengruppen (ProduzentInnen von BHKW-Strom, KonsumentInnen, BiogasherstellerInnen, eine Bürgerinitiative, die Bewag, diverse ExpertInnen) gegenüber und diskutierten das Gründungsvorhaben *»Berliner Strom-EVG«*. Als besonders hilfreich für die Bildung klarer Argumentionen und Strategien erwiesen sich hierbei die »Bremser-Gruppen«, wie z.B. die *Bewag*.

Trotz heftiger Diskussionen stand am Ende des Runden Tisches eine erste Präambel der EVG mit der wichtigsten Leitlinie: Der Versorgungsprozess mit langfristig 100% regenerativer und 0% fossiler Energie soll im Stadt-Land-Verbund (»vom Kuhstall zum Kühlschrank«) selbst unternehmerisch gestaltet werden. Konsens bestand weiterhin darüber, dass die endgültige Rechts- und Gesellschaftsform sich nach den entsprechenden Inhalt zu richten haben und etwas von den realen Organisations- und Kooperationsformen Getrenntes darstellen wird. Als gemeinsames Ziel wurde auch formuliert, innerhalb der Organisation einen »Interessensausgleich« anzustreben, d.h. das unternehmerische Risiko zu streuen und im Laufe der Zeit von einem »Ihr« zum »Wir« zu kommen. Bezüglich der Forderung »100% regenerative Energie – 0% fossile Energie« schien es realistisch, zwischen Nah- und Fernzielen zu unterscheiden (z.B. macht es vermutlich Sinn, zunächst auch BHKWs in den Verbund einzubeziehen, die mit fossiler Energie arbeiten – was unter gegenwärtigen Bedingungen alle sind). Weiterer Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der Fragen »Chef-Betriebe« – ja oder nein? Konsensfähig schien die Aussage zu sein, daß die Organisation der EVG möglichst hierarchiearm gestaltet werden soll, andererseits ist klar, dass die Beteiligten unterschiedliche Kompetenzen haben werden und auch haben müssen und die Arbeitsorganisation entsprechend gestaltet werden wird. Ein weiterer »Grundsatz-Dauerbrenner« der EVG wird sicherlich das Spannungsverhältnis zwischen »Ethik und Effizienz« sein, also die Frage, wie der politisch-ökologische bzw. antikapitalistische Grundansatz mit der Notwendigkeit einer Rechts- und Gesellschaftsform bzw. der Notwendigkeit unternehmerischen Handelns vereinbart werden kann. Diese und andere Fragen sollen in den im Rahmen des Abschlussplenums am Sonntag gebildeten AGs bearbeitet werden und die »Initiative Energie von unten« die nächsten Monate über beschäftigen.

Insgesamt gelang es, während des Workshops eine angenehm gelöste, produktive Arbeitsatmosphäre herzustellen. Die Methode des Planspiels ermöglichte den TeilnehmerInnen einerseits eine zunehmende Identifizierung mit der Projekt-Idee, andererseits wurden die Anforderungen an ihr eigenes Handeln sinnlich erfahrbar und konnten sofort in Lernprozesse umgesetzt werden. Wichtige Prozesse der Projektentwicklung – Interessenskonflikte, Unstimmigkeiten, offene Fragen, aber auch Gemeinsamkeiten – konnten sozusagen im Zeitraffer abgebildet werden. Hierdurch entstand das befriedigende und motivierende Gefühl, viel geschafft zu haben und gut voranzukommen. Gleichzeitig konnte das Fachwissen jedes einzelnen maximal eingebracht werden, wodurch einerseits die Organisationsentwicklung vorangetrieben wurde, gleichzeitig aber auch ein Klima von Wertschätzung des einzelnen und guter Kooperation entstand – Grundvoraussetzungen für einen positiven Selbstorganisationsprozess.●

Treffpunkt der Initiative: Baobab e.V. Infoladen Eine Welt, Christburger Str. 38, D-10405 Berlin, Tel.: (0 30) 442 61 74, Fax: 44 35 90 66
E-mail: info@baobab-infoladen.de

FORTSETZUNG VON SEITE 4

»intellektuell doch gar nicht auf unserem Niveau sind«. Politik von oben halt!

Vorträge und Workshops

Im Laufe der folgenden Woche kam es in Berlin zu mehreren Informationsveranstaltungen, z.B. zu den Perspektiven herrschafts- und vermarktungsfreier Gesellschaft (»Freie Menschen in Freien Vereinbarungen«) und zu »Ökostrom von unten«. Ein Höhepunkt wurde der Workshop zu Energie-ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaften vom 2.-4.2. im *Haus am Wannsee*. Ca. 20 Interessierte aus Hausprojekten, BHKW-BetreiberInnen, Anlagenplaner und Berater mit verschiedenen Schwerpunkten entwickelten die Vision einer Strom- und Wärme-EVG, in der alle gemeinsam die Energieanlagen besitzen und betreiben. Kreative Ideen zur eigenen Organisationsform und zum Umgang mit den widrigen Rahmenbedingungen innerhalb einer Marktwirtschaft, der sich die ErzeugerInnen-VerbraucherInnen-Gemeinschaft entziehen will, wurden diskuiert.

Aktionen auf der Umweltkonferenz 2001

Am 4.2. trafen sich in Berlin SpitzenfunktionärInnen der drei Gruppen, die auch bei anderen Anlässen (Bündnis für Arbeit, Gesundheitspolitik usw.) per Selbstdefinition die Gesellschaft repräsentieren und deshalb Entscheidungen treffen können: Konzerne, Regierungen und als Akzeptanzbeschaffer die großen Verbände, neudeutsch als NGOs bezeichnet. Es ging um Instrumente, die der Umwelt einen Wert geben sollen – und zwar einen in Geld ausdrückbaren. Dagegen und gegen die Zusammensetzung der Tagung wandten sich Aktionen vom Anti-Atom-Plenum (vor der Tür) und von Basisgruppen-AktivistInnen aus verschiedenen Gruppen im Saal. Zu Beginn der Rede von Umweltminister *Trittin* wurde ein großes Transparent »Regierungen und Konzerne sind Täter, nicht Schützer« entrollt. Zudem sollte eine Resolution verlesen werden. Das aber wurde von Sicherheitskräften per Hinausdrängen aus dem Saal und Androhung stärkerer Gewaltanwendung verhindert. Der Redner erhielt sofort Hausverbot und wurde von der Security aus dem Veranstaltungsort entfernt.

Während der anschließenden Veranstaltung konnten die verbliebenen Aktivisten jedoch einzelne Diskussionsbeiträge einbringen und erhielten teilweise Applaus für ihre Kritik der marktwirtschaftlichen und obrigkeitsstaatlichen Orientierung des Umweltschutzes. Die Resolution und die »Ökozeitung gegen Markt und Kapital« (http://www.projektwerkstatt.de/ download) konnte verteilt werden.●

TERMINE

Vor, an und nach Ostern in Saasen
Politische Werkeltage
Eine bunte Mischung: Politische Diskussionen, Stöbern im KABRACK!archiv, Bauen und Basteln am Haus, Relaxen und Endredaktion der Ö-Punkte ... näheres unter
http://come.to/projektwerkstatt.

20.-22.4. in Düsseldorf
Libertäre Tage mit Kultur und Aktionen
Näheres auf Seite 16

28./29.4. in Dortmund
Oekonux-Konferenz
Selbstentfaltung statt Markt – Ökonomie, Linux und mehr. U.a. ein Workshop zu »Reibung erzeugt Wärme«, dabei geht es um Widerstand und Perspektive.
www.oekonux.de

11.-13.5. in Saasen
Entscheidungsfindung von unten & kreative Gruppenprozesse
Wie lassen sich Dominanzen, Hierarchie, Verkrustung, Eintönigkeit usw. überwinden? Es soll um kreative Methoden gehen, die Dominanzen abbauen und Kreativität aller freisetzen – von Situationen in kleinen Gruppen über Kommunikationsformen bis zu Open Space, Fish Bowl, Planspiele und mehr in großen Zusammenhängen.
Näheres:
sehrbunt@gmx.net
Infotext unter:
www.projektwerkstatt.de/debatte

23.-27.5. in Augsburg
Bundes-Ökologie-Treffen
Das halbjährliche Treffen unabhängiger Umweltgruppen.
Info: http://jump.to/boet, Ökoreferat Uni Augsburg

1.-4.6. (Pfingsten) in Bielefeld
Direct-Action-Gathering
Geplant: Ein großes Treffen mit Aktionen, Trainings in Blockaden, Klettern, Kommunkationsguerilla, Workshops zu politischen Themen, Repression und mehr – wird Zeit, dass Leben in die Bude des »Standort Deutschland« kommt.
Info: www.aktionsinfo.de/dan

15.-17.6. in Tübingen (geplant)
Seminar zu Selbstorganisation in Alltag und Politik
Materielle Reproduktion über den (Arbeits-)Markt, Politik in staatlichen Räumen und mit staatlichen Mitteln usw. – auch was sich alternativ schimpft in diesem Land, ist eher »normal«, d.h. staats- und marktorientiert. Dieses Seminar vermittelt Gegenstrategien – selbstorganisiert in Alltag und politischer Arbeit.

22.-24.6.
Stromseminar in Schönau

Lagebericht: Umweltschutz von unten

Im folgenden sollen Neuigkeiten und Hinweise zu aktuellen Diskussionen, Aktivitäten und Vernetzungen zusammengefasst werden.

Neue Veröffentlichungen: Neu erschienen ist der Reader *»Ökostrom von unten«* mit Hintergrundinformationen zu Ökostromanbietern, Dokumentation der Debatte um Sinn und Unsinn von Ökostrom sowie konkreten Tipps zu Energiegewinnung in Gemeinschaftseigentum (Beispiel der Initiative in Berlin). Gegen 12 DM zu beziehen.

Überarbeitung *"Agenda, Expo, Sponsoring"*: Im Laufe des Jahres 2001 soll der Band 1 zu Recherchen im Naturschutzfilz aktualisiert werden. Informationen, Korrekturen usw. bitte an die Projektwerkstatt.

Aktionen und Debatten um Ökokapitalismus: Die Auseinandersetzung um Sinn und Unsinn marktwirtschaftlicher Konzepte hat sich deutlich ausgeweitet. Auf der Messe »Grünes Geld« und der Umweltkonferenz 2001 gab es Aktionen mit Transparenten und kritischen Redebeiträgen. Die »Ökozeitung gegen Markt und Kapital« formulierte die Kritik deutlich (Bezug gegen 3 DM in Briefmarken oder Download über www.projektwerkstatt.de/download).

Klimakonferenz: Nächster Aktionspunkt soll die geplante Klimakonferenz (ursprünglich für Ende Mai in Bonn geplant, aber auf unbestimmte Zeit verschoben) sein. Dabei geht es um die Kritik an der Umweltzerstörung allgemein und die Marktorientierungen »Lösungen« in Form von Zertifikaten, die die Umwelt kauf- und verkaufbar machen.

Widerstands-Netzwerke: Während in einigen anderen Ländern (z.B. sehr spannend die Ya-Basta-Zusammenhänge in Italien) aktive Widerstandsbewegungen entstehen, sind die politischen Gruppen in Deutschland unverändert mit Eventhopping, Grabenkämpfen und vor allem institutionalisierten, hierarchisierten Arbeitsformen beschäftigt. Es bewegt sich wenig, auch die neuen Ansätze des Direct-Action-Netzwerkes oder des »Hoppetosse« – Netzwerk für kreativen Widerstand stocken
(Näheres über www.expo-no.de).

Ö-Punkte: Die neuen Ö-Punkte sind zum Thema »Direct Action« erschienen (Beilage der März-Ausgabe CONTRASTE). Erstmals sind sie verknüpft mit einem Internetbereich (zu erreichen unter http://page.to/oe-punkte). Die Zeitung enthält einen Rückmeldebogen für Kritiken und Anregungen, da eine umfangreiche Veränderung geplant ist. Neu besetzt werden sollen einige zur Zeit vakante Redaktionen, außerdem sind in allen Städten und Regionen Menschen gesucht, die jeweils (4x im Jahr) ein Paket mit Ö-Punkten erhalten und an alle Gruppen dort, Fachschaften, SchülerInnenvertretungen, Cafes (als Lese-Exemplar) usw. verteilen.

Adresse für alle Projekte: Projektwerkstatt, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. (0 64 01) 90 32 83, projektwerkstatt@apg.wwbnet.de.

Freiwilliges ökologisches Jahr

Von Beginn an gibt es um das FÖJ Streit. Während einige Bundesländer, vor allem Schleswig-Holstein, den FÖJlerInnen viel Freiraum zu Eigeninitiative und auch Möglichkeiten der Selbstverwaltung geben, war das in anderen Ländern, z.B. Hessen, von vorneherein unerwünscht – Gruppen, die dieses einforderten, wurden von den Diskussionen ausgeschlossen.

Aus einer Mitteilung des Instituts für Ökologie geht hervor, dass diese Debatte neu aufflammt. Im folgenden dokumentieren wir einen Text des Instituts, in dem dieses um Rückmeldungen und Mitwirkung bittet.
Kontakt: (0 45 33) 79 22 59, Fax -86,
E-Mail: institut@inihaus.de.

Seit einiger Zeit gibt es eine heiße Diskussion um die pädagogische Ausrichtung des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Die ist zur Zeit in meinen Augen recht positiv geregelt und soll vor allem die Persönlichkeitsentwicklung der TeilnehmerInnen fördern. Damit sollen die TeilnehmerInnen nicht als billige Arbeitskräfte missbraucht werden, sonder vor allem in ihrem eigenem Engagement gestärkt werden. Dies ist meiner Meinung nach ein sinnvoller Ansatz. Leider ist dieser heere Grundsatz 1. nur in wenigen Bundesländern wirklich in die Tat umgesetzt und 2. selbst dort wo dies recht positiv im Sinne der TeilnehmerInnen geregelt ist (z.B. Schleswig-Holstein), wird dies von vielen Naturschutzverbänden unterlaufen und die TeilnehmerInnen eben doch nur für Hilfsarbeiten herangezogen, politisches Engagement führt dagegen häufig zur Kündigung. Mit dem folgenden Zitat aus einer Presseinfo zur Anhörung zum Freiwilligendienst macht der *DNR* (Dachverband der Naturschutzverbände) deutlich, wie viel er von Selbstbestimmung und Persönlichkeitsentwicklung der TeilnehmerInnen hält. Wer die Hintergründe kennt, weiß, dass die Naturschutzverbände händeringend nach Alternativen zum Zivildienst suchen. Es wird deutlich, dass die Verbände das FÖJ am liebsten zu einer Art Zivildienst umbauen möchten, wo die TeilnehmerInnen deutlicher als jetzt in die Befehlsstruktur der Verbände eingebunden sind.

Hier das Zitat: »...Gleichzeitig weisen die Natur- und Umweltschutzverbände darauf hin, dass das bestehende Gesetz zur Förderung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJG) in seiner derzeitigen Fassung nicht geeignet ist, das ehrenamtliche Engagement im Umweltbereich entsprechend zu fördern.« ... »Um die Naturschutzwirkung von FÖJ und FSJ qualitativ und quantitativ aufzuwerten, ist es in jedem Fall erforderlich, die individuelle Persönlichkeitsentwicklung und die Dienstleistung für Natur- und Umwelt gleichrangig zu bewerten«, betonte DNR-Präsident *Hubert Weinzierl*. »Der DNR setzt sich für eine Gleichberechtigung von Leistungen und pädagogischen Zielen im künftigen FÖJG ein.«

Wäre schön, wenn sowohl Einsatzstellen, Verbände als auch FÖJ'lerInnen sich dafür einsetzen würden diese Änderung zu verhindern, da sie im Endeffekt die jetzige Situation der Freiwilligen noch verschlechtern würde. Wäre nett, wenn diese Info weiter verteilt werden würde. Über weitere Diskussionen zu diesem Thema würde ich mich freuen!●

Jörn Hartje

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Big Brother ?

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Bitte lächeln, Sie werden beobachtet

Schöne neue Welt

Die neuen Technologien versprechen ein leichteres und bequemeres Leben. Die Schattenseiten des Datenmissbrauchs, aber auch des normalen Gebrauchs der Daten zeigt folgendes Beispiel: Dem Amerikaner B.K. wurde seine Brieftasche geklaut. Inhalt einige Dollar, Führerschein und Sozialversicherungsausweis. Er zeigte den Diebstahl an und vergaß den Vorfall. Zwei Monate später verlor er erst seinen Job, dann seine Wohnung. Er hatte keine Ahnung warum. Seine ehemalige Chefin ließ ihn wissen, er sein bei einem Diebstahl erwischt worden. Er legte ein Zeugnis der Air Force vor, dass er zum fraglichen Zeitpunkt ein Flugzeug aufgetankt hatte, aber die Entscheidung stand fest. Nach drei Jahren ohne Arbeit, klärte ihn ein Arbeitgeber, der ihn ebenfalls ablehnte, auf, dass er bei einer Firma namens »Stores Protective Association« als Ladendieb gespeichert ist, und diese Firma hatte diese Information an alle Arbeitgeber weitergegeben, die sich bei ihr nach B.K. erkundigt hatten. Der Dieb seiner Brieftasche hatte seinen Namen und Geburtsdatum bei einer Festnahme verwendet und Polizei und SPA übernahmen die Information ungeprüft. K. verlangte die Information zu löschen, erhielt jedoch von der Polizei die Auskunft, das wäre unmöglich, falls der Täter noch einmal diesen Namen benutzt, bräuchte man diese Daten. Eine Anzeige war nicht möglich, da das einzige Vergehen des Diebes ist, einen Polizisten angelogen zu haben. Für den Rest seines Lebens muss K. ein Formular mit sich herumtragen, dass er nicht vorbestraft ist. (»Der nackte Untertan« in Spiegel Nr. 27/1999) In diesem Beispiel vereinen sich Ge- und Missbrauch von Datenbeständen. Der »Datenschatten« einer Person ist in der modernen Welt nicht mehr sicher zu kontrollieren.

Datenflut des täglichen Lebens
Chip-, SIM- und Kreditkarten

Die Informationstechnologien durchdringen immer größere Bereiche des Lebens. Als Abfallprodukt entstehen immer mehr individuelle Datenspuren. Das beginnt bei alltäglichen Dingen wie dem Handy. Über die SIM-Karte (Subscriber Identification Module) auf der die jeweilige Telefonnummer gespeichert ist, ist der Besitzer des Gerätes eindeutig identifizierbar. Das Handy sendet in regelmäßigen Abständen Positionssignale aus, damit der Netzbetreiber weiß, wo eingehende Telefonate hin müssen. Über diese Positionssignale lässt sich der Aufenthaltsort auf ca. 500 Meter genau bestimmen. Die Daten werden offensichtlich über einen längeren Zeitraum gespeichert.(»Im eigenen Netz« Spiegel 14.08.1995) und ermöglichen somit das Erstellen von individuellen Bewegungsprofilen.

Ähnliches lässt sich auch mit Kreditkarten erreichen. Die Informationen darüber, was, wann, wo damit bezahlt wurde werden von den Banken gespeichert. Aus den gespeicherten Daten lassen sich aber auch noch ganz andere Informationen entnehmen; der Lifestyle, Reisen, bevorzugte Lektüre, Hobbies, etc pp. Je häufiger mit der Kreditkarte (oder der Geldkarte, da gibt es kaum einen Unterschied (»Kritik an Geldkarte bleibt bestehen« c't Nr21/1999)) bezahlt wird, desto detaillierter wird das Persönlichkeitsprofil. Praktische Anwendung findet dies bei der Gesellschaft für Zahlungssysteme. Sie betreibt ein Programm namens FALCO. FALCO registriert was und wie oft jeder Kunde mit seiner Karte bezahlt. Aus diesen Daten fertigt das System ein Kundenprofil, das die Kauf- und Lebensgewohnheiten ziemlich exakt spiegelt. Bei Abweichungen verweigert FALCO die Autorisierung und rät zur Identitätsprüfung. (»Gläserner Kunde« in Spiegel Spezial Nr3/1996) Soweit so gut, eine Dienstleistung zum Schutz gegen Kreditkartenbetrug. Sicher ist jedoch, dass kaum ein Kunde sein/ihr Einverständnis für den äußerst profitablen Handel mit den so gewonnenen Personendaten gegeben hat. American Express beispielsweise handelt mit den Kundenprofilen, die sie erstellen. Sie werden für viel Geld an Direkt-Marketing Firmen verkauft. (Beat Leuthardt, Leben online, rororo)

Die Konkurrenz der Firmen untereinander zwingt diese immer mehr Daten über die Kunden zu sammeln, um mit Rabatten oder ähnlichem die Kunden zu binden. Karstadt, Ikea, Görtz, um einige zu nennen, haben Kundenkarten eingeführt. Das Kaufverhalten von mehr als 8 Millionen Menschen in der BRD wird allein von diesen Konzernen gespeichert. Solche Datensammlungen können jedoch jederzeit zweckentfremdet werden, wie das »Computer-Assisted Passenger Screening« in den USA beweißt. Das System prüft, ob ein Kunde häufiger in arabische Länder fliegt, denn dann besteht Terrorismusverdacht und die Gepäckkontrolle fällt besonders gründlich aus. (»Der nackte Untertan« in Der Spiegel Nr. 27/1999) Und natürlich sei an dieser Stell noch mal beispielhaft auf die Firma EDS hingewiesen.

Versandhäuser; Banken, Versicherungen, Fluggesellschaften, Mietwagenfirmen ... überall fallen Daten an und nicht wenige werden von besagten Outsorcer verwaltet. Auf der Kundenliste von EDS stehen unter anderem: Apple, American Express, Xerox, Opel, Deutsche Lufthansa, usw usf. Chipkarten erfreuen sich auch in anderen Bereichen großer Beliebtheit. Im Rahmen eines Pilotprojekts an der Bremer-Universität ist die Einführung einer StudentInnen-Karte geplant. Auf dieser sollen alle studienbezogenen Informationen gespeichert werden: Noten, Studiendauer etc. Sie könnte aber auch Verwendung finden als Zugangslegitimation zu Räumen. In öffentlichen Verkehrssystemen werden Chipkarten eingesetzt, und Telefonkarten enthalten offensichtlich eine eindeutige Kennung, mit der zwar nicht die Person identifiziert werden kann, wohl aber welche Gespräche mit der gleichen Karte geführt werden.

Anonymität im Netz

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist das Internet. Von seiner gesamten Konzeption her ist es nicht mit dem Ziel des Schutzes der persönlichen Privatsphäre entwickelt worden. Es gibt sogar mehrere Standard-Utilities die speziell zum Zweck der Identifizierung von Benutzern entwickelt wurden. »Jedes Mal, wenn sie einen Web-Server besuchen, hinterlassen sie eine Spur. Diese Spur wird auf unterschiedlichen Systemen jeweils anders aufgezeichnet, aber aufgezeichnet wird sie immer. Ein kleines Skript namens test-cgi kann beispielsweise die IP-Nummer, die Einwählnummer (Telefonanschluß) sowie die zuletzt besuchten Seiten protokollieren.« (hackers guide, anonymos)

Insbesondere Anbieter von kostenpflichtigen Web-Seiten, oder online-Bestelldienste plazieren sehr häufig Cookies auf der lokalen Festplatte des Nutzers, was in der Voreinstellung aller Internetbrowser ohne Kontrolle möglich ist. Cookies werden verwendet, um Informationen über den jeweiligEn AnwenderIn zu speichern, während er/sie eine Webseite besuchen; abhängig davon wie Cookies programmiert sind, können sie den Weg durch den Server aufzeichnen. Meinungsäußerungen im Usenet sind für jedermann einsehbar und werden gespeichert, die Adresse:
www.dejanews.com/ Das Archiv reicht bis März 1995 zurück. Immer wieder werden Sicherheitslücken in den gängigen Internet-Browsern bekannt, die es z.B. Betreibern von Web-Seiten erlauben Dateien auf dem Rechner des Besuchers zu lesen.

(www.nat.bg/~joro/fr.html; Internet Explorer und www.nat.bg/~joro/netscape.html; Netscape)

Allerdings sind es nicht nur Fehler die die Privatshäre gefährden. Microsoft musste im Frühjahr 1999 zugeben, dass bei der Online-Registrierung eine sogenannte GUID (Globally Unique Identifier – etwas verkürzt ist das eine weltweit einmalige Nummer ihres Rechners) zum Microsoft-Server übermittelt wird. Diese Nummer steckt auch in allen Dokumenten, die mit Microsoft Programmen erstellt werden. (»Big Brother Bill« in c't Nr6/1999)

Der Pentium III-Prozessor wurde zunächst mit einer eingebrannten, eindeutigen Nummer ausgeliefert (»Sicherheit contra Datenschutz« in c't Nr/1999), der RealPlayer von RealNetworks versendet eine GUID (»Heimliche Sammler« in c't Nr23/1999) um nur einige Soft- und Hardware zu nennen.

Überwachung am Arbeitsplatz

Die meisten größeren Betriebe sammeln Daten über ihre Angestellten – Daten über Leistung und Gesundheit, Ausbildung, familiäre Verhältnisse, Fehlzeiten, Beförderungen, Belastbarkeit, Ausdauer, Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.... Möglich ist eine automatisierte Fehlzeitenüberwachung. Sie bringt der Personalabteilung Daten über Häufigkeit und Grund von Fehlzeiten (Krankheit, Fortbildung, Streik). Hoechst lässt monatlich die ArbeiterInnen zusammenstellen, die eines der folgenden Merkmale aufweisen: »Mehr als 6 Krankheitsfälle innerhalb eines Jahres; mehr als zwei Fälle unentschuldigten Fehlens; mehr als zwei Kalendertage unentschuldigt gefehlt«. Bleibt einE ArbeiterIn in diesem Raster hängen wird eine Überprüfung eingeleitet. (Nach »DAZUSY, PSI und MOPPS« in Kursbuch Nr 66/1981) In vielen Betrieben wird jede Zigaretten- oder Pinkelpause registriert. Man beginnt sich untereinander zu vergleichen, passt sich an, achtet darauf nicht aufzufallen. Zugangskontrollen durch Chipkarten zwischen den einzelnen Abteilungen schotten die ArbeiterInnen voneinander ab. Nach einer Untersuchung der American Management Association von 1998 überwachen 40% der Unternehmen ihr Personal auf Schritt und tritt. Sie überprüfen den E-Mail-Verkehr, die Telefongespräche und Anrufbeantworter, erfassen die PC-Passwörter und zeichnen mit Videokameras die Leistung am Arbeitsplatz auf. 41% führen stichprobenartig Drogentests durch. 15% verlangen psychologische- und mehr als 20% Lügendetektor-Tests. (»Die Wahnidee- vom wahren Kern« in Le monde diplomatique 01.08.1999)

Kameras
Geschichte der optischen Überwachung

Die optische Überwachung hat in der BRD eine lange Geschichte. 1958 wurde in München eine Verkehrszentrale eingerichtet, an die von über 17 Verkehrsschwerpunkten bewegte Bilder übertragen wurden. 1959 kam zur Überwachung des Straßenverkehrs zur Industriemesse und zur Luftfahrausstellung in Hannover eine Industriefernsehanlage zum Einsatz; ein Jahr später wurde sie durch mobile, u.a. in Hubschraubern installierte Kameras ergänzt. Auf der Mönkebergstraße in Hamburg, am Köpcke in Hannover oder auf dem Münchener Marienplatz richteten sich die Installationen von Anfang an gegen »Rand- oder Problemgruppen«. 1964 wurde der Münchener Polizei die erste mobile Fernsehaufnahmeanlage übergeben – zum Füllen der Lücken der stationären Überwachung , z.B. bei Demonstrationen, Streiks o.ä. 1976 werden bundesweit polizeiliche Beweissicherungs- und Dokumentations Trupps (BeDo) gebildet. Ein weiterer Schritt bei der Globalüberwachung war die »Aktion Paddy«. Zur Absicherung vor RAF-Anschlägen installierte das BKA mit Unterstützung des BND und des Verfassungsschutzes in einem Umkreis von 30 km um das NATO-Hauptquatier in Heidelberg 13 Hochleistungskameras im öffentlichen Raum.

Der enorme Kostenverfall elektronischer Geräte und immer leistungsfähigere Computer ließen und lassen die Zahl der Überwachungskameras stetig steigen. Anfang 1996 stellt die Stadt Leipzig ein Pilotprojekt zur »Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten« vor. (»Audio- und Videoüberwachung« in Cilip 60 Nr2/1998) Ähnliche Projekte gibt es in anderen deutschen Städten. Neben der optischen Überwachung durch staatliche Organe gewinnt sie durch Private eine immer größere Rolle. Kein Kaufhaus, keine Tiefgarage, keine Fußgängerzone ohne Kamera. Privatpersonen überwachen ihren Besitz, Konzerne zusätzlich auch ihre Angestellten mit optischen Geräten. Über die Hälfte der 16.600 deutschen Tankstellen werden von Kameras überwacht, jede Bank, jede Sparkasse hat mehrere, im Frankfurter Hauptbahnhof kontrollieren 120 Kameras die Reisenden. (»Der nackte Untertan« in Spiegel Nr. 27/1999) Dabei kommt es immer häufiger zu einer Zusammenarbeit zwischen privaten und staatlichen Stellen: So werden bspw. die 3-S-Zentralen der Deutschen Bahn AG (Service, Sicherheit, Sauberkeit) vom BGS (Bundesgrenzschutz) zur Bahnhofsüberwachung genutzt.

Spitzenreiter Großbritannien

Weltweiter Spitzenreiter beim Einsatz der Videoüberwachung ist Großbritannien. Im Rahmen eines CCTV (Closed Circuit Television) genannten System wurden bis 1998 300.000 Kameras installiert; wöchentlich kommen etwa 500 neue dazu. Dieses System verfügt über Infrarotnachtsicht, automatische Verfolgung, Fernbedienung, Audiokanäle und Zoom. Viele Systeme können auf 100 Meter die Aufschrift einer Zigarettenpackung lesen. Im Frühjahr 1999 fand in London ein Großversuch zur automatischen Gesichtserkennung per Videokamera statt. (»Ein tiefer Blick öffnet Tür und Tor« in FAZ 6.April 1999) Entsprechende Software liefert z.B die amerikanischen Firma *Visionics* (FaceIt) oder *Siemens-Nixdorf* (Face-VACS). Das Programm vergleicht die Gesichter, die ihm die Videokameras liefern, mit den Fahndungsfotos einer Datenbank. Stimmen die Gesichter zu 80 Prozent überein wird Alarm geschlagen. Einmal installiert, kann eine Videoüberwachung jederzeit zweckentfremdet werden. Ein Beispiel ist die politische Kontrolle der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz in Peking, 1989, als mehrere Demonstranten offensichtlich mit Hilfe fest installierter Kameras identifiziert und anschließend verhaftet wurden.

Auf einmal entdeckt man, dass die in einem Einkaufszentrum gegen Ladendiebstahl installierten Kameras zur Überwachung des Personals eingesetzt werden. Die Anlage verwandelt sich in ein Instrument zur Kontrolle von Arbeit und Produktivität, wie die zahlreichen Kündigungsklagen zeigen, bei denen das elektronische Auge als Belastungszeuge auftritt. Kameras kontrollieren in den Toilettenräumen wie lange die Abwesenheit vom Arbeitsplatz ist, sie registrieren, ob der oder die Angestellte vor dem Computer ein Schwätzchen mit Kollegen hält oder arbeitet, usw.

Sicherheit und Ordnung

Nur in seltenen Fällen stößt die Installation von Kameras auf Kritik – wird doch versichert, dass sie sich ausschließlich gegen Kriminelle richten und somit zur allgemeinen Sicherheit beitragen. Das subjektive Gefühl der Sicherheit wird gesteigert. Mit der Realität hat dies aus verschiedenen Gründen nur bedingt etwas zu tun. Gesetzesbrüche oder Regelwidrigkeiten lassen sich nicht per Dekret abschaffen; Einbrüche, körperliche Überfälle oder Autodiebstähle lassen sich durch die Kameras nicht verhindern, sondern lediglich in Gebiete mit weniger Kameras verdrängen. Darüber hinaus können die Kameras Verbrechen aus Leidenschaft, Verbrechen in denen Drogen oder Alkohol eine Rolle spielen oder auch Aktionen professio-

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 6

Big Brother ?

neller Krimineller nicht verhindern. Die Technik richtet sich von vorneherein gegen kleine Gelegenheitsverbrecher und unerwünschtes Verhalten wie Urinieren in der Öffentlichkeit, Rauchen unter 18, Vandalismus, Grafittisprühereien, Betteln etc.

Dies bestätigt auch eine Untersuchung der Universität von Hull, die der Frage nachging, worauf die Wächter vor den Kameras achten. Die Untersuchung ergab, dass sich die Blicke der Wächter vor allem auf junge Leute, Schwarze, Schwule und Minderheiten konzentriert. Ein Wachmann gab zu, sich nach der Frisur zu richten, ein anderer sagte Leute mit Hemd und Schlips sein o.k.

Offensichtlich verfestigt die Kameraüberwachung eher gängige Vorurteile, als die Sicherheit zu steigern. Das folgende Zitat stammt von *Tony Blair* (seines Zeichens britischer Premierminister) und spricht Bände über die Grundhaltung dieser Maßnahmen: »Es ist wichtig zu erklären, dass wir kleinere Vergehen nicht länger tolerieren. Das Grundprinzip lautet: Ja es ist gerechtfertigt, gegenüber den Obdachlosen auf der Straße ignorant zu sein.« (»Die Armen bekämpfen« in Le monde diplomatique April 1999)

Grundsätzlich lassen sich zwei Arten der Videoüberwachung unterscheiden: Die eine verfolgt präventive Zwekke und will die überwachte Person zum jeweils geforderten Verhalten bewegen; die andere steht im Dienst der Strafverfolgung, sie beobachtet und dokumentiert und greift nur bei unerwünschtem Verhalten ein. Insbesondere im Rahmen des erstgenannten Zwecks stellt die Viedeoüberwachung Befehlsgewalt über Verhaltensweisen dar. Das sah auch das Bundesverfassungsgericht einmal so (Volksurteil vom 15.12.1983): »Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet und weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen. Wer damit rechnet, dass etwa die Teilnahme an einer Versammlung oder Bürgerinitiative behördlich registriert wird und dass ihm dadurch Risiken entstehen können, wird möglicherweise auf eine Ausübung seiner entsprechenden Grundrechte (Art. 8,9 GG) verzichten. Dies würde nicht nur die individuellen Entfaltungschancen des einzelnen beeinträchtigen, sondern auch das Gemeinwohl.«

Videoüberwachung schreckt eventuell Straftäter ab, in jedem Fall verändert sich gleichzeitig aber auch die Verhaltensweisen aller Menschen. Dabei ist wichtig, dass der Überwachte weiß, dass er überwacht wird. Erst dieses Wissen bringt die Disziplinierung hervor und veranlasst den einzelnen, sich so zu verhalten, wie man es von ihm erwartet.

Die zweite Art der Videoüberwachung stellt eine neue Form der Kontrolle dar. Durch einen abstrakten, distanzierten, unpersönlichen, automatisierten, bürokratischen und größtenteils unsichtbaren und unverständlichen Mechanismus sammelt die Maschine Informationen und lässt die betreffenden Institutionen gegebenenfalls aktiv werden. Diese Form der Kontrolle erzeugt Ohnmacht, denn erstens scheinen die staatlichen Organe alles zu wissen, während wir nicht einmal wissen das, bzw. wo und wie wir beobachtet wurden, zum anderen gibt es kein konkretes Gegenüber, niemand den man zur Verantwortung ziehen kann. Die Zunahme der Überwachung hat weniger mit Sicherheit, als mit Ordnung zu tun. »Just don't do anything wrong and you have nothing to worry about.« (Spycam City, The village Voice)

Lauschangriff

Dieser Beitrag wird hier nur einige Möglichkeiten des Abhörens von Kommunikationsdiensten und die gesetzlichen Richtlinien beschreiben. Der Einsatz von »Wanzen«, das Abtasten von Fensterscheiben per Laser, die bionische Kopplung von Insekten und Miniatur-Videosensoren/Wanzen (Die Welt 24.01.1997) etc. wird nicht näher beschrieben, ist allerdings bereits technisch möglich.

Lauschangriff durch die Polizei

Seit 1995 wurde die gesetzliche Grundlage für die Telefonüberwachung mehrfach geändert, erweitert und den neuen Technologien angepasst. Die im Mai 1995 erlassene Fernmeldeverkehrs-Überwachungsverordnung (FÜV) schreibt den Anbietern von Telekommunikationsdiensten vor allem vor, den abgehörten TK-Verkehr unverschlüsselt und zeitgleich an die Polizei zu liefern, desweiteren müssen alle Informationen zur Kommunikation bzw. Kommunikationsversuchen – die Nummer des Angerufenen, Gesprächsdauer, bei Funknetzen die Funkzelle, die genutzten Dienste (Sprachmailboxen, WWW- oder News-Inhalte bei Internetanschlüssen) –weitergeleitet werden. Das 1996 in Kraft getretene Telekommunikationsgesetz (TKG), legt die Grundlage für eine Ausweitung der Überwachungsbefugnisse. Die Erlaubnis für den Betreib von TK-Anlagen und -Netzen ist nun abhängig von Einrichtungen zur Überwachung. Die Kosten trägt der Anbieter.

Gleichzeitig verlangen die Sicherheitsbehörden einen Direktzugriff auf die Kundendateien. 1998 wird das Begleitgesetz zum TKG (TKBeglG) wirksam. Es erweitert die Überwachungsbefugnisse noch einmal. Telekommunikationskennungen werden nun auch überwacht – Telefon- und Faxnummer, E-Mailnummern, IP-Nummern, Internetnamen. Zudem wird die Überwachung auf alle, die »geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste« anbieten ausgedehnt. Dies betrifft vor allem interne Firmennetze. Das Resümee: die lückenlose Überwachbarkeit der Telekommunikation ist realisiert. (nach »Die telekommunikative Überwachungsspirale« CILIP 60 Nr2/1998) Das Äquivalent auf europäischer Ebene ist ein Arbeitspapier mit dem Titel »ENFOPOL 98« (siehe z.B. »Auf den Spuren von ENFOPOL, III« Telepolis 24.11.1998)

Echelon

Das Echelon-System ist ein geleugnetes, fast mystisches weltweites computerbasiertes Abhörnetzwerk, dass alle e-mails, Faxe, den Internetverkehr, Telefonkommunikation, Satellitenkommunikation etc scannt; in Zahlen etwa 2.000.000 Verbindungen pro Stunde. (»Big Brother Traps the Bitstream«, wired 7/4/1998) Das besondere an diesem System ist, dass es sich erstens primär gegen nicht-militärische Ziele richtet; Regierungen Organisationen, Firmen jedes Landes, zweitens die Überwachung flächendeckend und ohne jeden Verdacht erfolgt und drittens in großem Maße mit Automatisierungen gearbeitet wird.

(Am 10.08.1999 reichte die NSA ein Patent für eine Technology ein, die in der Lage sein soll, Inhalte von Telefongesprächen in allen Sprachen computergesteuert auszuwerten. Darüberhinaus sollen die so gewonnenen Erkenntnisse vollautomatisch, ohne menschliches Zutun, in nach Themen angelegte Dateien einsortieren können, selbst dann, wenn in dem Gespräche keine sogenannten Schlüsselwörter fallen. (»Pochen auf Rückständigkeit« in FAZ 09.12.1999))

Das Echelon-System lässt sich als eine Art Computer-Filter charakterisieren, der aus den Billionen Verbindungen eine kleinere Anzahl herausfiltert die eventuell für die National Security Agency (NSA) in den USA, dem Government Communications Headquarters (GCHQ) in Großbritannien und/oder für die anderen beteiligten Geheimdienste (Neuseeland (GCSB), Kanada (CSE) und Australien (DSD)) von Interessen sind. Neben dem Ausspionieren von Firmen, Patenten, etc überwacht Echelon z.B. auch NGOs wie Amnesty International (»Mit Staubsauger auf Datenjagt im Äther« in FAZ 15.12.1998)

Während des Vietnam-Krieges wurden prominente Kriegs-Gegner wie *Jane Fonda* und *Dr. Benjamin Spock* ebenso überwacht wie das ehemalige Black Panther Mitglied *Eldridge Cleaver*. Die Menge der überwachten Kommunikationswege, und die Menge der produzierten Überwachungsprotokolle ist kaum vorstellbar. 1980 produzierte allein die NSA jährlich zwischen 50 und 100 Millionen als geheim eingestufte Dokumente, eine eigene Verbrennungsanlage vernichtet 6 Tonnen Papier pro Stunde. (»The Puzzle Palace« James Bamford)

Biometrie

Der neueste Schrei sind Biometrische-Systeme, auf den ersten Blick eine tolle Erfindung, denn wer hat nicht schon mal eine der vielen Pin-Nummern oder Passwörter vergessen, die Teil des Lebens in der Informationsgesellschaft sind. Die Erkennung über Gesicht, Stimme, Augen, Unterschrift, Finger oder Hand verspricht eine große Vereinfachung. Aus den jeweiligen Körpermerkmalen werden digitale Daten errechnet, die zur Identifizierung dienen. Die Risiken erschließen sich erst auf den zweiten Blick. Eine gestohlene Pin-Nummer lässt sich auswechseln, bei Stimme, Gesicht oder Augen geht das nicht. Zwar versichern die Hersteller biometrischer Systeme die Sicherheit, doch wäre es nicht das erstemal, dass Hacker knacken, was Entwickler für absolut sicher hielten – z.B. DVD-Kopierschutz, Premiere-Verschlüsselung, etc.

Ein zweites Risiko besteht eher im Datenschutzbereich. In der BRD ist eine einheitliche Verwaltungsnummer verboten – anders als in den Skandinavischen Ländern beispielsweise. Der Einsatz biometrischer Systeme stellt dieses Verbot in Frage, solange nicht sichergestellt werden kann, dass die Systeme zueinander inkompatibel sind, denn die biometrischen Daten sind weltweit eindeutig. »In vielen Ländern verfügen etwa die Polizeien oder andere staatliche Stellen über riesige Datenbestände an Fingerabdrücken, die per Automated Fingerprint Identification System (AFIS) automatisch, schnell und zuverlässig Fingerabdrücke zuordnen können. Um den »Großen Bruder« aber nicht in Versuchung zu führen, anhand anderenorts erhobener biometrischer Daten individuelle Bewegungs- und Nutzungsprofile zu erstellen, müssen diese Daten möglichst inkompatibel zu allen AFIS- und vergleichbaren Anwendungen sein.« (»Der Körper als Schlüssel« in Chip Nr5/1999)

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Spalte und Herrsche

Mehrfach wurde in den letzten Jahren nach Mordfällen ein Teil der Bevölkerung aufgefordert, zwecks Genanalyse Speichelproben abzugeben. 1998 wurden zur Aufklärung eines Mordfalls allein in Cloppenburg 18.000 männliche Einwohner aufgefordert Speichelproben abzugeben. Im selben Jahr verabschiedete der Bundesrat das »DNA-Identitätsfeststellungsgesetz« und schuf damit die gesetzliche Grundlage für eine nationale Gendatenbank. Damit ist Deutschland neben Großbritannien, den Niederlanden und Österreich das vierte Land in Europa, das

Fortsetzung auf Seite 8

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

MOBILE ÜBERWACHUNG

Das Handy als elektronische Fußfessel

Jost Müller-Neuhof ● »Hallo – wo bist du gerade?« Die Antwort auf die beliebteste Einstiegsfrage bei Handy-Telefonaten interessiert nicht nur Gesprächspartner. Auch Staatsanwälte möchten und dürfen das in bestimmten Fällen wissen. Künftig dürfen sie es sogar wissen, ohne dass überhaupt ein Wort gefallen ist. Handy anschalten, und das Zielobjekt ist grob gepeilt. So hat es der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof (BGH) am 8. März 2001 entschieden.

Der Beschluss kann jeden der rund 50 Millionen Mobiltelefonierer in Deutschland treffen. 1999 wurden nach Angaben der Bundesregierung immerhin 6.443 Anschlüsse abgehört. Ordnet ein Richter an, »die Telekommunikation« zu überwachen, heißt es bei Mobilverbindungen ab jetzt: Es unterliegt der Kontrolle nicht nur was jemand sagt, sondern auch wohin er geht. Mit dem Handy sind wir ständig empfangsbereit – und ständig auf Sendung. Technisch stellt dies die Ermittler vor keine Hürden. Um die Verbindung herstellen und korrekt abrechnen zu können, sind die Netzbetreiber über die Standorte ihrer Kundschaft laufend informiert. Vorausgesetzt natürlich, das Gerät ist auf Stand-by. Jeder D-1-Nutzer beispielsweise telefoniert T-Mobil zufolge aus einer von 15.000 so genannten Funkzellen. Je nach Dichte der Antennen haben die Zellen einen Radius zwischen 500 Metern und fünf Kilometern. Wer in Ballungsräumen unterwegs ist und in einem gut bestückten Netz telefoniert, lässt sich also besonders exakt orten.

Im jetzt entschiedenen Fall ermittelte der Generalbundesanwalt wegen eines Spionageverdachts. Vom Netzbetreiber verlangte er die Herausgabe der Positions-Daten des Beschuldigten. Die Betreiber sind grundsätzlich verpflichtet, den Behörden in Sachen Abhören auf eigene Kosten zu helfen. Dieser jedoch wehrte sich. Der konkrete Standort eines Teilnehmers gehöre nicht zu seiner »Telekommunikation«. Früher stand an dieser Stelle der Strafprozessordnung noch das Wort »Fernmeldeverkehr«. Man hat es ersetzt, damit die Strafverfolger im großen Rauschen der modernen Medien handlungsfähig bleiben. Der BGH-Ermittlungsrichter geht mit der Zeit. Neue Medien eröffnen ihm auch neue Quellen für Untersuchungen. Dabei beruft er sich auf die »Telekommunikations-Datenschutzverordnung«. Strafverfolger sollen danach Zugriff auf alle Daten haben, die nötig sind, um den Mobilfunkkunden mit einem anderen Teilnehmer zu verbinden. Weil die Telekommunikation im dazugehörenden Gesetz mit elektronisch vermittelten »Nachrichten jeder Art« umschrieben würde, fielen eben auch »technisch bedingte Positionsmeldungen« darunter. Es ist nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht, sofern es hier angerufen wird, zu einer anderen Erkenntnis gelangt. Handy-Telefonierer müssen jedoch nicht unbedingt darauf warten. Es war noch nie so einfach, seine Grundrechte zu wahren: einfach ausschalten.●

aus Tsp v. 9.3.01

ÖKONOMISCHE ASPEKTE

Big Brother ?

Wir werden glücklicher!

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Frage: »Um für einen Augenblick auf die alten Kontrollformen zurückzukommen, so scheint es, als ob die Überwachung am Arbeitsplatz, das Panoptikum der Fabrik, immer mehr in Richtung Kontrolle des Konsumverhaltens verschoben bzw. ausgeweitet wird, das heißt, in Richtung ökonomischer Kontrolle und Durchdringung der Freizeit. Sehen Sie die Überwachung der Konsumsphäre (z. B. durch immer präzisere Marketingstrategien) auf ein und derselben Ebene wie andere, »zwanghaftere«, Formen der Überwachung?

DAVID LYON: Nun, ich würde nicht unbedingt behaupten, dass Fabriken immer und überall unweigerlich panoptisch sein müssen. Ebenso ist es die Konsumentenüberwachung nicht. Grob gesprochen, kann man panoptische Methoden als Mittel betrachten, die Bevölkerung zu normieren – etwa den Konsum zu maximieren. Darüber hinaus werden diese Methoden oftmals als »erfolgreich« in bezug auf die Ziele derer betrachtet, die diese Systeme einrichten. Sie schaffen Situationen, in denen, wie gesagt, die gewünschten Ergebnisse einfach immer wahrscheinlicher werden – die Leute kaufen Coca-Cola, CDs, die neuesten Autos, Computer oder Benetton-Sweater. Das große Paradoxon liegt darin, dass die »freie Wahl« – das Mantra des freien Unternehmertums – als Mittel der (sanften) sozialen Kontrolle eingesetzt wird. Die Suche nach Vergnügungen wird dahingehend vereinnahmt, die tatsächlichen Entscheidungsprozesse von Konsumenten zu steuern. Wenn wir daher unter dem elektronischen Panoptikum eine Apparatur verstehen, in der Konsumenten von einem böswilligen, einseitigen Blick – konstruiert und gesteuert von machthungrigen Marketingexperten – versteinert werden, so ist das Unsinn. Kaufwünsche und -entscheidungen werden nicht direkt erzwungen, sind aber indirekt von der subtilen Marketinghand geleitet, die geo-demografische Werkzeuge der Datenüberwachung (»dataveillance«) dazu verwendet, ihre Ziele präzise anzusteuern. Man muss aber mitbedenken, dass diese Sortiermechanismen neben der Kanalisierung des Begehrens einfach auch bestimmte Gruppen von Nicht-Konsumenten ausschließen – die dann in anderen, zwanghafteren Überwachungssystemen wie Sozial- und Polizeiabteilungen wieder auftauchen.«

Aus: Save the Resistance! - Reader gegen den Sicherheitswahn (siehe Literaturhinweise Seite 10)

Aus dem Interview »Chipkarten und Technopolizei« mit dem kanadischen Soziologen David Lyon 1997 (Quelle: Telepolis)

Die kapitalistische Produktionsweise verändert sich. Der Fordismus war durch eine weitgehend uniforme Massenproduktion gekennzeichnet, in dem der arbeitende Mensch, reduziert auf eine Ansammlung physischer Teilfunktionen selbst zum maschinenartigen Element innerhalb der Produktion wird, wie sich am konsequentesten in der Fließbandproduktion zeigt. Ob und wie schnell sich die so produzierten Waren verkauften, d.h. sich der Wert der Ware realisiert, zeigte sich erst im Nachhinein, was oftmals zu Halden unverkäuflicher Neuwaren führte. Die Verteilung der Waren wird über ein vielschichtiges Netz von Groß-, Zwischen- und Einzelhändlern realisiert, das die Ware erst für die Stange produziert und danach verkauft. Viele Entwicklungen, vor allem im Bereich der Telekommunikation und der Informationsverarbeitung bringen heute Tendenzen hervor, die auf eine dem Kapitalismus immanente Veränderung von Produktion und Austausch hindeuten und fordistische Produktionsformen mehr und mehr ablösen. Dabei verschmelzen in verschiedenen Techniken sowohl die Möglichkeiten der repressiven Überwachung und Kontrolle als die Möglichkeiten zur Steigerung von Produktivität und Profit. Die verbesserten Möglichkeiten der Kommunikation, Datenerfassung und -verarbeitung spielen dabei eine zentrale Rolle.

»Die Produktion liefert dem Bedürfnis nicht nur ein Material, sondern sie liefert dem Material auch ein Bedürfnis. Wenn die Konsumtion aus ihrer ersten Naturrohheit und Unmittelbarkeit heraustritt – und das Verweilen in derselben wäre selbst noch das Resultat einer in der Naturrohheit steckenden Produktion –, so ist sie selbst als Trieb vermittelt durch den Gegenstand. Das Bedürfnis, das sie nach ihm fühlt, ist durch die Wahrnehmung desselben geschaffen. Der Kunstgegenstand – ebenso wie jedes andere Produkt – schafft ein kunstsinniges und schönheitsgenussfähiges Publikum. Die Produktion produziert daher nicht nur einen Gegenstand für das Subjekt, sondern auch ein Subjekt für den Gegenstand.«
Karl Marx über das Verhältnis von Produktion und Konsumtion (Einleitung zu den »Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie«)

Betrachten wir zunächst den Bereich von Warenproduktion im Konsumbereich und Marketing. »Im Web-Zeitalter ist der Kunde nicht nur König, sondern wird zum Partner.« So ein Unternehmensberater. Durch neue Vertriebssoftware für das »Kundenbeziehungsmanagment« – Customer Relation Managment (CRM) – soll das Marketing revolutioniert werden. Werbung wird nicht mehr breit unter die »Massen« gestreut sondern nur potentiellen »KundenInnen« dargeboten. Dadurch verhallt nicht der größte Teil der gestreuten Werbung sondern trifft immer mehr von vornherein auf Interesse. Werbung wird effektiver, »produktiver«. Erreicht wird das unter anderem durch Cookies (Die Zeit, Nr. 30 vom 22.07.99). Cookies sind Dateien auf unseren Computern, die von jedem Internetcomputer gelesen und beschrieben werden können. Das geschieht während wir im Internet surfen. In Cookies werden unter anderem ID-Nummern geschrieben, so das ein Internetrechner erkennen kann, welche Seiten von uns angewählt wurden und werden. Daraus werden unsere potentiellen Interessen abgeleitet und von den Internetprovidern dementsprechend auf jeden Einzelnen zugeschnittene Werbung auf ihren Webseiten plaziert, sobald diese von uns besucht werden. Wie zu erwarten, bringt solche gezielte Werbung den Internetprovidern mehr Einnahmen als die klassische »Streuwerbung«. Andererseits ermöglichen Cookies auch die Überwachung von unseren »Bewegungen« im Internet etwa für Repressionszwecke. Sie bieten also Möglichkeiten der ökonomischen und administrativen Nutzung. Komfortable Angebote wie: »Guten Tag, Herr Meier, zu Ihrem Bücherregal Corlione in Schwarz und Chrom gibt es nun auch den passende TV-Rollschrank, den wir Ihnen heute zu einem um 20 Prozent reduzierten Preis anbieten können. Wenn Sie interessiert sind, klikken Sie jetzt!« werden uns aber glücklicher machen!

Doch damit nicht genug. Wie wäre es denn mit einem Fernseher oder Auto nach Maß? Ganz individuell und auf jeden Einzelnen von uns persönlich zugeschnitten. Frisch aus der Massenproduktion. Könnte uns das nicht noch glücklicher machen? Kein Problem. Wir wählen einfach die Internetseite einer Firma und stellen uns – abhängig vom technisch möglichen – unser ganz individuelles Produkt (Ware!) zusammen, z.B. Bereifung, Innenausstattung, Motor, angepasste Armaturen bis hin zu individuellen Lackierungen (etwa ein Schriftzug »Ich bin ein fliegendes Nashorn«). Die Daten werden von CRM Softwaresystemen erfasst, z.B. an Enterprise Resource Planning Systems (ERP Steuerung von Unternehmensprozessen) weitergegeben und dort für den Produktionsprozess angepasst. Und wenn der Lackierroboter auf die vorherige Karosse »I'm the Boss« gesprüht hat, so wird er auf meine Karosse, die unmittelbar folgt, »Ich bin ein fliegendes Nashorn« sprühen und auf die nächste wieder etwas anderes, ohne das die Produktion dabei unterbrochen werden muss. Eine Logistikfirma bringt dann das fertige Auto, ohne Zwischenlagerung und -händler direkt zu mir.

Ein solcher Ablauf hat einige bemerkenswerte Punkte. Zunächst ist das Auto praktisch schon verkauft, bevor es produziert wird. Bereits wenn es in der Produktion ist, ist es einer bestimmten Person zugeordnet. Die »Sonderanfertigung« ist dabei eben kein Sonderfall mehr sondern die Regel. Das heißt auch, das die Produktvielfalt (Diversität) steigt. Waren werden ganz individuell in Massenproduktion gefertigt. Die Überproduktion (»Butterberge«, Autofriedhöfe mit fabrikneuen Fahrzeugen usw.) nimmt ab. Es werden zunehmend weniger Waren »für den Müll« produziert. Durch das Direktmarketing, der zunehmend am Anfang und nicht mehr am Ende der Produktion steht, werden weniger Lagerräume und ZwischenhändlerInnen benötigt und der Wert der Ware realisiert sich schneller. Die fordistische Produktionsweise verliert an Bedeutung, Produktivität und Profit steigen. Und wir werden glücklicher!

Ein weiteres Beispiel für Direktvertrieb ist der Internetkühlschrank, der »Screenfridge«, der in Dänemark in 200 Haushalten bereits in der Erprobung (Financial Times Deutschland) und »für Menschen mit wenig Zeit gemacht« ist. Er bestellt nicht nur Lebensmittel per Internet, sondern schlägt auch zum vorhandenen Vorrat ein passendes Rezept vor und erteilt auf Wunsch dem Backofen die Anweisung schon mal vorzuheizen. Was macht es dabei schon, dass unsere Essgewohnheiten in irgendeiner Datenbank landen, wenn wir glücklicher werden. Natürlich können auch andere Haushaltsgeräte vernetzt werden, wie z.B. Musikplayer, die die gewünschte Musik direkt aus dem Internet laden oder Kaffeemaschinen die am frühen Morgen nach dem Aufstehen schon den heißen Kaffee bereit halten. Im Sinne der politischen Ökonomie sinkt durch den Einsatz solcher Geräte tendenziell der zeitliche Aufwand, der für die Reproduktion der Ware Arbeitskraft nötig ist.

Aber was nutzt diese ganze Effizienz bei der Bestellung und Produktion, wenn dann die Waren im Verkehrsstau steckenbleiben? Aber das muss doch nicht sein! Wozu gibt es Telematik! (Der Spiegel, 12/98) Telematik ist ein Verkehrsleitsystem, dass bereits in Tokio im Einsatz ist und für das auch bundesdeutsche Autobahnen vorbereitet werden. Dabei arbeiten computergestützte Verkehrsleitzentralen, die ihre Informationen z.B. per Video oder Vehrkehrssensoren erhalten, mit dem satellitengestützten Global Positioning System (GPS) und dem mobilfunkunterstützten Bordcomputer des Autos zusammen. Im Leitzentrum wird je nach aktuellster Lage (aktuelle Staus und Baustellen werden natürlich mit berücksichtigt) die optimale Route für ein bestimmtes Fahrzeug errechnet und per Mobilfunk diesem übermittelt. Dort leitet dann eine

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG VON SEITE 7

mit einer nationalen Gendatenbank ausgestattet ist. (»DNA-Analyse und DNA-Datenbanken« in Cilip 61 Nr3/1998) Die britische Polizei erfaßt alle StraftäterInnen in einer Gendatei, Kalifornien erfaßt die Gene jedes Neugeborenen und das Pentagon verfügt über 3 Millionen Gendatensätze der eigenen Beschäftigten. (»Die Wahnidee vom wahren Kern« in Le monde diplomatique 01.08.1999)

Zwei Ziele der Genanalyse lassen sich leicht ausmachen. Zum einen die Wahnvorstellung ein bestimmtes Gen oder eine bestimmte Genkonstellation sei für Kriminalität verantwortlich. Einmal identifiziert würde »Kriminalitäts-Prävention« bereits vor der Geburt ansetzen. Ein anderes Ziel verfolgte eine Forschungsgruppe in Frankreich. Unter dem Projektnamen »Genetische Risiken und Arbeit« sollte eine Strategie der Auslese von Berufsbewerbern durch Identifikation von gefährdeten Personen erarbeitet werden. »Vorbeugende Maßnahmen am Arbeitsplatz könnte man sich dann ersparen, und die Anerkennung bestimmter Berufskrankheiten würde bei Personen, denen genetisch eine Anfälligkeit für ein berufsbedingtes Risiko bescheinigt wird, in Frage gestellt werden.« (»Genetische Diskriminierung am Arbeitsplatz?« Le monde diplomatique 01.05.1999) Die Arbeitgeber waren begeistert, müssten sie sich doch nicht länger um einen (kostspieligen?) Arbeitsschutz kümmern.

Big Brother?

Die Orwellsche Vision des totalen Kontrollstaates wurde immer wieder für die Kritik der Überwachungstechnologien benutzt. Dabei ist die heutige Realität um ein Vielfaches komplizierter. Nicht nur der Staat sammelt Daten, und wertet diese aus, sondern ebenso Privatpersonen oder Konzerne. Sicher ist die umfassende Kontrolle, aber wer gerade aus welchem Grund kontrolliert ist nicht mehr so klar. Die Gefahren dieser Tatsache beschreibt unfreiwillig der ehemalige BKA Präsident Herold: »Die moderne Informationstechnologie lädt geradezu ein, die örtlich und sachlich gezogenen Grenzen ihrer Anwendung aufzuheben, die Enge und Isoliertheit von Ressorts aufzulösen, innerstaatliche und nationale Grenzen zu überwinden und Wissen in immer größer werdenden Speichern zu sammeln. Die Grenzenlosigkeit der Informationsverarbeitung würde es gestatten, das Individuum auf seinem ganzen Lebensweg zu begleiten, von ihm laufend Momentaufnahmen, Ganzbilder und Profile seiner Persönlichkeit zu liefern, es in allen Lebensbereichen, Lebensformen; Lebensäußerungen zu registrieren, zu beobachten, zu überwachen und die so gewonnenen Daten ohne die Gnade des Vergessens präsent zu haben.« In der Auseinandersetzung um die schrittweise Aushöhlung der Privatsphäre kann es also nicht nur um eine Kritik der Überwachungstechnologien oder den Mißbrauch von EDV gehen, sondern die Frage muss gestattet sein, ob der Gebrauch von EDV jeweils gerechtfertigt ist.

Neusetzung staatlicher Aufgaben

Vorweg: In den Sicherheitsdarstellungen öffentlicher Instanzen wurden und werden stets ganz wesentliche Gefährdungen der Menschen ignoriert; die zerstörerische Bewirtschaftung von Boden, Wasser, Luft, das Betreiben großtechnischer Anlagen der Atom- und Chemieindustrie, oder der militärische Umgang mit Massenvernichtungswaffen. Die Diskussion über Sicherheit ist stets eine hoch politische, bei der der Staat die Definitionsmacht darüber hat, was die Sicherheit gefährdet und was nicht. In den Debatten über den Großen Lauschangriff und dann dem Spähangriff in der BRD – es finden sich weltweit Äquivalente – wird eine wesentliche Entwicklung, die nur wenig mit den Problemen zu tun hat, auf die die Überwachung eine Antwort sein soll, verdeckt: die Neudefinition staatlicher Aufgaben. Seit Jahren ist es vorherrschende Lesart, dass ein schlanker Staat die Antwort auf alle (wirtschaftlichen) Probleme sei. Nun, der Staat zieht sich teilweise aus der ökonomischen Arena zurück (Privatisierungen, ...) und reduziert die Ausgaben im sozialen Bereich (Kürzungen der Sozial- und Arbeitslosenhilfe, weniger Geld für Kindergärten, Diskussion über die Privatisierung der Schulgebäude in Bremen....).

Im selben Atemzug wird der Repressionsbereich verstärkt. Wo die Sicherheit von Arbeitsplatz, Gesundheit, Bildung oder Altersvorsorge für immer mehr Menschen ungesichert ist, wird mit der Sicherheit im Sinne körperlicher Unversehrtheit Politik gemacht. Die Marktschreier, die für weniger Staat eintreten, wo es um die Vorrechte des Kapitals, um die Ausbeutung der Arbeitskraft oder die Vernutzung der Natur ging, fordern mit ebensolchem Eifer mehr Staat, um die sozialen Folgen zu kaschieren und im Griff zu behalten, die durch diese entstehen. Verstärkte Repression von Bagatelldelikten und kleinsten Ordnungsverstößen, strengere Strafen, ständige Überwachung von »Risikogruppen« und »gefährdeten« Stadtgebieten, Privatisierung des Gefängniswesen ... Mit diesem Programm verbreitet sich ein neuer strafrechtlicher Common sense, der völlig im Einklang steht mit den neoliberalen Ansätzen in Wirtschafts- und Gesellschaftsfragen. »Sicherheit und Ruhe!« (Goethe, Egmont, Trinkspruch auf die bürgerliche Gesundheit).●

Entnommen mit freundlicher Genehmigung:
www.aktuelle-kamera.org

FORTSETZUNG VON SEITE 8

Big Brother ?

freundliche Stimme den/die Fahrer/in durchs Verkehrsgewimmel. Perspektivisch können ähnlich wie bei Wettervorhersagen, Vehrkehrsvorhersagen ermittelt werden und Fahrzeuge mit einer optimalen Geschwindigkeit, die eine Staubildung vermeidet, über die Autobahnen gelotst werden.

Der ökonomische Vorteil der Telematik liegt auf der Hand. Fuhrunternehmen müssen nicht mehr drei LKW losschicken damit einer pünktlich ankommt. Die Straßen werden durchlässiger, bzw. können mehr Verkehr aufnehmen. Arbeitskräfte kommen seltener zu spät oder brauchen weniger Zeit für ihren Arbeitsweg. Dadurch werden etwa auch längere Wege »zumutbar«. Der Straßenverkehr wird im allgemeinen effizienter, »produktiver«. Und wir werden glücklicher, weil wir nicht mehr so oft im Stau stehen und wir auf unsere bestellten Waren nicht mehr solange warten müssen. Auch die Telematik bietet sowohl ökonomischen als auch administrativen Nutzen. Mit Telematik ausgerüstete Fahrzeuge können jederzeit geortet werden. Das bietet staatlicher Repression vielfältige Möglichkeiten. Das unterschiedlich motivierte Einwirken von Staat und Wirtschaft wird etwa am Beispiel von FernfahrerInnen deutlich. Während die Polizei die Einhaltung von Fahr- und Pausenzeiten überprüfen kann, kann das die/der ChefIn auch. Beide nehmen mit ihren gegensätzlichen Forderungen die/den FahrerIn in die Zange. Die Polizei fordert die Einhaltung der Gesetze, der/die ChefIn deren Umgehung um Zeit (... ist Geld) zu sparen.

Aber es gibt noch ein anderes Problem in der Produktion, das so alt ist wie der Kapitalismus selbst, bei dem die Methoden der Überwachungsgesellschaft mehr Abhilfe schaffen können. Dieses Problem ist die »Störgröße M«, wie es der SF-Autor Bernd Ulbrich ausdrückte (muss man nicht kennen). Denn die Menschen, die Träger der Ware Arbeitskraft sind, funktionieren nicht immer so, wie sie sollen. Sie gammeln, klauen, machen Fehler, sind müde und unmotiviert oder schießen während der Arbeitszeit zu oft auf Moorhühner und sind überhaupt zuwenig verfügbar und unflexibel. Aber zum Glück gibt es ja Videokameras, die an Tankstellen nicht nur vor Benzinklau schützen, sondern auch dem/der ChefIn die Möglichkeit bieten, nachzusehen ob ihre/seine Angestellten auch ordentlich und ehrlich arbeiten. In Kindergärten bieten sie nicht nur die Möglichkeit einen Blick auf die Kinder, sondern auch auf die BetreuerInnen zu werfen. Und das bei vernetzten Computerarbeitsplätzen durch die/den ChefIn oder die/den NetzwerkadministratorIn die Möglichkeit besteht, zu überprüfen was die/der Angestellte gerade macht ohne das sie/er es mitbekommt, ist mittlerweile ein alter Hut. Die Konsequenzen für sogenanntes »Fehlverhalten« können dabei je nach Situation als Rausschmiss oder Motivationstraining ausfallen. Gerade das Motivationstraining wird in verschiedensten Variationen – vor allem für »teure« Arbeitskräfte – praktiziert und kann etwa auch psychologische oder esoterische Elemente enthalten. In der Konsequenz bedeutet eine solche Überwachung zwar weniger eine Normierung auf einen bestimmten Arbeitsschritt, wie etwa in der fordistischen Fliessbandfertigung, aber eine Normierung auf den Arbeitsprozess als solchen, so das die Rede vom arbeitenden Menschen als »Teil einer Teilmaschinerie« (Marx) eine neue Bedeutung erhält. Menschen identifizieren sich mit »ihrem« Unternehmen, arbeiten oft effektiv mehr als die jeweils vereinbarte Arbeitszeit und richten Ihre Freizeit und Ihren Urlaub nicht nach eigenen Bedürfnissen, sondern nach den Bedürfnissen des Unternehmens. Die bereits oben erwähnte Reduzierung der für die Reproduktion der Arbeitskraft nötigen Zeit zusammen mit der »langen Leine« Handy oder Jobsuche/angebots-Datenbanken im Internet erhöht die Verfügbarkeit des Menschen als Arbeitskraft.

Hier soll einem Missverständnis vorgebeugt werden. Gerade bei qualifizierten Arbeitskräften bedeutet deren effektivere Ausnutzung auch, dass auf deren Bedürfnisse stärker eingegangen wird. Einerseits um ihnen den Kopf von lästigen »unwichtigen« Problemen freizumachen, als auch um die Menschen dazu zu bringen zu jeder Zeit ihre Kreativität effektiv in den Arbeitsprozess einzubringen. Nur ein/e glückliche/r ArbeiterIn ist ein/e produktive/r(!) ArbeiterIn. Das führt z.B. dazu, dass den lohnarbeitenden Menschen mehr »Freiheit« bei der Gestaltung der Arbeitszeit eingeräumt oder auch »unproduktiven« Tätigkeiten (z.B. Moorhuhnschießen) in gewissem Maß Platz (Zeit) gegeben wird. Das bedeutet auch für solche qualifizierten Arbeitskräfte einen relativ hohen Lohn um sich etwa all die neuen vernetzten Haushaltsgeräte leisten zu können und nicht ihre Zeit beim Einkaufen verschwenden zu müssen (vergl. »Screenfridge«). Dennoch oder gerade dadurch unterwerfen sie ihre gesamte Tages- wie Jahresplanung mehr und mehr ihrem Job, werden also mehr und mehr Teil des Arbeitsprozesses (z.B. werden Termine für Arbeitstreffen etwa von einer/m SekretärIn festgelegt, der/die die Terminplaner aller Beteiligten vorliegen hat). Wir werden glücklicher!?

Wo aber sollen den die ganzen qualifizierten Arbeitskräfte herkommen wenn unsere StudentInnen jahrelang auf den Unis herumlungern und doch nichts vernünftiges machen? Lässt sich die Produktion von Qualifikation mit unserer schönen neuen Überwachungsgesellschaft nicht auch effektiveren? Aber sicher doch! Wozu gibt es die Unicard (Studentencard, oder wie auch immer)? Eine Unicard ist eine ganz »normale« Chipkarte für StudentInnen, die unzählige elektronisch gespeicherte Informationen enthält (wie z.B. Chipnummer; Hochschulnummer; Name; Vorname; Adresse; Semester; PIN; e-mail-Adresse; Bibliotheksnummer / Ausleihstatus ...). Möglich, oder an einigen Unis auch schon vorhanden ist dabei auch die Anmeldungen zu Prüfungen oder die Einschreibung zu Seminaren mittels der »Unicard«. Mit einer derartigen Karte wird das StudentInnenleben einfacher. Und wir glücklicher.

Auf die Frage der Zeitung lira (WS 99/00) bei einem Vertreter einer Herstellungsfirma derartiger Karten »ob man über Daten z.B. des Bezahlens in der Mensa und anderen Gelddaten Benutzerprofile erstellen könnte« antwortete jener: »Wenn Sie das wünschen machen wir das für Sie.« Solche Karten sind fast beliebig mit weiteren Funktionen aufrüstbar und gestatten potentiell das individuelle Nachvollziehen des Studienablaufs, das heißt deren Kontrolle und Sanktionierung, z.B. bei Studienkontrollen oder BAföG-Berechtigung. Auffällig dabei ist wieder das Zusammenfallen von administrativen und ökonomischen Funktionen auf der Unicard. Alle – auch »kleine«, wie Internetzugang oder Kopieren – über eine solche Karte in Anspruch genommenen »Leistungen« werden, auf den/die einzelne/n Studenten/in bezogen, abrechenbar. Einerseits werden StudentInnen während ihres Studiums immer durchsichtiger, andererseits Studienabläufe und die »Produktion« von qualifizierten Arbeitskräften plan- und sanktionierbarer.

Schon jetzt hinterlassen wir in unserem alltäglichen Tun überall kleine Datenhäufchen. Wenn wir telefonieren, im Internet surfen, Lohnarbeiten, mit Karte einkaufen, uns irgendwo im öffentlichen Raum bewegen, unseren Kühlschrank einkaufen lassen, mit eingeschaltetem Handy rumlaufen, unser Auto mit Telematik staufrei durch den Straßenverkehr lenken, Bankgeschäfte machen, auf irgendeiner Behörde auftauchen, einen Strafzettel bekommen usw. usf. Diese Datenhäufchen warten nur darauf, in einen Zusammenhang gebracht zu werden. Aber dieses Warten wird bald ein Ende haben. Aber warum? Nun, um uns glücklicher zu machen und wenn wir nicht glücklicher werden wollen, dann um uns zu unserem Glück zu zwingen! Das Warten wird beendet sein, wenn der Aufwand diese Daten auszuwerten kleiner wird, als der potentielle Nutzen den Ökonomie und Staat daraus ziehen können.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Wir erleben gerade eine technische Revolution (einen Produktivkraftschub!) und es ist im Moment nicht klar abzusehen, wohin dies führen wird. Aus ökonomischer Sicht wird sich das durchsetzen, was auch perspektivisch hohe Profite verspricht. Das Milliarden für Telekommunikationslizenzen bezahlt werden, das Schulen kostenlos mit Internet versorgt werden und das die Kosten für den privaten Internetzugang praktisch ins Bodenlose fallen, spricht in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache: Das sog. IT Kapital strebt die möglichst umfangreiche Vernetzung in allen Bereichen der Gesellschaft an und die Aktienkurse zeigen wie groß die Hoffnungen auf Dividende sein können, die in die »Informationstechnik« gesetzt werden. Dabei zögert es auch nicht bei großen Investitionen, um möglichst schnell, möglichst viele Menschen in den industriellen Zentren an das Internet heranzuführen (Schule), das Internet für möglichst viele Menschen zugänglich zu machen (Zugangspreise) und dessen technische Möglichkeiten ständig zu erweitern.

Für uns zeigt sich, dass es im Bereich der Datenerfassung und -verarbeitung eine zunehmende Verschmelzung von ökonomischer und staatlicher Nutzung gibt. Andererseits unterliegen innerhalb des Kapitalismus die Produktionsverhältnisse einer spürbaren Veränderung. Bleibt darüber nachzudenken, wie sich die Gesellschaft in Hinblick auf ihre administrativen Strukturen verändern wird. Möglicherweise geht die Entwicklung hin zu einer technokratischen Gesellschaft, in der der Mensch, der sowohl Überwachung und Kontrolle mit trägt, als auch gleichzeitig davon betroffen ist, immer mehr an seinem Funktionieren gemessen wird und darüber seine Teilhabeberechtigung erlangen muss.●

aus: »Save the Resistance!
– Reader gegen den Sicherheitswahn«
Siehe Literaturhinweise (S. 10)

Geschichte der Kameraüberwachung in Deutschland

● 1958 wurde in München eine Verkehrszentrale eingerichtet, an die von stationären Fernsehkameras über 17 Verkehrsschwerpunkte bewegte Bilder übertragen wurden (es folgten weitere Verkehrsüberwachungskameras in München und Hannover)

● Hannover war 1976 die erste deutsche Stadt, wo mit 25 ferngesteuerten schwenkbaren Zoom-Kameras der Dauereinsatz der Videotechnik praktiziert wurde (Vorbild London, wo 1974 zur Überwachung der großen Verkehrsadern 145 Kameras aufgebaut worden sind). Von da an nicht nur Verkehrsüberwachung. Von Anfang an Konzentration auch auf »Rand- und Problemgruppen« (Möncke bergstraße in Hamburg, Kröpcke in Hannover, Marienplatz München)

● Schnelle Entwicklung der Technik sorgte bereits in den 70er Jahren für flächendeckende Kontrolle von Bahnsteigen, Rolltreppen, Tunneln, Kreuzungen, Warenhäusern...

● Die seit 1976 bundeseinheitlich ausgebildeten polizeilichen Beweissicherungs- und Dokumentations-Trupps überwachten Demos mit kleinen handlichen Videokameras, mit deren Zoom-Technik gestochene Portraitaufnahmen gefertigt werden konnten.

● »Aktion Paddy« von BKA, BND und Bundesamt für Verfassungsschutz zur Absicherung vor Anschlägen in einem Umkreis von 30 km von Heidelberg um das amerikanische NATO-Hauptquartier. Es erfolgte eine Installation von versteckten Hochleistungskameras im öffentlichen Raum. Abbruch nach 6 Monaten ohne erhofften Ermittlungserfolg. Kurz darauf wurde knapp außerhalb des Überwachungsbereiches auf den zuvor mitgeschützten Vier-Sterne-General Kroesen von der RAF ein Anschlag verübt.

● Anfang der 80er Jahre automatische Grenzkontrolle am eisernen Vorhang, nach Mauerfall Verlagerung an deutsche Ostgrenze.

● 1996 Pilotprojekt in Leipzig zur »Videoüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten«, gegen Kfz-Aufbrüche, Taschendiebstähle und Drogenhandel. Vergleichbare Aktivitäten auch an anderen Orten. Polizei ist schon lang nicht mehr die Institution, die diese Technik am umfassendsten einsetzt. Erfassung inzwischen hauptsächlich durch Kommunen. Öffentliche Einrichtungen bis hin zu Hochschulen sehen in dieser Technik eine Möglichkeit, sich selbst ein »Stückchen Sicherheit« zu schaffen.

● In Großbritannien ist in jeder zweiten Kommunalverwaltung eine öffentlich-rechtliche Überwachung installiert (CCTV – Closed Circuit Television). Allein für 1997 und 1998 waren der Aufbau von 20.000 Polizeikameras geplant. Verkaufte Sicherheitskameras: bisher 300.000 (hohe Akzeptanz auch durch Angst vor IRA-Anschlägen erklärbar).

● Persönlichkeitsverletzungen können nur aufgrund einer Ehrenverletzungsklage, einer Verletzung des vertraglichen Vertrauensprinzips (breach of confidence) oder des Rechts auf Schutz vor Belästigung und Beängstigung (trespass und nuisnace) verfolgt werden. Abgesehen davon besteht kein Schutz vor Persönlichkeitsverletzungen.

● Nicht nur Polizei, auch Privatpersonen überwachen gerne. Im städtischen Raum kann fast von einer flächendeckenden Überwachung gesprochen werden (wegen Privatnützigkeit aber nicht wirklich flächendeckend, systematisch und strategisch).

● Schnittstelle zwischen privatem und öffentlichen Bereich bei privaten Sicherheitsunternehmen, die ihr »Beweismaterial« den Sicherheitsbehörden weitergeben.

● typische hoheitliche Audio- und Videoüberwachung des Staates wird im Allgemeinen nicht aus den Händen gegeben (auch dieser Bereich ist dem Outsourcing aber zugänglich, wie z.B. in den 3-S-Zentralen der DB – Bundesgrenzschutz).

Psychologische Auswirkungen bei Bewusstwerdung der Beobachtung: Mögliche Konsequenzen

Möglicher Abschreckungseffekt durch Kameraüberwachung. Dieser Effekt lässt aber mit der Zeit wieder nach.

● sicherheitspolitische Bilanz ist nicht berauschend... im Beobachtungsraum kommt es zwar zu weniger Delikten (Erfolgsquoten von über 75% Kriminalitätsrückgang). Psychologischer Erfolg nur, wenn auch auf Überwachung hingewiesen wird. Erreicht wird aber keine Verringerung der Delikte, sondern eine Verdrängung und Verlagerung. Werden bestimmte Gebiete sicherer, werden andere dadurch unsicherer.

● Straftataufklärende Wirkung oft begrenzt. Gezielt vorgehende Täter berücksichtigen mögliche Überwachung (Maskierung, Zerstörung der Geräte). Vor allem kleinere Verstöße, wie asoziales Verhalten etc. werden erfasst.

● Sanktionierung schon geringer Ordnungsverstöße fördert zudem die Entwurzelung der Betroffenen und von deren Umfeld. In GB wurde festgestellt, dass die elektronische Überwachung die soziale Verantwortung der Menschen sinken lässt (Erwartung professioneller Intervention, statt selber zu agieren). Angst, bei unsachgemäßer Hilfe zur Rechenschaft gezogen zu werden, da man ja dabei gefilmt wurde.

● Verdrängung von sozial ausgegrenzten Minderheiten (Punks, Bettler...). Den »rechtschaffenen« BürgerInnen wird eine saubere Stadt geboten, in der sie sich subjektiv sicher fühlen (muss gar nichts mit objektiven Befund zu tun haben...).

Ausblick:

Rasante technische Entwicklung. Mit Sprachdatenbanken können massenhaft Abgleiche gefahren werden. Es ist nur eine Frage der Speicher- und Rechnerkapazität, dass auch bzgl. Gesichtserkennung etc. Abgleiche möglich sind (Fa. NeuroMetric in Florida hat System entwickelt, dass aus einer Menschenmasse pro Sekunde 20 Gesichter herausfiltern kann, diese lassen sich innerhalb von Sekunden mit einer Datenbank mit 50 Millionen Datensätzen abgleichen).

Systeme, die in der Lage sind, aufgezeichnete Personen (Demo; Bahnsteig) zu zählen, sind heute schon technischer Standard. Man kann Systeme so programmieren, dass »gekennzeichnete« Personen über mehrere Kameras hinweg verfolgt werden. An der Uni Leeds wird derzeit ein System entwickelt, das von einer Videokamera aufgezeichnetes »normales« Verhalten von »verdächtigem« Verhalten unterscheiden soll. Idee ist, dass ein Dieb mit der Absicht zu stehlen, ein Geschäft auf ungewöhnliche – elektronisch detektierbare – Weise betritt (Finanzierung mit 300.000 Pfund).

In einer Untersuchung der Uni Hull kam der Soziologe und Kriminologe Clive Norris zu dem Ergebnis, dass die vorhandenen automatischen Erkennungstechniken die britische Regierung in die Lage versetzen könnte, jeden einzelnen Menschen zu kontrollieren (neue Dimension auch durch Einspeisung der Bilder ins Internet)●

(Quellen: Legler, Thomas,: Das Recht am eigenen Bild auf der Datenautobahn, in: CR 7/1998; Weichert, Thilo: Öffentliche Audio- und Videoüberwachung, in: Datenschutz Nachrichten 1/1999)

Sicherheit im Netz:

Big Brother ?

Lauschangriff auf Politikerin

Das ARD-Wirtschaftsmagazin »plusminus« (Dienstag, 27. März 2001, 21.55 Uhr im Ersten) hörte Angelika Beer ab – über einen Computer. Das Mikrofon im PC macht es möglich. Die Gefahr – sie kommt über die Leitung. Sicherheitsexperten warnen.

Von Susanne Härpfer ● *Angelika Beer* baut ihr Handy auseinander. Wie immer, wenn die rüstungspolitische Sprecherin der Grünen ein vertrauliches Gespräch führt. Sie ist besonders sicherheitsbewusst, seit im vergangenen Jahr auf sie ein Attentat verübt wurde. Drei Sicherheitsbeamte des Bundeskriminalamts (BKA) bewachen die Politikerin rund um die Uhr (Sicherheitsstufe 1). Doch gegen die Gefahr aus dem Computer sind auch sie machtlos. »Ich habe Frau Beer eine E-Mail mit einer Virenwarnung geschickt«, erläutert Peter Feil, Experte für Computersicherheit. Arglos öffnete sie die E-Mail des vermeintlichen Systemadministrators. Damit war das Notebook »scharf«. Jede Unterhaltung, die sie führte, wurde über den Computer übertragen.

Bernd Bühner, Geschäftsführer von »Control Risks Deutschland«, kennt die Möglichkeit. »Wir ernten oft Unglauben, wenn wir unsere Kunden warnen, dass sie über ihren eigenen PC abgehört werden können«, seufzt der Praktiker. »Die halten das für eine Räuberpistole.«

Zu Unrecht. Das Verfahren ist allerdings nur Wenigen bekannt. Zwar hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass Handys abgehört werden können. Auch bei Telefonanlagen kann die Raummithörfunktion aktiviert werden; quasi wie beim Babyfon. Genauso einfach, zumindest für Computerfachleute, ist es aber auch, die Multimediaausstattung moderner PCs zu manipulieren. »Die Anbieter freier E-Mail-Adressen machen es Hackern viel zu leicht«, klagt Peter Feil. Der Experte hatte sich bei einem solchen Anbieter als Systemadministrator, Abteilung für Virenschutz, angemeldet mit dem fiktiven Geburtsdatum 1900. Dennoch war die Registrierung erfolgreich. Dann versteckte er in einem Brief an Angelika Beer ein so genanntes trojanisches Pferd und erlangte so die Kontrolle über den fremden Rechner. Das eingebaute Mikrofon öffnete sich, ebenso die Telefonleitung, da das Gerät an ISDN angeschlossen war.

»Keines der gängigen Virenschutzprogramme oder Intrusion-Detection-Systeme hat mein Eindringen bemerkt", sagt Peter Feil. Kein Wunder. Denn Virenscanner schlagen nur Alarm bei Eindringlingen, die ihnen bekannt sind. Neue Formen des Missbrauchs bleiben so zunächst unentdeckt.

Ein Schock für die Bundestagsabgeordnete. »Wenn es so einfach für jeden ist, mich abzuhören, werde ich ja politisch handlungsunfähig«, empört sich Angelika Beer. Wenn nicht der Sicherheitsfachmann Peter Feil von der Firma »bov« die Politikerin abgehört hätte, sondern ein Kapo, ein Kopf des organisierten Verbrechens oder ein politischer Gegner, was hätte passieren können? »Dann hätte es zu diplomatischen Verwicklungen kommen können«, erschrickt Beer und fragt: »Muss ich denn zur Schreibmaschine zurückkehren?« So radikales Handeln ist nicht nötig. Es genügt, bei wichtigen Gesprächen Computer mit Mikrofon aus dem Zimmer zu verbannen. Es reicht allerdings nicht, nur das Mikrofon auszuschalten. Denn Angriffsprogramme können jederzeit das vorhandene Mikrofon aktivieren – unbemerkt.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

»Das Hauptproblem ist die so genannte capi«, erläutert Feil, der Sicherheitskonzepte für die Wirtschaft erarbeitet. Fast jede ISDN-Anwendung eines PC in Deutschland basiert auf dieser Programm-Schnittstelle, kurz capi genannt. Es müssten mehr Schutzmaßnahmen bei den PCMCIA-Karten für ISDN-Anschlüsse implementiert werden, fordert Feil. Diese Karten im PC ermöglichen den Zugang zum Internet. Aber nicht nur das, sie sind gewissermaßen das Einfallstor in den Rechner. *Günter-Ulrich Tolkiehn* ist Vorsitzender der »capi Organisation«, eines lockeren Zusammenschlusses der größten Hersteller von ISDN-Karten und der »T-Nova Deutsche Telekom«. Gegründet 1989 von drei Herstellern setzen sie Standards durch ihre Bedeutung am Markt. Gesetzlich ist nichts geregelt, keine Behörde zuständig. »Das ist auch nicht nötig«, findet Tolkiehn. »Wir haben einen solchen Schutzmechanismus entwickelt. Aber wir können niemanden zwingen, ihn auch umzusetzen und anzubieten.«

Der Marktführer AVM, der die beliebte »Fritzcard« herstellt, fühlt sich nicht angreifbar. »Wir bieten unseren Kunden an, dass sie unser Programm »screen shot« aktivieren können. Das zeigt an, wenn eine Leitung belegt ist«, erläutert *Urban Bastert*. »Außerdem zeigt eine Protokolldatei alle Verbindungen an«, betont der Leiter der Pressestelle. »Alles Kappes«, also Unsinn, entgegnet Peter Feil. »Welcher Durchschnittsanwender schaut schon in die Programme«, fragt er und verlangt: »Nötig ist ein Tool, das Abhören per PC generell verhindert.« Außerdem: Ein Verbindungsprotokoll zeige ja nur an, was schon geschehen sei. Warum warnen die Hersteller nicht mehr vor der Gefahr? Warum verhindern sie sie nicht?

Ihnen sei bislang kein Fall bekannt, lautet die Antwort von *Stefano Uslenghi* der Firma »Rocom«. Damit gibt er die Mehrheitsmeinung der Hersteller wieder. Nicht verwunderlich, findet *Rolf Eckerts*, Geschäftsführer der GUS, der Kölner »e-Business Consult GmbH«. »Die reagieren richtig irrational, wenn man sie fragt, ob sie schon einmal ausgespäht wurden«, schüttelt der Sicherheitsmann den Kopf. »Nur selten werden deshalb Fälle von Abhören und Wirtschaftsspionage bekannt. Den meisten Firmen sei es peinlich, so reingelegt worden zu sein«, weiß auch *Jürgen Wittmann* vom Verein für Sicherheit in der Wirtschaft. Oder aber die Unternehmen fürchten, keine Aufträge mehr zu bekommen, weil sie ja nicht sicher seien. Vertuschen, Verheimlichen, Verschweigen – ist daher das Motto, wenn es um das Delikt geht.

Der Schaden für die deutsche Wirtschaft werde sich von 20 auf 40 Milliarden Mark verdoppeln, schätzt *Klaus-Dieter Matschke*. Der einstige Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes BND leitet heute die Sicherheitsfirma »KDM Consulting«. Viele Firmen nehmen die Gefahr nicht ernst, fand eine Studie des »Sicherheitsforums Baden-Württemberg« heraus. Kein Wunder. Wenn kein Betrieb bekennt: Ich wurde observiert, wird die Gefahr nicht bekannt. Und eine unbekannte Gefahr macht nicht wachsam. Ein Teufelskreis. Gegen den *Elisabeth Slapio* von der Industrie-und Handelskammer (IHK) Köln ankämpft. Sie ist zuständig für den Schwerpunkt »Sicherheit«, den verschiedene Handelskammern gebildet und in Köln konzentriert haben. Die Geschäftsführerin versucht, die Unternehmen erst einmal problembewusst zu machen. Eine schwierige Aufgabe, denn die Fachfrau steckt in einer Zwickmühle. Einerseits soll sie auf Sicherheitslücken aufmerksam machen und warnen. Andererseits gehören die Anbieter der verwundbaren Technik auch zu ihrer Klientel. Ein Konflikt, den sie bislang versucht, »diskret« zu lösen. Mit viel Diplomatie bemüht sich die Vertreterin der IHK, die Balance zwischen Kampf für mehr Sicherheit und Wirtschaftlichkeit zu halten.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Auch der »Arbeitskreis Sicherheit in der Wirtschaft« (ASW) hält sich bedeckt, wenn es um das Thema »Abhören per Computer« angeht. Noch im letzten Jahr wusste der Bonner ASW nichts von dieser Möglichkeit und verwies Fragen an das »Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik« (BSI). Inzwischen haben Techniker des BSI dem ASW vorgeführt, was alles geht mit einem PC. Doch Fragen, ob denn die Demonstration zu einer Warnung der Mitglieder vor der ungewöhnlichen Lauschmethode geführt habe, beantwortet *Klaus Gert Hartmann* ausweichend. Er könne sich nicht mehr erinnern, ob sie explizit vor Abhörmöglichkeiten mittels Multimedia gewarnt hätten. Aber generell würden sie schon regelmäßig Warnhinweise herausgeben.

Warum diese Zögerlichkeit? Kann es sein, dass die Möglichkeit deshalb nicht bekannt gemacht werden soll, weil deutsche Dienste mithören? Schon 1998 gab es immerhin einen Vorstoß aus dem Bundeswirtschaftsministerium. Der damalige Wirtschaftsminister *Günter Rexrodt* wollte dafür sorgen, dass jedes Unternehmen abhörfähig werden sollte für deutsche Dienststellen wie Bundeskriminalamt (BKA) und Zollkriminalamt (ZKA). Wie praktisch, wenn jeder PC mit Mikrofon, der an einer ISDN-Leitung hängt, zum Sender umgepolt werden kann. Millionen Unternehmen wären damit potentiell ein offenes Buch.

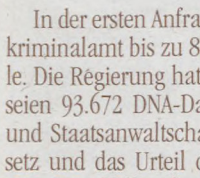
Der renommierte Geheimdienstexperte *Erich Schmidt-Eenboom* erklärt, warum die deutsche Wirtschaft so wenig über die Risiken aufgeklärt wird, die durch Abhören über Computer entstehen können, so: Es gibt ein Schweigekartell zwischen Herstellern aus der Computerbranche und dem Bundesnachrichtendienst. Denn der BND setzt im Ausland bei begründeten Verdachtsfällen diese Technik selbst ein.

Wie wirbt doch der Marktführer für seine Karte: »Freiheit für Ihre Verbindung.« Freiheit zum Lauschen.●

DNA-Datensammlung

2.764 DNA-Datensätze täglich beim Bundeskriminalamt – von Einzelfallprüfung keine Spur

Zum Ausbau der DNA-Dateien beim Bundeskriminalamt erklärte die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke:



»Das Bundeskriminalamt in Wiesbaden sammelt jeden Tag fast dreitausend neue DNA-Dateien. Das geht aus zwei Antworten hervor, die ich von der Bundesregierung erhalten habe.

In der ersten Anfrage hatte ich gefragt, ob das Bundeskriminalamt bis zu 800.000 DNA-Dateien speichern wolle. Die Regierung hatte mir geantwortet, am 21. Februar seien 93.672 DNA-Dateien gespeichert gewesen. Polizei und Staatsanwaltschaften hielten sich strikt an das Gesetz und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das eine Einzelfallprüfung, eine Straftat oder zumindest den Verdacht einer Straftat mittlerer bis schwerer Kriminalität und Wiederholungsgefahr für die Speicherung solcher tief in Persönlichkeitsrechte eingreifender DNA-Daten verlangt.

In meiner zweiten Anfrage hatte ich gefragt, ob Berichte zutreffen, dass zunehmend auch Leute aus Antifa- und Flüchtlingsgruppen Opfer solcher DNA-Schnüffelei würden.

Die Antwort der Regierung: Am 6. März hatte das BKA die Zahl seiner DNA-Datensätze auf 118.551 erhöht. Das sind 24.879 Datensätze mehr als am 21. Februar oder 2.764 neue Datensätze täglich. Von Einzelfallprüfung kann da keine Rede sein. Wenn das so weitergeht, wird das BKA in einem Jahr mehr als eine Million DNA-Dateien angelegt haben.

Auch in anderer Hinsicht ist die Antwort der Bundesregierung erschreckend. Nur ein Fünftel aller DNA-Daten beim BKA werden im Zusammenhang mit Sexualdelikten angelegt. Dabei war die Verfolgung von Wiederholungstätern bei Sexualdelikten entscheidender Grund für die Verabschiedung des DNA-Gesetzes.

Auch für die zunehmende Speicherung von Leuten aus Antifa-und Flüchtlingsgruppen gibt es Hinweise. So sind beim BKA derzeit 74 Datensätze im Zusammenhang mit §129- und §129a-Verfahren (Verdacht auf terroristische oder kriminelle Vereinigung) gespeichert. Die §§129 und 129a werden fast nur gegen Linke eingesetzt.«●

TELEFONÜBERWACHUNG

CIA hört mit – und versteht

Während die weltweite Überwachung der Kommunikation mittels des Echelon-Abhörsystems inzwischen wohl zur Routine der US-amerikanischen Geheimdienste gehört, so war eine umfassende automatisierte Analyse wegen der unglaublichen Datenmengen bisher noch problematisch. Nach US-Medienberichten hat das Office of Advanced Information Technology (AIT), eine Forschungsabteilung des CIA, ein Programm entwickelt, mit dem sich Audiosignale gezielt, auch nach Sprechern unterschieden, in Text umwandeln lassen.

Redaktion Heidelberg ● Das Computerprogramm »Oasis« konvertiert beliebige Audiosignale in Klartext. Dabei kann das Programm nicht nur unterschiedliche englische Dialekte auseinander halten, es erkennt auch, ob der Sprecher männlich oder weiblich ist und kann unterschiedliche Gesprächsteilnehmer identifizieren. Diese werden im Text dann als »Male 1«, »Male 2«, »Female 1«, »Female 2« usw. gekennzeichnet. Ist eine Stimme einmal namentlich identifiziert, so wird ihr Profil in einer Datenbank gespeichert und kann später jederzeit wieder zugeordnet werden. Würde man Oasis bei der Überwachung von Telefongesprächen einsetzen, könnten somit alle Gespräche eines Anrufers automatisch ausgefiltert werden, egal von welchem Apparat aus die Person telefoniert.

Durch diese Automatisierung verkürzt sich die Zeit, um ein 30minütiges Audiofile umzusetzen, von 90 auf zehn Minuten. Wenn der Bearbeiter bei dem maschinell erstellten Text dann Ungereimtheiten entdeckt, kann er sich auf Mausklick das ursprüngliche Soundfile anhören. Die so erstellten Textdokumente können dann anhand von umfangreichen Dictionary-Datenbanken nach Schlüsselbegriffen und Synonymen durchsucht oder auch mit neueren Methoden einer intelligenten Kontextanalyse unterzogen werden. Neben einer englischen Version entwickelt das CIA auch Varianten für andere Sprachen wie Arabisch und Chinesisch.

Laut AIT-Direktor *Larry Fairchild* wird Oasis derzeit vom »Foreign Broadcast Information Service« des CIA in einer asiatischen Stadt eingesetzt und soll in Zukunft auch im Nahen Osten verwendet werden.

Damit die Mitarbeiter der CIA bei der Überwachung von Kommunikationsdaten in insgesamt 35 verschiedenen Sprachen nicht erst umfangreiche Sprachkurse belegen müssen, kann das Programm »FLUENT« Textdokumente automatisch übersetzen. In »FLUENT« gibt der Benutzer Suchbegriffe wie »bomb«, »assasin« oder »Osama bin Laden« ein und erhält alle zugehörigen Textdokumente in unterschiedlichen Sprachen wie Chinesisch, Koreanisch, Russisch oder Arabisch. »FLUENT« erstellt automatisch eine Übersetzung der Textdokumente für eine Vorauswahl. Für eine genauere Analyse sind jedoch weiterhin menschliche Übersetzer nötig.

Um in diesen Informationsfluten nicht zu ertrinken, setzt die CIA spezielle Data Mining Tools ein, die Textdokumente automatisch nach Schlüsselbegriffen indizieren. Die Häufigkeit der verwendeten Begriffe wird dabei ebenso berücksichtigt wie unterschiedliche Schreibarten. Mit einem weiteren Tool erhält der Bearbeiter eine kurze inhaltliche Zusammenfassung des Textes. Nach eigenen Angaben hat die CIA seit 1979 allein 1,2 Millionen Dokumente über »kriminelle Vorgänge« im Irak gesammelt.●

Quelle: www.heise.de

Literaturhinweise, Links...

»Save the Resistance! - Reader gegen den Sicherheitswahn.« Erschienen zur bundesweiten Demonstration gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn in Leipzig (14.10.2000). Bezug: Bündnis gegen Rechts (BGR), c/o VL, Postfach 54, D-04251 Leipzig, Fax (03 41) 301 32 69, E-Mail bgr@mail.nadir.org (Preis 5 DM, ab 10 Stck. 3,50 DM

Der Reader kann auch heruntergeladen werden: www.nadir.org/bgr

Websites:
www.aktuelle-kamera.org
http://koeln.ccc.de/projekte/cctv
http://go.to/kameras-weg

»Facetten der neuen Kontrollgesellschaft«. Ronald in KöXüZ, Januar 1998

»Privatisierung der Gewalt«. Stephan Günther in Off Limits, 23/98

»Die innere Sicherheit des Staates ist die reale Ökonomie des Subjektes«. Karoshi, Nr. 4

»Repression. Perspektiven eines schwierigen Begriffs«. Max Kemmer in Arranca!, Nr. 14

»Die Macht sei mit dir, Luke Skywalker - Was Star Wars mit Antonio Gramsci zu tun hat (oder auch nicht)«. Raul Zelik in Arranca!, Nr. 14

»Sicherheit im Zeichen der Burg – Der Sicherheitsdiskurs in der Wohlstandsfestung BRD«. Thomas Kunz in Arranca!, Nr. 14

»Entsichert: Der Polizeistaat lädt nach ...«. Broschüre der AA/BO

»Die Stadt als Beute«. Klaus Ronneberger, Stephan Lanz, Walter Jahn, erschienen bei Dietz, Bonn, 1999

»City of Quartz – Ausgrabungen der Zukunft in Los Angeles«. Mike Davis, erschienen bei Schwarze Risse/Rote Straße, 1994

»Urban Control«. Mike Davis in die Beute 3/94

»CCTV – Ein fast ignoriertes Überwachungsdrama breitet sich aus«. Jan Wehrheim in Forum Wissenschaft, Nr. 2/2000

»Sicherheitsvideotie«. Dr. Rolf Gössner in Ossietzky, Frühjahr 2000

ANDERE ZUM THEMA

Big Brother ?

Die kleinen Helfer des großen Bruders

Zum Abschluss unseres Schwerpunktthemas dokumentieren zwei Beiträge aus der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ), die ebenfalls den »Weg in die Überwachungsgesellschaft« aufzeigen ...

Von Udo Ulfkotte ● Wer unter Verfolgungswahn leidet, sollte die britische Hauptstadt meiden. Durchschnittlich dreihundertmal am Tag wird man in London von einer der mehr als 200.000 fest installierten Überwachungskameras aufgenommen. Alle drei Minuten gerät ein Besucher im Herzen der Westminster-Demokratie – statistisch gesehen – in das Visier eines Systems, das Kritiker an einen optischen Wachhund erinnert. Was in London, das 1974 zur Überwachung der großen Straßenkreuzungen die ersten 145 Kameras aufstellen ließ, heute niemanden mehr stört, hält schleichend in vielen Teilen der Erde Einzug.

So entging Ende Januar nicht einer der 75.000 Zuschauer des amerikanischen Football-Endspiels Super Bowl in Tampa den elektronischen Augen von zwanzig Kameras, die am Eingang des Stadions aufgestellt worden waren und automatisch die Gesichtszüge jedes Besuchers mit Bildern aus der Verbrecherkartei verglichen.

Die Herstellerfirma Graphco Technologies – sie überließ der Polizei die neuen Geräte kostenlos zum Test – hatte allen Grund zum Feiern: Immerhin neunzehn Personen waren als Kriminelle registriert. Dutzende Bilder eines jeden Besuchers wurden mit einem von Visage Technologies entwickelten Softwareprogramm auf bis zu 128 individuelle Gesichtsmerkmale verglichen, vom Winkel der Backenknochen bis zur Dicke der Nase.

Was in den achtziger Jahren noch zu einem Aufschrei von Bürgerrechtsgruppen geführt hätte, scheint heute vom tibetanischen Lhasa (wo es trotz geringen Autoaufkommens Verkehrsüberwachungskameras gibt) bis ins amerikanische Tampa weitgehend akzeptiert zu werden: eine Überwachung, die sich langsam auf alle Teile des Lebens erstreckt. Vieles spricht dafür, dass die behutsame Einführung neuer Überwachungstechniken zu einem Anpassungs- und Gewöhnungseffekt führt, bei dem sich Menschen ähnlich wie Amphibien verhalten: Wirft man diese in heißes Wasser, so werden sie ihm umgehend zu entkommen versuchen; setzt man sie jedoch in ein ihrer Körpertemperatur entsprechendes Bad und erhöht die Temperatur nur allmählich, so werden sie nicht mit einer Fluchtbewegung reagieren.

In Vergessenheit geraten zu sein scheint ein Urteil des Bundesverfassungsgerichtes aus dem Jahre 1984, in dem es hieß: »Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und Informationen dauerhaft gespeichert, verwendet und weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.« Über die flächendeckende Videoüberwachung, maschinenlesbare Ausweise, elektronische Fußfesseln, Datenbankabgleiche, Satellitenortung, Bewegungsmelder, DNA-Karteien und Stimmanalysen scheinen viele Überwachungsmöglichkeiten, die George Orwell wohl kaum für möglich gehalten und auch das Bundesverfassungsgericht 1984 noch nicht gekannt hat, heute zu einem Bestandteil der globalisierten Informationsgesellschaft geworden zu sein. Kreditkartenunternehmen erstellen anhand der eingehenden Daten Kundenprofile, Mobiltelefone sind zugleich Peilsender, weil sie Bewegungsprofile liefern und selbst im Internet surft man weniger anonym, als den meisten bewusst sein dürfte. Die nächsten Schritte dieser Entwicklung sind schon vorgezeichnet.

In den Vereinigten Staaten stellen manche Krankenhäuser ihren Angestellten Arbeitskleidung zur Verfügung, die mit einem Chip ausgestattet sind, über den der Aufenthaltsort jederzeit festgestellt werden kann. Was in Notsituationen vielleicht Sinn hat, kann auch unliebsame Folgen haben: Jeder Toilettengang und jede Überschreitung einer Pause wird unweigerlich aufgezeichnet. Die Grenzen zwischen Privatheit und den Interessen des Arbeitgebers verschwimmen. Und für die Privatkleidung bietet das Bochumer Unternehmen Steilmann in der neuen Kollektion nicht nur Modisches mit integrierten Solarzellen, die ein Mobiltelefon aufladen, sondern zusätzlich ein Satelliten-Navigationssystem an, mit dem etwa eifersüchtige Ehemänner und Ehefrauen ihren Partner überall ausfindig machen könnten. Eine »Kindersuchweste«, die es Eltern ermöglichen soll; ihre Jüngsten über Funk ausfindig zu machen, konnte hingegen bei der Düsseldorfer Modemesse nicht vorgestellt werden; sie wurde am Frankfurter Flughafen beschlagnahmt, weil die dortigen Sicherheitssysteme Fahnder auf den Plan riefen. Ein amerikanisches Unternehmen entwickelt Schuhe, die mit jedem Menschen, dessen Hand man schüttelt, elektronische Visitenkarten austauschen. Der Abstand zwischen Mensch und Computer wird bald nicht größer sein als jener zwischen Jacke und Träger. Und Überwachungstechnik könnte dann so allgegenwärtig sein wie heute der Sauerstoff.

Einen neuen Weg auf dem Gebiet von Ortung und Identifizierung beschreiten biometrische Überwachungssysteme: Im Gegensatz zur konventionellen Video-Aufzeichnung, die letztlich eine Verlängerung des menschlichen Auges ist, bedürfen ihre Bilder nicht mehr der Interpretation durch einen Menschen. Die Universität von Leeds entwickelt gemeinsam mit der Universität von Reading eine Software, die auf Videosequenzen »normales« von »verdächtigem« Verhalten unterscheiden kann. Diebe, Terroristen und Mörder, so die Annahme der Wissenschaftler, verhielten sich anders als »normale« Menschen. Wer künftig auf dem Parkplatz eines Einkaufszentrums scheinbar ziellos daherschlendert, könnte von der neuen Software im ungünstigsten Fall schon vorbeugend als potentieller Autodieb entlarvt werden.

Biometrische Verfahren nutzen die physiologischen Merkmale eines Menschen, um ihn eindeutig zu identifizieren. Neben Bewegungsabläufen können das beispielsweise Thermogramme, bei denen die Temperatur der Gesichtszonen gemessen wird, die Stimme oder der Augenhintergrund sein. Solange die mit Hilfe der Überwachungstechnik gesammelten Daten aus der anonymen Menschenmenge in einer Demokratie gewonnen werden, gibt es Kontrollmechanismen, die Missbrauch verhindern. Anders als in China, wo amerikanische und deutsche Firmen vor 1989 die Hard- und Software zur Überwachung des Tiananmen-Platzes in Peking lieferten (ihre Aufnahmen dienten nach dem Massaker dazu, auch geflüchtete Demonstranten aufzufinden), ist die Gefahr des Missbrauches in der freien Welt gering. Überwachung, Identifizierung und Vernetzung der gewonnenen Informationen erleichtern jedoch Massen- und Routineüberwachung, ohne Überwachungs- und Durchsuchungsgenehmigungen zu benötigen.

Militärische Anlagen, Gefängnisse, Kernkraftwerke, Banken und Industrieunternehmen werden in wenigen Jahren schon mit Hilfe der Biometrie neue Sicherungssysteme einführen. In Deutschland und der Schweiz bieten Banken Kundenschließfächer an, die mit Fingerabdruck Scannern arbeiten. Sie funktionieren aber nur, solange der Kunde keine Blasen oder Schwielen an den Fingern hat.

In einer Untersuchung der Universität Hull berichtete

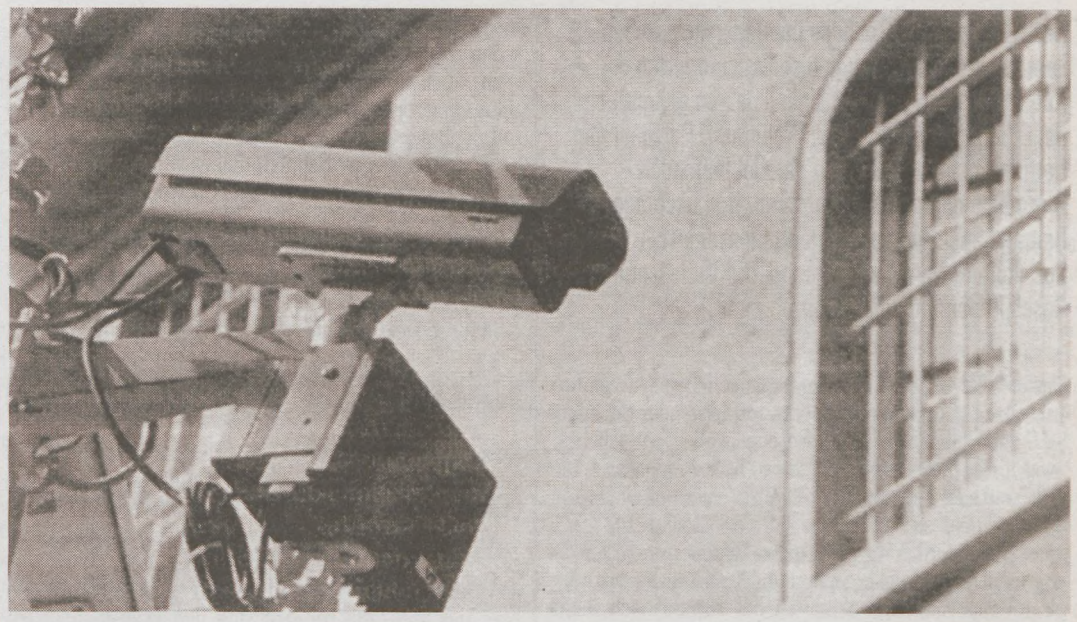


Foto: Dave Gannon

der Kriminologe *Clive Norris*, dass die vorhandenen automatischen Erkennungstechniken die britische Regierung in die Lage versetzen könnten, die Schritte eines jeden einzelnen zu kontrollieren. Möglich macht das eine Software, die auch in Deutschland von Polizeibehörden eingesetzt wird, das sogenannte Personenspotting. Aus einer Menschenmasse heraus können damit in jeder Sekunde zwanzig Menschen herausgefiltert werden, die sich schnell mit vorhandenen Datensätzen abgleichen lassen. Das System kann eine »gekennzeichnete« Person auch über mehrere Kameras hinweg verfolgen. Noch einfacher ist es, wenn auch das Fahrzeugkennzeichen einer Zielperson bekannt ist: Seit 1994 vertreibt das britische Unternehmen »Talon Systems« eine von Cambridge Neurodynamics entwickelte Technik, die Nummernschilder bei Tag und Nacht erkennt. Diese Kameras stehen etwa an den Ein- und Ausfallstraßen von London. Mit ihnen kann auch nach mehreren Tagen noch festgestellt werden, wer zu einem bestimmten Zeitpunkt in welche Richtung gefahren ist.

Deutsche Forscher haben das Personenspotting verfeinert: Selbst wenn Gesichter durch Haarschnitt, Bart oder Brille verändert wurden, sind sie angeblich zweifelsfrei auch in chaotischer Umgebung zu erkennen. Und nicht nur das: Liegen Vergleichsaufnahmen nicht vor, liefert die Software automatisch eine Analyse nach Rasse, Geschlecht und Alter.●

aus: FAZ, v. 1. 3. 2001

MITLAUSCHEN WIRD GESETZLICH GEREGELT

In Echtzeit Daten weiterleiten

Wenn deutsche Postunternehmen verpflichtet würden, alle Absender- und Empfängerangaben im Briefverkehr zum Zwecke einer möglichen späteren Strafverfolgung für den Zugriff der Sicherheitsbehörden bereitzuhalten, wären zahlreiche öffentliche Proteste die Folge.

Von Udo Ulfkotte ● Was vor dem Hintergrund des Datenschutzes bei der klassischen Briefpost undenkbar erscheint, soll jedoch nach dem Willen des Bundeswirtschaftsministeriums bei der elektronischen Kommunikation per Handy, E-Mail und Internet schon bald Wirklichkeit werden. Unabhängig davon, ob es sich um Daten- oder Sprachübertragung handelt, sollen die Betreiber von Telekommunikationsanlagen staatlichen Stellen das Mitlauschen ermöglichen. Und nicht nur das: Die Kosten dieses gewaltigen Unterfangens tragen die Unternehmen, die sie an die Kunden weiterreichen werden.

Zwar ist die entsprechende 26 Seiten lange Verordnung von der Bundesregierung noch nicht beschlossen, doch zeigen die Erfahrungen in anderen europäischen Staaten, dass die Absicht der Bundesregierung ernst zu nehmen ist. In den Niederlanden etwa müssen die Internet Anbieter bis zum April ihre Rechner mit Abhörmöglichkeiten ausgerüstet haben. Die Kosten eines jeden Telekommunikationsunternehmens werden dort dann um etwa zwanzig Prozent steigen. Fachleute vertreten die Auffassung, dass ein Drittel der betroffenen niederländischen Unternehmen dann vor dem Konkurs stehen wird. Und in Großbritannien wird eine ähnliche Regelung im Oktober in Kraft treten.

Nach dem deutschen Entwurf können Polizei, Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz künftig von den Anbietern die Herausgabe von verdächtigen Verbindungsdaten, etwa Rufnummern und E-Mail-Adressen, aber auch der Mailboxen von Mobiltelefonierern verlangen. Die angeforderten Mitschnitte müssen dann »in Echtzeit« an die Strafverfolger weitergeleitet werden. Neben der Wirtschaft sind auch deutsche Datenschützer von den Plänen wenig begeistert. In einer Pressemitteilung heißt es, das Vorhaben »würde zu einem unverhältnismäßigen Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung von Millionen rechtstreuer Internetnutzer führen, die keineswegs alle potentielle Straftäter sind. Das gesamte Vorhaben wäre zudem zur Verfolgung von schweren Straftaten untauglich, weil Straftäter ohne größere technische Schwierigkeiten auf Provider in anderen Ländern ausweichen könnten.«

Fraglich ist auch, ob die neue Regelung verfassungsgemäß wäre. Das Bundesverfassungsgericht hatte mehrfach festgestellt, dass die Speicherung personenbezogener Daten nicht zu einer Rundumbeobachtung der Bürger führen darf. Das wäre aber mit der angestrebten Regelung der Fall. Der Hamburger Datenschutzbeauftragte meint dazu: »Dieses Verfahren würde den mit den Vorschriften über Tele- und Mediendienste gewährleisteten Datenschutz in unvertretbarer Weise abbauen. Es widerspräche auch dem von der Bundesregierung selbst vorgelegten Entwurf einer Novelle zum Bundesdatenschutzgesetz, das die Entwicklung und den Einsatz von technischen Verfahren vorsieht, die mit einem Minimum an personenbezogener Datenverarbeitung betrieben werden können.« Im April will sich das Bundeswirtschaftsministerium bei einer Anhörung mit den Einwänden auseinandersetzen.●

aus: FAZ, v. 7. 3. 2001

NEU IN DER »GRASWURZELREVOLUTION«: DEUTSCH/TÜRKISCHE BEILAGE

Redaktion Heidelberg ● »otkökü« ist der Name der vierseitigen türkisch/deutschsprachigen Vierteljahresschrift, die im März erstmalig der Zeitschrift »Graswurzelrevolution« (GWR) beigelegt wurde. Presserechtlich ist die *otkökü* Teil der GWR und wird in Deutschland verlegt und herausgegeben. Koordinationsredakteur *Osman Murat Ülke* ist Mitglied des Vereins der KriegsgenerInnen Izmir und gewaltfreier Anarchist. Er wurde 1970 in Gummersbach geboren und lebte in deutschland, bis er als 15-Jähriger in die Türkei übersiedelte. Nach einer Pressekonferenz im Mai 1994, bei der er eine Unterstützungserklärung für vier neue Kriegsdienstverweigerer abgegeben hatte, wurde er erstmals verhaftet. Nachdem Osman 1995 seinen Wehrpass verbrannt und seine Kriegsdienstverweigerung öffentlich gemacht hatte, wurde er im Oktober 1996 erneut verhaftet und verbrachte seitdem mit Unterbrechungen bis zum 8. März 1999 sein Leben im Gefängnis. Als Kriegsdienstverweigerer kann er jederzeit wieder verhaftet werden.

Um dies zu verhindern und um die Kriegsdienstverweigerer, AntimilitaristInnen, Gewaltfreie, Libertäre und andere undogmatische Linke in der Türkei zu unterstützen, ist es wichtig, international auch mit Projekten wie *otkökü* eine (Gegen-)Öffentlichkeit herzustellen, schreibt dazu die GWR.

Inhaltlich geht es in der ersten Ausgabe z.B. um die Menschenrechtslage in der Türkei, die neuen Typ F-Gefängnisse und den osmanischen Völkermord an 1,5 Millionen Armeniern 1915.

Die GWR gibt es im Abo (zehn Ausgaben für 45 DM), Vertrieb GWR, Straßburger Str. 24, D-10405 Berlin.

antifa kongress 2001
20. – 22. april 2001
uni göttingen
www.antifa kongress.de
info. telefon. 0551 7 70 48 89
das jahr. in dem wir kontakt aufnehmen.
Eine Initiative von:
Bündnis gegen Rechts Leipzig
Rote Antifa Aktion Leipzig
Antifaschistische Aktion Berlin
Autonome Antifa [M] Göttingen
Veranstaltet durch:
Verein zur Förderung antifaschistischer Kultur Göttingen
Basisgruppe Medizin Uni Göttingen

KULTURZENTRUM ZOLLHAUS IN LEER

Das Ende der Geduld oder »Der Zweck heiligt nicht immer die Mittel«

Das Kulturzentrum Zollhaus im niedersächsischen Leer gehört zu den wenigen selbstfinanzierten Kulturbetrieben. Seit fast sieben Jahren gelingt es dem Betreiberverein, Haus, Programm, Personal und Betriebskosten durch einen parallel laufenden Discothekenbetrieb zu finanzieren. Den nachfogenden Beitrag haben wir dem »Informationsdienst Soziokultur« Nr. 42 entnommen. Die Verfasserin ist Geschäftsführerin des Kulturzentrums.

Birgitta Heller ● Es beginnt immer ganz harmlos. Irgendwo entdecken Menschen ein schönes inspirierendes Gebäude. Sie haben eine zündende Idee oder wollen einfach mal »was losmachen« – speziell da, wo bisher nichts war. Die Ziele sind edel – der Spaß groß. Alles scheint möglich und wo dies nicht so ist, gilt die Parole »Geht nicht, gibt's nicht«. Also werden Verhandlungen aufgenommen, Verträge geschlossen, Projekte geplant und Veranstaltungen organisiert. Das Häufchen Aktivisten hat alsbald noch mehr Spaß an der Sache, denn es erweist sich: Darauf hat die Menschheit – zumindest die umliegend lebende – nur gewartet. Das Haus, das Event, die Aktion also als solche wird mit größter Begeisterung angenommen. Es freut sich hinfort das Publikum und alsbald stellen sich auch die Politiker hinter die bewundernswerte Initiative – und natürlich war man da schon irgendwie maßgeblich beteiligt. Aha!

Nur Geld gibt's für derlei Extras – leider, leider – nicht. Ach so!

Dermaßen angefeuert steigert sich der Fleiß der Aktivisten. Mindeststrukturen werden geschaffen ... aus improvisierten Zuständen werden Normalabläufe, die Pioniertat wandelt sich zum Alltagsgeschehen. Regelmäßige Aktionen, Einrichtung der Räume. Alle finden alles schön –der Mangel allerorten hat ja auch etwas Wildromantisches. Für das Publikum schließlich mehr als für die Macher, denn mit zunehmender Übung wachsen auch die Anforderungen ... Das wackere Grüppchen der Kulturmacher nach Feierabend wird kleiner – die Harten halten durch und erste Gedanken zum Thema »hauptamtliche Mitarbeiter« werden geäußert.

Der neue ABM-Mitarbeiter verheißt Entlastung und Kontinuität, und fordert zunächst eine menschengerechte Büroeinrichtung. Verwundert erkennt der Haufen der Harten schon bald, dass hier ein Mensch mit einer »normalen«, wenn auch durchaus respektablen Arbeitsauffassung ins Haus eingezogen ist – und die verträgt sich nicht so ganz mit der Besessenheit der Pioniere. Also wird einer der Pioniere ebenfalls zum hauptamtlichen Mitarbeiter. Weiterhin finden alle alles gut, ganz toll, bewundernswert – vor allem deswegen, weil bis zu diesem Zeitpunkt und auch weiterhin das alles umsonst zu haben ist. Zur Tat kommt nämlich auch noch der Wille zum Beweis – nämlich, dass gegen jegliche Widrigkeit alles machbar und möglich ist. Das Geld für so viel Wunderbares wird selbst verdient.

Kneipe finanziert Kultur

Kneipe finanziert Kultur ist die Devise. Samstag nacht wird der Mensch mit Weingeistigem abgefüllt, um ihn am Tag darauf mit Hochgeistigem zu versorgen. Nur leider handelt es sich nicht um dieselben Menschen. Wer samstags säuft, kommt erst am nächsten Samstag zur selbiger Aktion wieder. Und wer am Freitag ins Konzert geht, beschwert sich über das Volk, das am Samstag den Kulturtempel beschmutzt.

Dermaßen zwischen Notwendigkeit und ursprünglichem Zweck gebeutelt, verabschiedet sich wieder ein Grüppchen der Pioniere. Das schmerzt die übrig Bleibenden, bestärkt aber auch das Gefühl, zu den Superharten zu gehören. Der Laden läuft und das beflügelt trotz allem ...

Inzwischen sind Jahre vergangen, das Unternehmen läuft weiter. Und zwar mit stetigem, kontinuierlichen Erfolg. Aus dem städtischen Leben sind die Überlebenskünstler nicht mehr wegzudenken ... aber Geld dafür gibt es leider immer noch nicht. Schließlich ist die kommunale Haushaltslage inzwischen noch desolater und außerdem war ja klar, dass zwar alles ganz toll und bewundernswert und ... aber leider kein Geld bereit gestellt werden kann. Der mühsam geführte Beweis der Machbarkeit und die Anstrengung zu zeigen, dass es doch geht, laufen der damit verbundenen Hoffnung auf finanzielle Unterstützung und damit Bestandssicherung, zuwider. Was bisher ging, das geht auch weiter. So der einhellige Tenor der Politik. Logisch! Auch wenn inzwischen mehrere Mitarbeiter regelrecht verbrannt wurden – (das waren die mit der über das Normalmaß hinausgehenden Arbeitsauffassung) viel Traurigkeit und Abschied ist dagewesen – angeknackte Freundschaften und enttäuschte Hoffnungen – auch die Harten können da schon mal sentimental werden. Bis sie eines Tages aus ihrem Taumel erwachen. Und sehen: »Der Zweck heiligt nicht alle Mittel«.

Und zwar deswegen, weil durch diese Prämisse der Zweck mehr und mehr abhanden kommt und die Mittel schließlich zum Zweck werden müssen. Nicht dass die Durchhalter nun auf einmal selbstmitleidig werden – aber leise beschleicht sie die Erkenntnis, dass hinter der harten »Wir werden es denen zeigen«-Taktik eigentlich die Angst vor dem Konflikt liegt.

Die Forderung nach öffentlicher Förderung fordert die Diskussion über Sinn und Nutzen der eigenen Arbeit als Kulturmacher. Und insgeheim weiß der Kulturarbeiter nach all diesen Jahren, dass er diese Diskussion über »Wer braucht eigentlich Kultur« nun, nach Jahren entkräftet, wirklich nicht mehr ertragen kann. Die Kraft reicht nicht mehr gegen Blödheit, Big Brother und Borniertheit – sie hat sich im Bierzapfen inzwischen fast schon erschöpft. Der wirkliche Auftrag, für den eine Gruppe von aktiven, netten Leuten damals mit allen angefangen hat, ist vielleicht nicht mehr glaubhaft zu vermitteln.

Es sei denn, es reicht noch für den Mut, alles in Frage zu stellen und die öffentlichen Geldgeber mit der Existenzfrage zu konfrontieren. Oder den Leistungsumfang des Unternehmens deutlich um das »Zuviel« und damit das »Unmachbare« (das gibt es auch!) zu reduzieren. Was sofort die Sinnfrage für die Kulturarbeiter nach sich zieht – denn wenn das kulturelle Engagement zurückgefahren werden muss, um den gesamten Betrieb und seine Arbeitsplätze nicht zu gefährden – wofür sollte die ganze Plackerei dann noch gut sein.

Das Ende der Geduld ist da – die Bescheidenheit nützt der Sache nicht mehr und das »Wir halten durch« wird zur zerstörerischen Parole, weil sie der Ausstrahlung und Aufgabe eines Hauses entgegensteht, in dem Kreativität, Kommunikation und Kultur wohnen sollen.●

ZENTRUM FÜR FREIWILLIGE SOZIALE ARBEIT

Engagementförderung in Dänemark

»Niemand kann allen helfen, aber jedeR kann irgend jemanden helfen.« Dies ist eine der Botschaften, mit dem das »Center for frivilligt socialt arbejde« in Dänemark für freiwilliges Engagement im sozialen Bereich wirbt. Es versteht sich als eine Art Ressourcencenter für Freiwilligenarbeit und Freiwilligenorganisationen.

Redaktion Heidelberg ● Das Zentrum hat seinen Sitz in Odense und wurde 1992 eingerichtet. Zu seinen Aufgaben gehören Beratung und Information, die Herausgabe von Informationsmaterial, praktischen Arbeitshilfen und Handreichungen zu allen Fragen des Engagements, die Methodenentwicklung und Durchführung von Modellprojekten und deren fachliche Begleitung.

Das Center konzentriert sich auf den Sozial- und Gesundheitsbereich. In Dänemark (5,4 Millionen Einwohner) wird die Zahl der freiwillig Engagierten insgesamt auf ca. 1,2 Millionen Menschen geschätzt. Es ist eine selbstständige Einrichtung des dänischen Sozialministeriums, das aus öffentlichen Mitteln finanziert wird und zur Zeit 13 MitarbeiterInnen beschäftigt.

Das Center war als Fachinstanz an der Ausarbeitung des dänischen Gesetzes für die sozialen Dienste beteiligt, mit dem die Freiwilligenarbeit in Dänemark 1998 auf eine neue Grundlage gestellt wurde. Unter anderem wurden die dänischen Gemeinden darin verpflichtet, in Zusammenarbeit mit den Freiwilligenagenturen und -organisationen geeignete Kooperationsstrukturen zur Förderung der Freiwilligenarbeit zu schaffen und einmal jährlich einen Bericht abzugeben, an dessen Erstellung die Freiwilligen zu beteiligen sind. Am Aufbau der lokalen Kooperations- und Unterstützungsstrukturen in den Gemeinden beteiligt sich der dänische Staat mit einem Zuschuss in Höhe von dkr 18 (ca. DM 5,–) pro EinwohnerIn im Jahr.

Außerdem verwaltet das »Center for frivilligt social arbejde« einen zunächst bis Ende 2002 eingerichteten Ausbildungsfonds mit weiteren staatlichen Mitteln in Höhe von 10 Millionen dänischer Kronen, aus dem Qualifizierungsmaßnahmen für freiwillige und innovative Bildungskonzepte bezuschusst werden. Zu letzteren gehören auch das Theater der Freiwilligen, das in Deutschland im Rahmen des Internationalen Jahres der Freiwilligen schon Nachahmung gefunden hat.

Auf nationaler Ebene koordiniert das Center die Aktivitäten zum Internationalen Jahr der Freiwilligen in Dänemark.●

Nähere Informationen: www.frivillighed.dk

Attac – die Ohnmacht der Globalisierung überwinden

Attac wurde 1998 in Frankreich gegründet und versteht sich als ein Teil einer weltweiten globalisierungskritischen Bewegung. Attac will Menschen Mut machen, die Zukunft in die eigenen Hände zu nehmen, anstatt sie Politikern und Konzernchefs zu überlassen. Ein **kostenloses Infopaket** kann unter folgender Adresse bestellt werden:

Attac, Artilleriestr. 6, 27283 Verden
Tel.: 04231 / 957 591, Fax: 957 594
info@attac-netzwerk.de
www.attac-netzwerk.de

attac

KULTUR- UND WOHNZENTRUM GIESSEN

Neues Domizil gefunden

Nach fast zweijähriger Suche und viel Öffentlichkeitsarbeit (Infostände, drei Demonstrationen mit jeweils ca. 550 Personen) wurde ein Ersatzobjekt für das 1981 besetzte Haus Südanlage 20 gefunden. Die Gesellschaft für soziales Wohnen (GSW), die ihren Sitz in Gießen hat, hat ein Haus gekauft und vermietet dieses unbefristet dem Verein, der die BewohnerInnen und NutzerInnen vertritt. Neben der Weiterführung des »Kulturzentrums Infoladen« kann auf zwei Etagen selbstbestimmter Wohnraum zur Verfügung gestellt werden.

Redaktion Heidelberg ● Das Infoladen-Cafe, ein Büro sowie ein Raum für Veranstaltungen und Konzerte werden Platz im Erdgeschoss finden. Auch wenn das neue Domizil nicht mit dem alten Südanlagen-Zentrum zu vergleichen ist, bieten die Räumlichkeiten eine zufriedenstellende Alternative für den Trägerverein. Alle Gruppen haben Platz und können ihre Treffen und Veranstaltungen wie gewohnt durchführen.

Gesellschaft für soziales Wohnen

Die GSW gründete sich Mitte der 90er um leerstehende US-Army-Kasernen zu Wohnzwecken umzubauen. In ihrer Satzung spricht sich diese dafür aus, selbstbestimmtes Wohnen und Leben zu fördern. Die GSW setzt sich zu einem Drittel, aus den MieterInnen, zu einem Drittel aus sozialen Institutionen und zum anderen aus VertreterInnen der Stadt zusammen. Teile des linken Flügels der SPD forcierten über die GSW den Hauskauf, um dem »Verein der NutzerInnen des Zentrums Südanlage 20« neue Räumlichkeiten zu beschaffen. Die Stadt Gießen verfügte über keine leerstehenden Gebäude. Für den Trägerverein war nun ein tragbarer Kompromiss gefunden und die regierende SPD versprach sich davon einen ruhigen Kommunalwahlkampf.

Einigung, Erfolg und drohende »Legalisierung«

Anfangs gab es finanzielle Probleme, die GSW hatte nicht genügend Eigenkapital und eine zu hohe Hypothek hätte die Mieten in schwindelerregende Höhen steigen lassen. Durch Spendenaufrufe, Solidaritätsveranstaltungen und einen Kredit bei einer Genossenschaftsbank konnten die Probleme jedoch minimiert werden. Die immer noch hohen Mietkosten für das »Kulturzentrum Infoladen« (ca. 1.800 DM) will der Trägerverein über Veranstaltungen, den Café-Betrieb sowie den neu gegründeten Förderverein abdecken.

Eine Stolperfalle gibt es noch für den nichtkommerziell arbeitenden Verein, Politiker und Presse verlangen eine gaststättenrechtliche Konzession, um die hohe Miete für das Zentrum, das im Herzen von Gießen liegt, abzusichern.●

Die neue Anschrift: Infoladen, Alter Wetzlarer Weg 44, D-35392 Gießen, Tel. (06 41) 7 51 12

GEMEINSCHAFTEN

Los geht' s NRW .....

Günter Rose, Bochum ● 1999 organisierte die Kommune Niederkaufungen bei Kassel ein großes Treffen für alle, die sich austauschen wollten über ihre Ideen und Erfahrungen zum Leben in Gemeinschaft. Die Vorstellungen und Wünsche der Einzelnen waren so verschieden wie die möglichen Organisationsformen, aber eines war wohl allen gemein. Ihre Vision vom persönlichen Glück endete nicht in dem Bild der »Kleinfamilie«. Sie alle wollten darüber hinaus auch noch Verantwortung für weitere Menschen übernehmen und ihre Kraft und Phantasie in eine Gruppe geben, um auch ihre Sorgen und Nöte gemeinsam leichter tragen zu können. Es war ein sehr erfolgreiches Treffen. Menschen fanden sich und gründeten neue Gruppen. Wohn- oder Hausgemeinschaften, Familien oder Alleinerziehende, die sich zusammen taten, um nicht nur ihr Leben leichter organisieren zu können, sondern auch um Ihren Kindern ein wirklich soziales Umfeld zu schaffen. Menschen die ihre Vorstellungen von ökologischen Wohnen und Bauen gemeinsam realisieren wollten.

Auch ein Ergebnis dieses Treffens in Niederkaufungen war das »Los geht's NRW« welches dann im Sommer 1999 das erste mal im eher kleinen Rahmen zusammen fand. Im August 2000 gab es dann in der Nähe von Recklinghausen ein erstes großes Treffen. Hier kamen an die 50 Menschen, vornehmlich aus dem Ruhrgebiet, aber auch aus den Anrainerregionen, zusammen. Viele hatten keine konkreten Vorstellungen, sondern wussten nur, dass ihre momentane Lebenssituation nicht ihren Vorstellungen entsprach, und wollten einfach mal hören was »Andere« so für Vorstellungen zu dem Thema »Leben in Gemeinschaft« haben.

Da die meisten von uns in festen Lebenszusammenhängen stehen (Beziehung, Beruf, Ausbildung, Wohnumfeld) suchen wir nicht nur »irgendwelche« uns sympathische Menschen mit ähnlichen Vorstellungen, um gemeinsamen mit ihnen neuen Wohnraum zu suchen und zu gestalten; es sollten eben nach Möglichkeit auch welche aus unserer Stadt/Region sein. Und somit wird klar, dass wir möglichst viele Menschen mit ähnlichen Ideen die Chance geben möchten sich kennen zu lernen.

Und genau das ist Ziel des nächsten »Los geht's NRW«. Dieses wird vom **17.-19.08.2001** in Oer-Erkeschwick (ca. 8 km östlich von Recklinghausen) stattfinden. Neben viel Raum und Zeit zum kennenlernen wird es drei Hauptschwerpunkte geben. Es werden Veranstaltungen stattfinden, in denen Menschen von ihren ganz persönlichen Erfahrungen vom Leben in Gemeinschaften berichten werden, den freudvollen wie dem weniger schönen. Es wird eine Traumwerkstatt geben, in der wir die Gelegenheit haben werden mit Anderen, und unter ein wenig Anleitung, unsere eigenen Wünsche zu ergründen und Wege zu finden, diesen auch näher zu kommen. Es werden Referate über das »Für und Wieder« der einzelnen Rechtsformen, wie Genossenschaften, e.V.'s usw., gehalten. Die Teilnahmegebühr wird 120 DM, inklusive Vollverpflegung, betragen. Anmeldeformulare und weitere Informationen sind unter der unten angegebenen Adresse zu beziehen.●

Infos und Anmeldung unter: Los geht's NRW, G. Rose, Bessemer Str. 77, D-44793 Bochum, oder unter: los-gets-nrw@web.de

DAS WELTUMSPANNENDE NETZ DER FINANZMÄRKTE

Eine virtuelle Ökonomie – der wahre Kern der Globalisierung

Das mit dem Niedergang des Industriekapitalismus auch der Niedergang der Lohnarbeit, nicht nur Massenarbeitslosigkeit, sondern auch neue Formen der Lohnarbeit (Leiharbeit, Scheinselbstständigkeit u.a.) verbunden sind, ist hinlänglich bekannt. Wie sich das Kapital auf der anderen Seite veränderten Verwertungsbedürfnissen anpasst und die Phänomene der globalen Finanzmärkte erklärt werden können, haben wir bei ROBERT KURZ gelesen. CONTRASTE fand den hier wiedergegebenen Beitrag in der »WAS NUN?«, Nr. 84.

Nichts ist heute so virtuell wie das weltumspannende Netz der Finanzmärkte. Das bedeutet schlicht, dass zwischen der Produktion realer Güter und der Bewegung der Finanzmärkte kein innerer Zusammenhang mehr besteht... Ungefähr seit Anfang der 80er Jahre ist die Virtualisierung des Finanzkapitals in eine qualitativ neue Entwicklungsstufe eingetreten. Den Hintergrund bildet wiederum eine neue Transformation der Industrie selbst. Denn die mikroelektronische Technologie führt zu einem qualitativen Sprung in der ökonomischen Virtualisierung industrieller Waren. Als technische Produkte und Gebrauchsgüter sind sie nach wie vor handfest materiell, aber als Waren (das heißt als Gegenstände einer gesellschaftlichen Form) repräsentieren sie unter den neuen technischen Bedingungen so wenig verausgabte menschliche Energie (Arbeitsleistung), dass sie gewissermaßen nur noch virtuelle Waren darstellen.

Finanzkapital heute: transnationales Fondskapital

Diese neue Stufe der Virtualisierung in zweiter Potenz führte abermals zu einschneidenden Konsequenzen. Hatte sich das Zentrum des Kapitalismus zwischen 1910 und 1980 von den industriellen Konzernen auf das Bankensystem verschoben, so verschiebt es sich seitdem von den Geschäftsbanken auf die großen Investmentfonds. Dieses Fondskapital, das nun die traditionellen Formen des Finanzkapitals dominiert, ist nicht mehr an den nationalstaatlichen Bezugsrahmen gebunden. Mit Hilfe der weltumspannenden, über Satellit vernetzten elektronischen Medien kann es in Echtzeit von jedem beliebigen Ort der Erde zu jedem beliebigen anderen Ort transferiert werden. Die Bewegung des Fondskapitals ist von Haus aus transnationales Finanzkapital. Das bedeutet auch, dass sich dieses nicht mehr selber in industriellen Anlagen inkarniert (*verkörpert*). Natürlich wurde auch das traditionelle Finanzkapital in Form von Wertpapieren gehandelt und war insofern beweglich, aber diese Bewegung blieb eben direkt auf die industrielle Rendite bezogen. Als Virtualität zweiter Ordnung ist das transnationale Fondskapital aber nicht mehr auf die industrielle Rendite bezogen, sondern auf die Virtualität erster Ordnung. Mit anderen Worten: Es handelt sich also um die Kapitalisierung der »Erwartungen von Erwartungen« ohne jeden eigenen Bezug zur industriellen Realität.

»Als Seismograph für die zukünftige Tendenz der industriellen Wertschöpfung ist die Bewegung des neuen Finanzkapitals inzwischen ungefähr so sinnvoll wie ein Höhenmesser in einer Rakete auf dem Weg zum Mars.«

»Im virtuellen Raum findet jede Bewegung sozusagen mit Lichtgeschwindigkeit statt und ist von zufälligen Ereignissen bestimmt.«

Irreale Kurssteigerungen der Wertpapiere

Das transnationale Fondskapital vermehrt sich nicht durch industrielle Gewinne, sondern durch Kurssteigerungen der Wertpapiere. Dieser Bezug geht weit über die traditionelle Spekulation hinaus. Denn auch die realen Investitionen werden nicht mehr aus dem Rückfluss industrieller Gewinne bezahlt, sondern indirekt aus den Kurssteigerungen. Das industrielle Management muss dafür sorgen, dass um jeden Preis die Kurse steigen, auf diese Weise transnationales Fondskapital angelockt wird, dadurch die Kurse weiter steigen usw. Ist dieser Mechanismus einmal in Gang gekommen, kann das industrielle Management Kredite aufnehmen, um damit reale Investitionen zu bezahlen. Aber die »Sicherheit« für diese Kredite, also das, was eigentlich beliehen wird, ist weder ein substanzieller industrieller Wert noch die zu erwartende Erzeugung dieses Werts, sondern allein der vorhandene und der zu erwartende Zufluss von transnationalem Fondskapital.

Das gilt nicht nur für die realen Investitionen, sondern auch für einen wachsenden Teil des Konsums und zunehmend auch für die Einnahmen des Staates. Je mehr die private Geldanlage von traditionellen Formen der Ersparnisse (einschließlich der Altersversicherung) auf das Fondskapital übergeht, desto mehr vergrößert sich auch der Anteil der Konsumentenkredite, bei denen nicht mehr das reale Einkommen der Leute... verpfändet wird, sondern der virtuelle Gewinnanteil aus den Fonds.

Wenn der Staat Kredite aufnimmt und dafür zukünftige Steuereinnahmen verpfändet, dann waren diese Steuern in der Vergangenheit aus realen industriellen Löhnen und Gewinnen abgeschöpft. Die Steuern bildeten somit das reale Moment gegenüber dem virtuellen des Kredits. Je mehr aber die realen industriellen Investitionen und der reale Konsum selber schon aus einem Kredit auf bloß virtuelle Einkünfte bezahlt werden, desto mehr sind natürlich auch die darauf erhobenen Steuereinnahmen des Staates nur noch virtuell fundiert. Das Kreditsystem ist kein Scharnier mehr zwischen realer Wertschöpfung und deren virtueller Vorwegnahme, sondern nur noch zwischen verschiedenen Ebenen der virtuellen Ökonomie selbst.

»Ein einziges unbedachtes Wort von Mr. Greenspan kann ganze Länder ruinieren.«

Das Wunder einer permanenten Hochkonjunktur

Die gesamte scheinbar reale Ökonomie mit ihrem materiellen Sachkapital und ihren Produkten, die industriellen und staatlichen Investitionen ebenso wie der Konsum stellen also in wachsendem Maße nur noch eine Fassade dar, die allein durch den Zufluss von transnationalem Fondskapital aufrecht erhalten wird. Das ist der wahre Kern der so genannten Globalisierung.

Weil das transnationale Fondskapital... nicht mehr an die Schwerkraft realer industrieller Wertschöpfung gebunden ist, bestimmen subjektive Interpretationen, mediale Inszenierungen, Gerüchte und beliebige Äußerungen von Politikern, Notenbankern oder Fondsmanagern den Fluss des Fondskapitals nicht bloß im Bereich von Tagesschwankungen, sondern grundsätzlich. Für die gesamte gesellschaftliche Reproduktion erwächst daraus eine extreme Unsicherheit.

»Da das Fondskapital nicht auf reale industrielle Gewinne bezogen und an keinerlei nationale Regulations- und Kontrollmechanismen gebunden ist, kann es in jedem Moment plötzlich abgezogen werden. In diesem Fall bricht die Fassade der scheinbar realen Ökonomie innerhalb kürzester Zeit zusammen. Den soeben noch »gesund« aussehenden Unternehmen, Privatleuten und Staaten droht der schlagartige Ruin, weil der nicht mehr real fundierte Kredit ebenso schnell entwertet wird. Umgekehrt kann die zusammengebrochene Fassade wie im Zeichentrickfilm in ebenso kurzer Zeit wieder auferstehen, sobald das abgezogene transnationale Fondskapital zurückfließt.«

Nachdem alle Versuche gescheitert sind, diese neue Form des Finanzkapitals durch traditionelle nationalstaatliche Regularien zu einem stabilen Verhalten zu veranlassen, mehren sich die Stimmen, die neue internationale Regulationsformen einfordern. Aber im Unterschied zum transnationalen Fondskapital gibt es keine transnationale politische Instanz. Gleichzeitig verweigern sich die USA als letzte Weltmacht im Gegensatz zu vielen Regierungen in Europa, Asien und Lateinamerika jeder Diskussion über neue Kontrollmechanismen. Das hat keineswegs nur ideologische Gründe: Denn das US-»Wunder« einer permanenten Hochkonjunktur und die Verwandlung von 255 Milliarden Dollar Staatsdefizit jährlich in einen Überschuss von 70 Milliarden Dollar sind allein das Resultat hoher zusätzlicher Einnahmen von Unternehmen, Staat und Privaten, die in einer Größenordnung wie in keinem anderen Land aus der virtualisierten Ökonomie ständiger Kurssteigerungen der Börse stammen und nicht aus realer industrieller Wertschöpfung. Deshalb haben die USA als letzte Instanz und Auffangbecken der globalen Virtualisierung kein Interesse an Kontrollmechanismen, die das transnationale Fondskapital in anderen Ländern festhalten würden. Jede Krise der Finanzmärkte anderswo ist Wasser auf die Mühlen ihres Glücks, weil die Fonds immer hauptsächlich in die USA als »rettenden Hafen« flüchten... Das Ende der virtuellen Ökonomie kommt erst, wenn die zentrale Börse in New York platzt, denn von dort können die Fonds nirgendwohin mehr fliehen (wenn New York platzt, muss auch alles andere platzen). In diesem Fall stehen freilich andere Probleme auf der Tagesordnung als die politische Kontrolle eines virtualisierten Geldkapitals, das es dann nicht mehr gibt.●

DER AUTOR

Robert Kurz, in Nürnberg lebender Philosoph, ist Autor u.a. von »Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie« (1991) und »Schwarzbuch Kapitalismus ein Abgesang auf die Marktwirtschaft« (1999) Kurz ist Mitherausgeber der Zeitschrift »Krisis – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft«. Den hier in Auszügen wiedergegebenen Beitrag fanden wir im Internet (www.magnet.at/krisis).

TAGUNGEN

Methoden der Seminargestaltung

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) organisiert eine Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung Mitarbeit vom 23. bis 27.05.2001 in Germerorde (zwischen Fulda und Kassel). Sie dreht sich schwerpunktmäßig um das Thema Seminargestaltung. Das Treffen ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten Teil geht es um »Inhalte«. Diesmal sollen methodische Hilfen bzw. praktische Vorgehensweisen für die Gestaltung von Seminaren vermittelt werden. Stefan Kanther von der Stiftung Mitarbeit erarbeitet diese mit den Teilnehmenden gemeinsam in Form eines Workshops.

Anschließend wird mit den daraus gewonnenen Anregungen das diesjährige Sommerseminar »Alternative Ökonomie« des TAK AÖ vorbereitet. Das ausführliche Programm für das Methodenseminar ist erhältlich bei Stiftung MITARBEIT, Stefan Kanther, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Fax: (02 28) 604 24 22. Für die Vorbereitung zum Sommerseminar, insbesondere auch für das Interesse noch eigene Themen einzubringen, bitte wenden an: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Fax: (07 61) 70 90 84.

Sommerseminar Alternative Ökonomie

Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ), 1978 gegründet, organisiert in diesem Jahr sein dreiundzwanzigstes Sommerseminar. Es findet dieses Jahr vom 13.07.2001 bis 22.07.2001 in der Bildungsstätte Einschlingen in Bielefeld statt. Thema wird schwerpunktmäßig sein die »Didaktik der Projektneugründung«. Neben ausführlichen Diskussionen zu Themen wie Selbstverwaltung, Gemeinschaftseigentum, Teamgründungen und Kollektives Management soll viel Raum für »Kulturarbeit« gegeben werden, wie selbstorganisierte Schreibspiele, Kollagen etc. Für Neugierige bzw. an der Selbstverwaltungsthematik interessierte Menschen, die sporadisch oder dauerhaft mitarbeiten wollen, ist der Arbeitskreis jederzeit offen. Das Programm zum Sommerseminar kann angefordert werden bei der TAK AÖ-Kontaktadresse: Schildstr. 12-19, D-28203 Bremen.

KRITISCHE AKTIONÄRE SEIT 15 JAHREN ERFOLGREICH

Europäisches Netzwerk geplant

Mehr Umweltschutz und mehr soziale Gerechtigkeit haben die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre deutscher Großkonzerne in den vergangenen 15 Jahren durchgesetzt. Dies bekräftigte der Geschäftsführer ihres Dachverbands, Henry Mathews, anlässlich des 15. Gründungsjubiläums des Verbands im März vor der Presse in Frankfurt.

Redaktion Heidelberg ● Für die Zukunft strebe der Verband eine engere Zusammenarbeit mit anderen ökologisch und sozial motivierten Aktionärsvereinigungen im Ausland an, sagte Mathews. Die Gründung eines europäischen Netzwerks sei für Herbst 2001 geplant.

Als ein Beispiel für Erfolge der Kritischen Aktionäre nannte Mathews entscheidende Verbesserungen der Arbeitsbedingungen im peruanischen Werk des Pharmakonzerns Schering. »Mit einer Rede in der Hauptversammlung 1989 haben wir erreicht, dass die Schering-Arbeiterinnen in Lima nicht mehr unter Formaldehyd-Dämpfen und untravioletter Bestrahlung arbeiten mussten«, erinnerte Mathews.

Von der erfolgreichen Verhinderung einer gefährlichen Fabrik für den Massenkunststoff TDI, die der Bayer-Konzern 1997 in Taiwan errichten wollte, berichtete der Sprecher der Kritischen Bayer-Aktionäre, *Uwe Friedrich*. In Zusammenarbeit mit örtlichen Bürgerinitiativen sei es den Kritikern gelungen, diese 1,4 Milliarden Mark Investition des Chemiegiganten zu verhindern.

»Wir erinnern die Konzerne immer wieder an ihre Verantwortung, höchstmögliche und weltweit einheitliche Sicherheitsstandards einzuhalten«, sagte Friedrich. Die Gefährlichkeit der verhinderten Fabrik in Taiwan sei auch durch die Explosion einer identischen Anlage im rheinischen Dormagen deutlich geworden.

Proteste gegen die Geschäfte Deutscher Firmen mit dem früheren Apartheid-System in Südafrika rief die Kritische Aktionärin der Deutschen und Dresdner Bank, *Dorothea Kerschgens*, in Erinnerung. Der öffentliche Druck auf die Konzerne, diese Geschäfte einzustellen, habe den politischen Umbruch in Südafrika beschleunigt. Die Auftritte von Kritischen Aktionären in den Hauptversammlungen der Großbanken in den 80er Jahren hätten diesen Druck verstärkt.

Heute fordert Kerschgens die Entschuldung des Landes und Entschädigungen für die Opfer der rassistischen Politik. »Die Banken als Profiteure des Apartheid-Regimes müssen dessen Opfer entschädigen«, verlangte Kerschgens. Dies dürfe nicht wie bei den früheren Zwangsarbeitern über 50 Jahre hinausgezögert werden.

Aktuelle Informationen über die Arbeit des Dachverbands der Kritischen Aktionäre und seiner 36 Mitgliedsorganisationen sind im Internet unter www.kritischeaktionaere.de nachzulesen. Die ausführlichen Jahresberichte des Verbands und Formulare zur Übertragung von Aktien-Stimmrechten können kostenlos unter Telefon 0221-5995647 angefordert werden.●

WissenschaftlerInnen nehmen Stellung

Neuorientierung der Agrarpolitik gefordert

von Bernd Hüttner, Redaktion Bremen ● 72 der Agraropposition und der Bewegung für Regionalentwicklung verbundene WissenschaftlerInnen haben in einer Stellungnahme eine grundlegende Neuorientierung der Agrarpolitik gefordert und damit in die Debatte um die sog. Agrarwende eingegriffen. Sie sehen in der einseitigen Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Weltmarkt einen wesentlichen Fehler der bisherigen Agrarpolitik. Es sei Aufgabe der Politik, eine Differenzierung der Märkte zu unterstützen: z.B. durch die Vermarktung von regionalen Erzeugnissen oder Qualitätsprodukten. Dann könne eine Landwirtschaft entstehen, wie sie von der Mehrheit der Bevölkerung gewünscht werde.

Mit den heutigen Preisen für Lebensmittel könnten die Kosten für eine umweltschonende, artgerechte und qualitätsorientierte Erzeugung aber nicht gedeckt werden. Wesentlich höhere Verbraucherpreise seien mittelfristig jedoch nicht zu erwarten, so die WissenschaftlerInnen. Daher seien staatliche Subventionen weiterhin notwendig. Diese Zahlungen sollen jedoch, im Gegensatz zum bisherigen System, an soziale, ökologische und regionalpolitische Kriterien gekoppelt werden. Eine Wende in der Agrarpolitik müsse nicht allein Einfluss auf die Produktionsformen der Höfe, sondern auf die gesamte Agrar- und Ernährungswirtschaft nehmen. Die WissenschaftlerInnen sind der Überzeugung, dass die »Agrar-Wende« auch über Veränderungen in vielen anderen Bereichen erfolgen muss: Von Ausbildung über die Forschung bis hin zu Flächennutzung oder Züchtung.

Interessant ist, dass die Stellungnahme nicht auf eine einseitige Förderung von Öko-Betrieben setzt. Sie begründet deutlich, warum bäuerliche Betriebe, auf denen bisher die meisten BSE-Fälle gefunden wurden, ein, wenn auch kleiner und relativ ohnmächtiger Teil der industrialisierten Landwirtschaft sind. Gerade deshalb müsse die Neuorientierung der Agrarpolitik den von der BSE-Krise verunsicherten Bäuerinnen und Bauern deutlich machen, dass es einer neuen Politik darauf ankomme, ihre Betriebe zu erhalten und den Zwang zum 'Wachsen oder Weichen' zu reduzieren.

Mit ihrer Stellungnahme reagieren die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf eine am 16. Januar 2001 veröffentlichte »Erklärung von Agrarökonomen« (im Netz z.B. unter www.www.teachersnews.net/newsletter/010103_11.htm). Sie werfen den Agrarökonomen, die alle (!) eine Professur innehaben vor, dass es in deren hermetischen Welt des ökonomischen Gebots keinen Platz für Strategien gebe, die auf gesellschaftlichen Wertentscheidungen beruhen und Ziele wie Ernährungssouveränität, Erhaltung der Kulturlandschaft oder artgerechte Tierhaltung anstreben. Die einflussreichen Agrarökonomen hätten nicht nur in der Vergangenheit das ökonomische Prinzip vom 'Wachsen oder Weichen' zum Regulativ erklärt und damit zu der gegenwärtigen Situation beigetragen. Der Text der Stellungnahme mit der Liste der UnterzeichnerInnen ist im Internet unter www.uni-kassel.de/fb13/agland/veroeffentlichungen/pressemitteilung abrufbar.●

Kontakt: Gesamthochschule Kassel, FB 13, Institut für ländliche Entwicklung, zu Hd. Frieder Thomas, Gottschalkstr. 13, 34109 Kassel.

Die Welt ist keine Ware

Der Titel spricht jeder »Wert«-KritikerIn aus der Seele (Wertkritik im Sinn von Karl Marx und z.B. der Gruppe »Krisis«: *Robert Kurz* u.a.). Dabei ist *Bové* nicht Marxist, sondern Anarcho. Was ja auch viel für sich hat. Der intellektuelle Schafzüchter aus dem südfranzösischen Larzac, Roquefort-Produzent und Gourmet (Ihr erinnert Euch vielleicht an sein Bild, als er mit in Handschellen gereckten Fäusten in die Kameras lacht – August 1999), hat zusammen mit anderen die im Bau befindliche McDonald's-Filiale in Millau demontiert. Aus Protest gegen das »malbouffe« (»Schlechtessen«), gegen die McDonaldisierung der Welt und gegen die Globalisierung nach Konzernherren-Art überhaupt. Auch bei den Protesten gegen die IWF-Tagungen in Seattle und Prag waren Bové und seine Genossen dabei.

José Bové plädiert für Regionalisierung und Ökologisierung der Produktion – und für kostendeckende Preise. Das heißt als Konsequenz für uns VerbraucherInnen: mehr bezahlen. Es bedeutet unter Umständen eine Umschichtung der Prioritäten: mehr ausgeben fürs Wesentliche (die Ernährung) zu Lasten umwelt- und/oder sozialschädlicher »Befriedigungen« wie Flug- und Autoreisen oder Klamotten aus »Dritt«weltproduktion. Mit der McDonald's-Aktion konnten Bové und seine MitstreiterInnen ihre Ideen ein Stück weit in die Weltöffentlichkeit transportieren. Dabei hat die rabiat agierende Richterin gut geholfen. (Sie verurteilte Bové zu drei Monaten Haft.)

In seinem Buch (es präsentiert Interviews mit ihm und seinem Kollegen von der Bauerngewerkschaft *»Confédération Paysanne«* erläutert Bové Strategie und Taktik der Aktion von Millau ebenso wie gedankliche Hintergründe und Zukunftsperspektiven. So plädiert er für Autonomie, nicht aber Autarkie; für die Regionen, nicht für Kirchtumspolitik. Seine Kritik richtet sich nicht nur gegen »die Diktatur des internationalen Handels«, sondern auch gegen die Gentechnologie – und das nicht nur therotisch. Nebenbei erfährt man, dass sogar US-amerikanische Bauern der französischen Bauerngewerkschaft Geld schickte, damit der Herausforderer von Mc Donald's und Kämpfer gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft aus dem Gefängnis frei käme. Bové allerdings lehnte eine Kautionszahlung ab, denn »freie gewerkschaftliche Betätigung kann man nicht erkaufen«.

Man lernt den Menschen *José Bové* kennen, seine Geschichte und seine Ideenwelt. Bei der Lektüre spürt man Lust, mit ihm persönlich weiterzudiskutieren. Das kann man aber auch genausogut mit anderen Leserinnen oder Lesern machen. Also: viel Anregung auf 290 Seiten für 30 Mark.●

Ariane Dettloff

José Bové/Francois Dufour: Die Welt ist keine Ware. – Bauern gegen Agromultis. 290 Seiten, DM 30,–. Zürich 2001, Rotpunktverlag.

1968 – Ein Frühling irrer Hoffnung

»Ich schreibe so durcheinander wie das Leben jetzt ist. Eigentlich ist es herrlich. Wieso eigentlich?« schreibt Viktor Bliss an seine Tochter. Der Kölner Autor *Erasmus Schöfer* lässt uns in seinem Zeitroman mit Haut und Haaren eintauchen in die schillernde Intensität und die atemstockende Dramatik des April und des Mai 1968. Die Kruste des erstarrten und verhärteten Nachkriegskapitalismus wird erstmals aufgebrochen. (Nur um sich in den heutigen grausam-dynamischen Neoliberalismus zu wandeln.)

Veranstaltungen und Demonstrationen gegen den Vietnam-Vernichtungskrieg der USA, das Attentat auf *Rudi Dutschke*, brennende Springerblockaden, Ostermarsch, Strafbefehle, Mobilmachung und verbotene Warnstreiks gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze. »Zwischen Köpfen schwirrende Nachrichten Gerüchte, De Gaulle aus Paris verschwunden, zehn Millionen streiken in Frankreich, Ausstand bei Rockwell, morgen die Münchner Taxifahrer, der DGB wird weich. Die Frauenkirche läutet Salut. Gelächter, Erwartung, Spannung, nichts ist unmöglich.«

Gegen die merkwürdige Verklärung des 68er Aufbruchs als Jugendsünde oder als heute noch zu reuende Radikalität setzt Erasmus Schöfer die historische Authenzität. Menschen wachsen, mobilisieren selbst nicht geglaubte Kräfte, reißen Mauern und Tabus ein, wandeln ihre Ohnmacht in gesellschaftliche Kraft. Aber Schöfer schreibt nicht von Helden. Er zeigt die Akteure in ihrem Alltag mit all ihren Flausen und Widersprüchen, aber auch mit den vielen schönen Momenten. Das Begehren. Vik und Lena leben die sexuelle Befreiung, ohne sie sich gönnen zu können. Die Sorge um den Freund und Betriebsrat Manfred, dem ein Stein an den Kopf das Bewusstsein nimmt. Die finanziellen Nöte. Die vielen Diskussionen. Die mühsame Organisierung des wichtigen Streiks in den Münchner Kammerspielen. Das Zerwürfnis der Beziehung. Der Triumph der erfolgreichen Aktion. Die Hoffnung.

Hier schreibt jemand, der diese Zeit selbst intensiv erlebt hat. Mir, der ich als Jahrgang 59 nicht dabei sein konnte, war es eine große Bereicherung, diese Zeit im Nachhinein durchleben zu können. Wo ich mich doch selbst als 68er fühle, die Verkrustungen selber noch spüren konnte in der Auseinandersetzung um Jeans und lange Haare, für eine öffentliche Kritik des Schuldirektors einen Verweis einfing.

War die Hoffnung aber nur irre. Waren es nur Kinder des Sisyfos, wie der Untertitel heißt. Der Anspruch auf Selbstentfaltung und ein menschenwürdiges, gehaltvolles Leben in einem solidarischen Miteinander ist auf die Tagesordnung gesetzt worden, ohne wieder gänzlich verschwunden zu sein. Irre waren aber die eingeschlagenen Wege. Den repressiven Staat erobern zu wollen als archimedischen Punkt, die ganze Gesellschaft zu verändern. Ökologie/Soziales und Marktwirtschaft vereinen zu wollen. Anstatt Wert, Ware und Geld fundamental zu kritisieren, anstatt mit der Aneignung von Häusern und Produktionsmitteln für Lebenszusammenhänge zu beginnen. Die Power von Achtundsechzig wird es nur noch jenseits von Markt und Staat geben. Der Stein ist nur zurückgerollt, damit ein neuer Frühling kommen kann.●

Heinz Weinhausen

Erasmus Schöfer: Ein Frühling irrer Hoffnung. Die Kinder des Sisyfos. 496 Seiten. DM 39.80, öS 291, sFr 38.80. Dittrich-Verlag, Köln. März 2001. ISBN 3-920862-68-6

Reihenweise II

Rotbuch 3000

Einführungen im Taschenbuchformat ist nun nicht unbedingt die neueste Erfindung. Die Frage bleibt immer, WER uns die diversen Themen näher bringen möchte.

Seit Frühjahr 2000 hat nun der legendäre *Rotbuch Verlag*, ein Relikt der Berliner Studentenrevolte und zwischenzeitlich nach Hamburg verkauft an die *Europäische Verlagsanstalt*, sich daran gemacht, nach dem Motto: Worüber ich schon immer mitreden wollte, aber bisher zu wenig Ahnung hatte, die Reihe »Rotbuch 3000« zu kreieren.

Herausgeber dieser Reihe ist *Martin Hoffmann*, Ex-Verleger des wohl ebenso fast schon legendären – muss mensch wohl inzwischen so sagen – ID-Verlages Berlin/Amsterdam. Er hat die Reihe auch konzipiert: jeweils 96 Seiten, jeweils 14,90 DM, übersichtliches Layout mit Abb. sowie Bemerkungen zum Thema direkt am Textrand, kompetente AutorInnen (was immer das heißen mag) usw. Die Auswahl der Themen soll der Zeit entsprechen. Neben Allgemein-Themen wie Sexualität, Sozialismus, Drogen etc. tauchen aber auch zeitbezogene Themen wie Expo2000 oder Doping im Programm auf, oder so ein – für uns so spannendes Thema wie etwa »Börse« oder »Polizei«. Der Interessentinnenkreis ist also weitgesteckt.

Zur Frankfurter Buchmesse im Herbst erschienen nun sechs neue Titel und machten somit das erste Dutzend dieser neuen Reihe voll. Neben den schon genannten Titeln gibt es dann noch Bücher zu den Themen: Popmusik, Migranten, Gentechnologie.

Mich persönlich interessierten die beiden Bände »Existenzialismus« von *Thomas Seibert* und »Hacker« von *Boris Gröndahl*. Während der Existenzialismus-Band mir sehr imponierte – wirklich gute Einführung in ein komplexes Thema – bekam ich schon Bedenken, als ich den Hakker-Band zur Hand nahm, weil er eben nicht von einem Hacker selbst geschrieben war, sondern einem Redakteur der »Financial Times Deutschland«. Natürlich muss die Frage offen bleiben, inwieweit ein/e HackerIn das Thema, hier nach allen Seiten offen, anders (oder besser?) hätte darstellen können. Die quälende Frage nach der Kompetenz obliegt dem Herausgeber, und er muss zusehen, es allen Recht zu machen – den Themen-Profis, die sich die Themenbände sicherlich genauso ansehen, wie jenen, die eben mal aus Neugierde reinsehen, sich in kürzester Zeit Infos rausziehen wollen und bei Bedarf eben weitergehende Materialien zur Verfügung gestellt haben möchten.

Von irgendeiner Seite her werden solche Bücher immer angreifbar sein. Nichtsdestotrotz bieten sie ein Wissen, welches über den normalen Lexikon-Beitrag hinausreichen und durchaus umfassend informieren. Als Einstieg eine feine Sache.

Wie heißt es im Untertitel der Reihe: »Rotbuch 3000 – Wissen hilft.« Hauptsache die Leute lassen sich helfen.

Die anvisierten Themen für das Jahr 2001 sind u.a. Sience Fiction, Jüdisches Leben nach 1945, Brecht, Krieg, Neue Ökonomie u.m.●

Jochen Knoblauch

Thomas Seibert: Existenzialismus. Reihe: Rotbuch 3000 Bd. 11, EVA/Rotbuch Verlag Hamburg 2000, 96 Seiten / Abb. / 12,5 x 19 cm / 14,90 DM
Boris Gröndahl: Hacker. Reihe Rotbuch 3000 Bd. 7, EVA/Rotbuch Verlag Hamburg 2000, 96 Seiten / Abb. / 12,5 x 19 cm / 14,90 DM

Fremde auf dem Land

Fremde auf dem Land betrachtet – und das hebt diese Veröffentlichung von anderen zum Thema ab – den ländlichen Raum und die Landwirtschaft als Ort der Arbeit und des Lebens für Flüchtlinge und MigrantInnen (wobei die beiden Begriffe auf eine Vielzahl von Menschen in unterschiedlichsten Situationen angewandt werden). Meist geht ja die gängige Vorstellung von Migration davon aus, dass Städte oder gar Grosstädte das vorrangige Ziel der WanderarbeiterInnen oder Flüchtlinge seien. Dass dies nicht bei allen und auch nicht zu allen Zeiten der Fall war, zeigt dieser Begleitband zu einer gleichnamigen Ausstellung, die in verschiedenen Freilichtmuseen in Süddeutschland zu sehen ist. Er veranschaulicht anhand historischer Beispiele, dass Migration ein weit in die Vergangenheit zurückreichender Sozialprozess ist: Schon immer kamen ArbeitsmigrantInnen und EinwandererInnen nach Deutschland, freiwillig oder aus anderen Gründen.

Der Bogen wird dabei zeitlich relativ weit gespannt: Er reicht von der Kinderarbeitsmigration der sog. Schwabenkinder, die im 16. und 17. Jahrhundert aus Italien nordwärts über die Alpen wanderten, um als Hirten zu arbeiten, bis zur meist legalen Arbeitsmigration im süddeutschen Gemüsebau heute. Drei Beiträge erzählen über das Leben und die allmähliche Integration von EinwandererInnen aus Italien, die sich im ländlichen Bayern des zu Ende gehenden 19. Jahrhundert als Pfannenflicker, als Leger des als Fußboden berühmten Terrazzo oder als Ziegelhersteller niederließen.

Der bislang in der Forschung absolut unterbelichteten Zwangsarbeit in der Landwirtschaft während des Nationalsozialismus wird anhand des relativ komplett erhalten gebliebenen Aktenbestandes der Gestapo Würzburg und der Lebensgeschichte eines Fremdarbeiters nachgegangen. Die Bedeutung des Einsatzes dieser (Zwangs-)ArbeiterInnen wird deutlich, wenn mensch sich vor Augen führt, dass nahezu die Hälfte aller ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft eingesetzt war.

Die Integration der sog. Vertriebenen in die deutsche Nachkriegsgesellschaft wird in dem Band auch unter Fremdsein auf dem Lande verbucht. 1950 waren 16,5 Prozent der in Deutschland lebenden Bevölkerung »vertriebene« oder geflüchtete Deutsche, in Bayern waren es sogar noch mehr. Da auf dem Lande die Kriegszerstörungen relativ gering geblieben waren und deshalb Wohnraum vorhanden war, wurden die meisten Flüchtlinge dort eingewiesen: 60 Prozent von ihnen waren in Gemeinden mit bis zu 2.000 EinwohnerInnen untergebracht. Der Beitrag schildert den »Konflikt der Kulturen«, die damals aufeinander trafen. Die sozialrassistische Weltsicht der Landbevölkerung traf auch die Volksgenossen aus den »Ostgebieten«: Wer arbeitete und sich sein Brot verdiente, wurde akzeptiert, die anderen nicht.

Die in den Artikeln niedergelegten Ergebnisse resultieren aus Archivarbeit, aber auch aus Interviews mit ZeitzeugInnen. Sie liefern einen Einblick in das Leben von Einzelpersonen Familien und Gruppen, das hinter den wissenschaftlichen Aussagen nicht verschwindet. Der Band liefert eine angenehme Mischung von Lebensgeschichten und politisch-ökonomischen Hintergründen und ist mit vielen Fotos und Dokumenten illustriert.●

Bernd Hüttner

Hermann Heidrich u.a. (Hrsg.): Fremde auf dem Land, Verlag Fränkisches Freilandmuseum, Bad Windsheim 2000, ISBN 3-926834-43-9, 280 S. mit vielen s/w-Abbildungen, 25 DM

NS-Zwangsarbeit & (verweigerte) Entschädigung

Stiften gehen ist ein sehr gutes Buch, das die Thematik anschaulich darstellt und die rechtlichen Aspekte der Entschädigung begreiflich macht. Die Auswahl der Aufsätze ist gut aufeinander abgestimmt, das inhaltliche Niveau ist hoch, aber auch nicht akademisch. Der Band enthält aus sieben Aufsätze zu Zwangsarbeit im Nationalsozialismus und sechs Texte zur sog. Entschädigung von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen.

Zwei einführende Artikel machen die Dimension des Einsatzes von ausländischen ZwangsarbeiterInnen während des NS deutlich: Im August/September 1944 gibt es auf dem Boden des »Großdeutschen Reiches« 1,9 Millionen Kriegsgefangene im »Arbeitseinsatz« sowie 5,9 Millionen zivile ZwangsarbeiterInnen. Von den insgesamt 7,8 Millionen Menschen arbeiten ca. 45 Prozent in der Landwirtschaft, der Rest in der Industrie, vor allem im Bergbau und in der Metallindustrie. Mit den Kriegsjahren steigt die Bedeutung, die die SklavenarbeiterInnen für die Aufrechterhaltung der deutschen Kriegswirtschaft haben, immer weiter an. Hatten 1941 ausländische Beschäftigte einen Anteil von 8,5 Prozent aller Beschäftigten inne, sind 1944 ein Fünftel aller Arbeitskräfte in Deutschland ZwangsarbeiterInnen.

Weitere Beiträge stellen das SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt vor oder gehen auf das Verhältnis von Zwangsarbeit und Arbeitsverwaltung, sprich die Arbeitsämter und die konkrete Organisation des Einsatzes der ZwangsarbeiterInnen ein. Drei speziellere Beiträge gehen dann detaillierter auf Zwangsarbeit in der Landwirtschaft, in deutschen Haushalten (sog. hauswirtschaftliche Ostarbeiterinnen) und auf Kommunen als Nutznießer von Zwangsarbeit ein. In den Beiträgen werden die schlechten Lebensbedingungen, die rassistische Diskriminierung und die NutznießerInnen geschildert. Das System der Lager und der Zwangsarbeit war in sich nochmals gestaffelt: Am unteren Ende der oftmals über Leben und Tod entscheidenden Hierarchie standen sowjetische Kriegsgefangene und JüdInnen aller Nationalitäten.

Im zweiten Teil stellt Thomas Kuczynski zusammenfassend seine Untersuchung über die aus der Zwangsarbeit resultierenden Entschädigungsansprüche vor, als deren heutigen Wert er 180 Milliarden DM errechnet – zum Vergleich: Die Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft und der Bundesregierung sieht 10 Milliarden vor. Rolf Surmann zeichnet die Geschichte der (verweigerten) Entschädigung in den ersten vierzig Jahren der Bundesrepublik nach. Zum Beispiel konnten und durften nach deutschem Recht bis 1989 Zwangsarbeiterinnen aus den Staaten des Warschauer Paktes keine Ansprüche geltend machen. Lothar Evers, der Sprecher des *Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte* (www.nsberatung.de), berichtet von den Ausflüchten der Wirtschaft bei den Verhandlungen und ihrem Willen sich um fast jeden Preis vor Leistungen zu drücken. Sie war der Meinung, sie zahle besser gar nichts, da das »begangene Unrecht mit Geld eh nicht mehr wieder gut zu machen« und Entschädigungszahlungen doch ein unzumutbarer bürokratischer Aufwand sei. Die PDS-Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke, die Berichterstatterin ihrer Fraktion bei den Beratungen über das Stiftungsgesetz im Bundestag, gibt einen guten Überblick über den skandalösen und doch so normal-deutschen Verlauf der Verhandlungen über die Entschädigung und die Stiftungsinitiative in den Jahren 1998-2000. Ziel der am Ende dann zustande gekommenen Stiftung ist der Schutz deutscher Unternehmen vor weiteren Forderungen, nicht etwa ein Ausgleich der geleisteten Arbeit, geschweige denn der physischen und psychischen Schäden. Den letzten Beitrag liefert die antideutsche *»Gruppe 3«* aus Frankfurt (www.antide.org), sie untersucht in anspruchsvoller Sprache antisemitische Stereotype in der öffentlichen Debatte um Entschädigung.

Als Quintessenz lässt sich festhalten: Die Zwangsarbeit war für die Aufrechterhaltung der nazistischen Kriegswirtschaft während des Krieges von großer Bedeutung. Durch ZwangsarbeiterInnen waren ab 1943/44 die Verlagerungen von Industrieanlagen möglich, die dazu führten, dass das hohe Produktionspotential der deutschen Industrie über das Kriegsende hinweg gerettet wurde – ein Umstand, der dann wiederum das bundesdeutsche Wirtschaftwunder der 50er Jahre mit ermöglichte. Entschädigung oder Wiedergutmachung gibt es nur, das lässt sich die deutsche Wirtschaft nicht nehmen, aus moralischen Gründen, nicht etwa aus einer rechtlichen Verpflichtung.

Die seit 1985 erscheinenden *Dachauer Hefte* widmen sich in ihrer neuesten Ausgabe von November 2000 ebenfalls der Zwangsarbeit. Sie enthalten – im Gegensatz zu *Stiften geben* – auch Berichte von ZwangsarbeiterInnen. Dies gehört zum Konzept dieser Buchreihe zur Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, das aus einer Mischung von Berichten von Überlebenden und wissenschaftlichen Beiträgen besteht. Wolfgang Benz, Leiter des *Zentrums für Antisemitismusforschung* an der TU Berlin, gibt einen Überblick über die Geschichte, die Dimension und die Organisation der Zwangsarbeit. Er geht näher auf die Frage ein, warum die NS-Rassenideologie mit ihren mit der »Vernichtung durch Arbeit« tödlichen Folgen für die Betroffenen über die einer ökonomischen Effizienz und Effektivität viel besser dienenden besseren Behandlung der SklavenarbeiterInnen siegte. Fraglich bleibt aber, ob dies überhaupt als Gegensatz anzusehen ist, war doch z.B. die sog. Partisanenbekämpfung gleichzeitig die Jagd nach ins Reich verschleppbaren Arbeitskräften.

In weiteren Aufsätzen berichten Wolf Gruner über den Arbeitseinsatz von österreichischen JüdInnen, Anette Eberle über Zwangsfürsorge gegenüber »Asozialen« und Bernd Wagner über Häftlingsarbeit für die IG-Farben in Auschwitz-Monowitz. Christa Schikorra berichtet über die Zwangsprostitution weiblicher KZ-Häftlinge, die in vielen Berichten von Überlebenden oder auch in wissenschaftlichen Werken fälschlicherweise, so Schikorra, nicht als Zwangsarbeit angesehen wird. Neben vier Berichten von Überlebenden findet sich noch ein Text zu den juristischen Aspekten der »Wiedergutmachung« und zur diskriminierenden Behandlung sowjetischer ZwangsarbeiterInnen und Kriegsgefangener nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion: Vielen von ihnen wurde absurderweise unterstellt, sie hätten mit dem Feind kollaboriert, ein Vorwurf der nach Jahren im Lager in Deutschland besonders perfide war.●

Bernd Hüttner

Ulrike Winkler (Hg.): Stiften gehen. NS-Zwangsarbeit und Entschädigungsdebatte, PapyRossa Verlag, Köln 2000, 274 S., 29,80 DM (www.papyrossa.de)
Dachauer Hefte Nr. 16: Zwangsarbeit, Verlag Dachauer Hefte, Alte Römerstr. 75, 85221 Dachau, 226 S., 22 DM

alaska-Materialien zu

Rassismus und Feminismus

Schon letztes Jahr hat *alaska*, die in Bremen erscheinende Zeitschrift für Internationalismus, die Sondernummer *Set it off zu Rassismus, Feminismus und Postkolonialismus* vorgelegt. Postkolonialismus ist eine vielfältige theoretische Strömung, die nach (lat. »post«) der kolonialen Befreiung entstanden ist und von TheoretikerInnen im »Süden« und vor allem von im »Norden« lebenden, aber mit der nicht-weißen Kultur vielfältig verbundenen Intellektuellen getragen wird. Die Auswahl der Texte folgt zwei wichtigen Gedanken des Postkolonialismus: Erstens sollte mensch sich gegen die »weiße« Normalität wenden, die alltägliche Praxis in der weißen, heterosexuellen Festung angreifen, dadurch werden die Bereiche des Übergangs, die Ränder interessant. Zweitens zu erwarten, dass »jenseits des Weißen« eher Unordnung und Unübersichtlichkeit auf eine/n warten und einfache politische Aussagen und Bündnisse nicht zu erwarten sind.

Der *alaska*-Reader mit 16 Artikeln wagt sich in diese Welt der internationalen Debatte und berichtet über Frauen und Zivilgesellschaft in Afrika und über die rassistische Struktur der amerikanischen Gefängnisindustrie und der US-Großstädte. Die Debatte um Identitäten und ihre Folgen spielt z.B. in den zwei Artikeln über Whiteness, die die Kultur und die Praxis der »weißen« Mehrheitsgesellschaft unter die Lupe nehmen, ebenso eine Rolle wie im Beitrag über das Verhältnis von weißem Mittelklassefeminismus und »schwarzem« Frauenselbstverständnis. Weitere Beiträge wenden sich gegen die Unterordnung von Fraueninteressen unter das Projekt der antikolonialen Befreiung, egal ob in Nordirland oder in Südafrika oder stellen Migrationsstrategien osteuropäischer Sexarbeiterinnen vor. Der manchmal etwas schlampig gemacht wirkende Reader ist für alle, die sich etwas mit der internationalen (Theorie-) Debatte befassen wollen und sich von einigen doch anspruchsvolleren Texten nicht abschrecken lassen, zu empfehlen. Er versucht »Postkolonialismus« jenseits seiner modisch-akademischen Verwertung greifbar zu machen und an internationalistische und antirassistische Bewegung rückzubinden. Auch wenn in diesen Bewegungen einige Essentials des Postkolonialismus schon längst Konsens sind, geht Postkolonialismus weit darüber hinaus und hat noch viel zu bieten, was sich für die deutsche Antirassismusbewegung deshalb zu debattieren lohnt, weil auch sie etliche blinde Flecken hat.●

Bernd Hüttner

76 S., 4 DM. Einzelexemplar für schlappe 5 DM in Briefmarken, drei Hefte 10 DM, nur gegen Vorkasse. alaska, Bernhardstr. 12, D-28203 Bremen
Email: redaktionalaska@vobis.net

JOBS

Wir suchen
eine Fachfrau/einen Fachmann als Abteilungsleiter/In für unsere digitale Druckvorstufe. Fundierte Kenntnisse in den gängigen MAC-Anwendungen, DOS-Programmen, sowie MacOS/Windows NT-Kenntnisse setzen wir voraus. Schön wäre es, wenn die/derjenige auch noch Erfahrungen aus kollektiven Arbeitsverhältnissen mitbrächte.
Wir sind
eine kollektiv geführte Offsetdruckerei. Zur Zeit arbeiten bei uns 13 Menschen. Unsere technische Ausstattung besteht aus 2 Vierfarbdruckmaschinen im Format 36x52cm und 72x102cm und einer kompletten digitalen Druckvorstufe mit vier MAC-Arbeitsplätzen, Scanner, Plotter, Signastation und Signasetter zur Belichtung fertig ausgeschossener Druckbögen bis zum Format 70 x 100 cm. In der Vorstufe arbeiten im Moment 4 MitarbeiterInnen und 1 Lehrling. Unsere Betriebsräume befinden sich in einer kleinen Gemeinde etwa 40 km südlich von München im Voralpenland.
Wir wünschen uns
jemanden, die/der sich zutraut, die Abteilung Druckvorstufe selbständig und eigenverantwortlich zu leiten und zu organisieren. Da wir wissen, dass dies einen hohen Grad an Identifikation mit dem Betrieb voraussetzt, sind wir für jede Form der Mitarbeit offen. Wer Interesse hat, die/der soll sich melden bei:
Ulenspiegel Druck & Verlag GmbH,
Besengassl 4, D-82346 Andechs

MEDIENLINKS

Auf unsere Homepage verweisen wir auch auf fast 100 weitere deutschsprachige Zeitschriftenprojekte:
www.contraste.org

PROJEKTE

Lust auf Altenpflege?
Lust auf Gemeinschaft?
Die Kommune Niederkaufungen baut eine Tagespflegeeinrichtung für alte Menschen auf.
Hierfür suchen wir Menschen, die Kritik an den bestehenden Verwahranstalten haben und neue Wege gehen wollen.
Mehr Infos über das Projekt unter:
Kommune Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 8 00 70

KONTAKTE

Leben ohne Verzicht – ökolog., antikapital., vegan/vegetar, spirituell, selbstversorgt – im bergig., nordbrandenburg, Wald+Brachen+Seydill; 100 km nördl. Bln., 2 Std. ÖVP. Kennenlern+Zukunftsplan+Vernetzungstreffen für Singles, Fam., Gemeinschaften ab Apr/Mai.
Roy Rempt, D-17279 Lychen, Fbger. Str. 3
☎/AB (03 98 88) 30 76

HILFERUF

Riesenschnauzermischlingsmädchen (3 Jahre) mit Lärmtrauma muss finden: ruhigen Ort mit viel Natur, Auslauf, Liebe, Zuwendung (wenig Autos), Kinder ab 5 J.; Katzen/Pferde geht. KIRA, lieb, intelligent, sterilisiert.
DRINGEND! c/o Silvia Pfenninger
☎(0 71 21) 79 85 68
BITTE HELT IHR!

JOBSUCHE

Suche Stelle als **Zweiradmechaniker** in HD und Umgebung bis 10 km.
K. Hagendorn, Frauenpfad 33, D-69221 Dossenheim

INTERNETADRESSE

Auf unserer Website könnt Ihr zu vielen Projekten surfen und andere Medienprojekte besuchen. Unsere Link-Liste wird paralell zur Herstellung der BUNTEN SEITEN 2001 laufend erweitert und aktualisiert. Auch die komplette Ausgabe 1 und demnächst auch Nr. 2 aus dem Jahr 1984 ist dort auf unserer Archiv-Seite zu finden:
www.contraste.org
Seit August 1999 gibt es eine Kommune-Homepage mit Selbstdarstellungen, Angeboten und Gesuchen:
www.contraste.org/kommunen

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung
12. Jahrgang, Nr. 45, März 2001, 288 S.
Emanzipation und globalisierter Kapitalismus
Conert – Kapitalistische Entwicklung und politisch-emanzipatorisches Handeln / Seppmann – Zivilisierung und Unterdrükkung / Azzarà – Globalisierung und Imperialismus / Wehr – EU und Globalisierung / Unger – Identität, Differenz und nationale Frage
Politik
Bethge – Bildungspolitik der „neuen Mitte" / Peter – Demokratie in Arbeit und Betrieb?
Theorie
Stamatis – Automatisierung der Produktion/ Metscher/Lee – Ästhetik bei Holz / Nyikos – Gesellschaftstheorie
Und: Harrer – Walter Grab / Balzer – Wolfgang Abendroth / Stroech – Bibliotheken von Marx und Engels
Berichte/Rezensionen
Z Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60 ; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.-Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

BUH e.V.
Berufsverband unabhängiger Handwerkerinnen und Handwerker
Unsere Zielsetzungen:
-Politisches Engagement zur Abschaffung der Meisterpflicht als alleinige Voraussetzung einer Selbständigkeit im Handwerk
-Wiedereinführung der Gewerbefreiheit
-Gleichstellung von Mann und Frau im Handwerk
Unseren Mitgliedern bieten wir: Beratung, Hilfestellung, Information, Mitarbeit und Diskussion im Kampf mit der deutschen Handwerksordnung.
BUH e.V.
Klein Breese 13 29497 Woltersdorf,
Tel. 05841-973900 Fax 973901
http://www.aries.de/BUH

DER RABE RALF
Die unabhängige Umweltzeitung aus Berlin
Prenzlauer Allee 230
10405 Berlin
☎ 030 / 44 33 91-0
Abo 20 DM/Hj., Probenummer gratis

ÖKOSTADT
- die Vision vom städtischen Leben in Harmonie mit den Mitmenschen und im Einklang mit der Natur
- ein Verbund von vielen Menschen und mehreren Organisationen, die seit Jahren für ihre Vision in Berlin und dem Land Brandenburg aktiv sind
- der praktische Anfang des gemeinsamen Bauens und Siedelns in Lychen, Stadt der Seen und Wälder in der Uckermark

- Infoabende in Berlin und Lychen nach tel. Absprache
- Ausstellungen zu Ökologie und Soziokultur in Lychen
- 24.-27.05.2001: **Fahrraddemo Berlin-Lychen-Berlin**
- 25.-26.08.2001: **Kulturfest "Wüstenkulturen"** in Lychen

Kontakt Berlin: Weidenweg 62, 10247 Berlin,
Tel.: (030) 42085654, E-mail: berlin@oekostadt-online.de
Kontakt Lychen: Vogelgesangstr. 4, 17279 Lychen,
Tel. (039888) 4195, E-mail: lychen@oekostadt-online.de
http://www.oekostadt-online.de/
Konto-Nr: 353 57 02, BfS Berlin, BLZ: 100 205 00

« Unser LEBEN ist der MORD durch ARBEIT–wir hängen 60 Jahre lang am STRICK und zappeln. Aber wir werden uns LOSSCHNEIDEN»
[Georg Büchner, 1835]

[anar'ço:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer
DA DIREKTE AKTION anarchosyndikalistische Zeitung
PROBEHEFT
Direkte Aktion
Mühlgasse 13
60486 Frankfurt
da@fau.org

şiddetten arınmış ve tahakkümsüz bir toplum için Otkökü Devrimi
otkökü
vierteljährliche deutsch/türkische Beilage der Graswurzelrevolution, Monatszeitung für eine gewaltfreie, herrschaftslose Gesellschaft

ABONE OL
Otkökü soll als "Massenzeitung" an vielen Orten ausgelegt/verteilt werden. Wir vertreiben Otkökü gegen Vorkasse (bar, Scheck, Briefmarken). Mindestabnahme: 20 Stück. Preise (plus Versandkosten): 20 Ex.: 10 DM, 50 Ex.: 20 DM, 100 Ex.: 30 DM, 1000 Ex.: 200 DM, weitere Preise auf Nachfrage.
Ich bestelle
..... Exemplare der Otkökü Nr. 1 (März 2001);
.... Exemplare der Otkökü Nr. 2 - erscheint im Sommer 2001
.... ein Graswurzelrevolution Schnupperabo für 10 DM (3 Nummern)
Ich lege Bargeld/Scheck/Briefmarken bei. Name/Anschrift:

Ausschneiden, in einen Umschlag stecken und ab geht's an:
GWR-Vertrieb, Straßburger Str. 24, D-10405 Berlin
Tel./FAX: 030/4428185, e-mail: gwr.finanzen@t-online.de.
www.comlink.de/graswurzel

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen (38 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **10 DM** (jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **40 DM** (jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, mit Briefmarken oder mit Bankeinzug. Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein. Quittungen nur bei ausreichend frankiertem Rückumschlag.
Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos im Papierkorb!
Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM.
Da gibt's nämlich ne Rechnung.
Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE e.V.
Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

SCHNIPSEL

Wie wichtig ist Dir die junge Welt

Infos, Probeabos, Spenden, Genossenschaft der jW:
030/53 63 55-0, redaktion@jungewelt.de
Im Internet: www.jungewelt.de

Ja, ich abonniere die Tageszeitung *junge Welt*
Name/Vorname
Straße/Nr.
PLZ/Ort
Telefon
Ich möchte die Abogebühren gerne
O monatlich (nur mit Einzugsermächtigung)
O vierteljährlich
O halbjährlich
O jährlich zahlen.
Ich zahle den
O Solidaritätspreis (mtl. 59 Mark)
O Normalpreis (mtl. 45 Mark)
O Sozialpreis (mtl. 30 Mark).
Den Coupon schicke ich an: Verlag 8. Mai GmbH, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, oder faxe ihn an die Nummer 030/53 63 55 44.
O Künftig bezahle ich mein Abo per Bankeinzugsermächtigung.
Ich ermächtige Sie hiermit, den Betrag von meinem Konto abzubuchen:
Geldinstitut
Bankleitzahl
Kontonummer
Datum/Unterschrift
Ich kann die Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei *junge Welt*, Karl-Liebknecht-Str. 32, 10178 Berlin, widerrufen. Das reguläre Abo läuft mindestens ein halbes Jahr und verlängert sich um den vorn angekreuzten Zahlungszeitraum, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf bei Ihnen kündige (Poststempel).
Datum/2. Unterschrift

kassiber 44
(Februar/März 2001)
> Imagebeschmutzung durch die deportation-class-Kampagne: Der Kranich läßt Federn
> Siebdruckgruppe Antiplakativ: Jedes Plakat ein potentieller Störfaktor
> Offene Fragen zur Geschichte und Politik der Revolutionären Zellen
> Israel im Nahostkonflikt
> Die Logik des Antisemitismus
> Eine Gute Tante und ihre Bösen Onkelz
> Gruppe 2 schnüffelte europäische Linke aus

> Der Prozeß gegen das angebliche RAF-Mitglied Andrea Klump
> u.v.a.m.
60 Seiten für 5 Mark
Abo (5 Ausg.): 30 Mark
kassiber gibt es z.B. in Infoläden oder beim VzVuN, St.-Pauli-Str. 10/12, 28203 Bremen,
Fax: 0421-75682.
Mail: kassiber@brainlift.de
Beim VzVuN können auch kostenlose Probehefte angefordert werden!
www.nadir.org/nadir/initiativ/kombo/kassiber.htm

Ihre Hilfe ist erforderlich
Mit den Aktien-Stimmrechten vieler KleinaktionärInnen konfrontieren wir Vorstand, Aufsichtsrat und die Öffentlichkeit mit den Kehrseiten der BAYER-Gewinne. Wir treten ein für Umweltschutz, soziale Sicherung und Menschenrechte. Falls auch Sie BAYER-Aktien besitzen, überlassen Sie die Stimmrechte nicht den Banken. Übertragen Sie ihre Stimmrechte uns.
Informationen abfordern, jetzt!
CBG
Kritische BAYER-AktionärInnen • *Coordination gegen BAYER-Gefahren*, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf • Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40, e-mail: CBGnetwork@aol.com

IMPRESSUM

CONTRASTE

Monatszeitung für Selbstverwaltung
erscheint 11mal im Jahr.
ISSN 0178-5737
Herausgeber ist CONTRASTE,
Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
69035 Heidelberg
☎ (06221) 16 24 67
Spendenkonto: Volksbank Bergstraße, BLZ 509 610 01, Kto-Nr. 64076

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben, zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fließen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion. Gerne nehmen wir Eure Texte und Fotos per E-Mail, verarbeiten können wir alle gängigen Formate.

In allen Redaktionen sind ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke.

Vertriebs-, AbonnentInnen- oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann die Einladungen zu den zweimal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen :
01099 Dresden, Redaktion Dresden, Reinhard Lichtenhahn, Görlitzer Str. 16, ☎ (0351) 802 99 40, Fax 802 99 50; 10961 Berlin, Redaktion Berlin, Ricarda Buch, Mehringdamm 69, ☎ (0 30) 612 38 27, E-Mail: ricabuch@aol.com, Internet: http://members.aol.com/ricabuch; 18569 Gingst/Westrügen, Redaktion Rügen/MV, Andreas Küstermann, Teschvitz 3a, ☎ (038305) 6 00 13, Fax 6 00 14, E-Mail: kuema-ostseh-redaktionsbureau@t-online.de, Internet: www.presse-verlag-ostseh.de; 22763 Hamburg, Redaktion Hamburg, Hilmar Kunath, Daimlerstr. 34 ☎ (0 40) 39 90 41 96, E-Mail: hkgw@vossnet.de, Internet: http://www.web-line.com/bs/contraste; 23701 Eutin, Redaktion Norddeutschland, Volker Nadolni, Janussstr. 11, ☎ (04521) 53 12, Fax 29 33; 28201 Bremen, Redaktion Bremen, Bernd Hüttner, Am Dammacker 8b, ☎ (04 21) 557 90 56, E-Mail: bhuettner@niatu.net, 28870 Ottersberg, Redaktion Bremen Umland, Götz Paschen, Everinghausen 42 ☎(04205) 77 99 66, Fax 77 99 65, E-Mail: torfkurier@t-online.de; 37085 Göttingen, Redaktion Göttingen, Kai Böhne, Wilamowitzweg 3, ☎ (0551) 5 75 46; 49008 Osnabrück, Redaktion Osnabrück, Herrmann Cropp, Postfach 18 11, ☎ (05402) 73 73, E-Mail: packpapier.verlag@t-online.de, Internet: www.packpapier-verlag.de; 51063 Köln, Redaktion Köln/Bonn, Heinz Weinhausen, Düsseldorfer Str. 74, ☎ (0170) 593 8900, (0221) 640 52 45, Fax 640 31 98, E-Mail: ina@link-lev.de; 60316 Frankfurt, Redaktion Rhein/Main, netz Hessen, Uwe Weppler, Egenolffstr. 5a, ☎ (069) 131 04 07, Fax 131 04 08, E-Mail: netz-hessen@nikocity.de; Redaktion Saarland, AKTION 3. Welt Saar, 66674 Losheim, Weiskirchener Str. 24, ☎ (06872) 99 30 56, Fax 99 30 57 E-Mail: a3wsaar@t-online.de und Netzwerk Selbsthilfe Saar e.V., 66111 Saarbrücken, Nauwieser Str. 19, ☎ (06 81) 37 15 02; 69035 Heidelberg, Redaktion Heidelberg, Postfach 10 45 20, ☎ (06221) 16 24 67, Fax 16 44 89; 69434 Hirschhorn, Redaktion Neckar/Odenwald, Stefan Riedel, Neckarsteinacher Str. 38x, ☎ (06272) 36 48, Fax 35 59, E-Mail: Stefan-Riedel@gmx.de; 71729 Erdmannhausen, Redaktion Stuttgart, Peter Streiff, Im Esper 22, ☎ (0 71 44) 33 22 56, E-Mail: p.streiff@link-n.cl.sub.de; 90419 Nürnberg, Redaktion Franken, Stefan Braig, Kirchenweg 4, ☎ (0911) 510 68 77, Fax 93 42 80 41 52, E-Mail: r.schaefer@odn.de; Portugal: Kurt Regenauer, E-Mail: k.regenauer@suedschiene.de, Internet: www.suedschiene.de

Fachredaktionen :
Genossenschaften: 79102 Freiburg, Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ (0761) 70 90 23 · Fax 70 90 84, E-Mail: genossenschaft@t-online.de; Jugendumweltbewegung: 27283 Groß Hutbergen, Post Hönisch, Peter von Rüden, Ármin Torbecke, Thedinghauser Str. 13, ☎ (04231) 48 78, Fax 48 79, E-Mail: p.rueden@link-n.cl.sub.de; Sozialpolitik, AG SPAK: 68167 Mannheim, Nico-Reiner Schindler, Pappelallee 31, ☎Fax (06 21) 30 38 13; Selbstorganisierte Lebensgemeinschaften: 10829 Berlin, Detlef Bansamir, Katzlerstr. 16, E-Mail: DetlefBansamir@gmx.de; Information & Kommunikation, 73525 Schwäbisch Gmünd, Karl Dietz, KOMM! Redaktion, Rechbergstr. 39, ☎(07171) 18 18 77, E-Mail: karl.dietz@gmx.de, Internet: http://komm.ffii.org; Umweltschutz von unten: 35447 Reiskirchen-Saasen, Jörg Bergstedt, Ludwigstr. 11, ☎(06401) 90 32 83, Fax 90 32 85, E-Mail: projektwerkstatt@apg.lahn.de

V.I.S.D.P.: Dieter Poschen, über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der/die Autor/in die Verantwortung.
Eigenverlag; alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Dieter Poschen, c/o CONTRASTE e.V., ☎ (06221) 18 34 02; Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 5/98
Herstellung:
Zündsatz GbR, Pleikartsförsterstr. 19, 69124 Heidelberg;
Bildredaktion: Ute Berthold, c/o CONTRASTE
Druck: Caro-Druck, Kasseler Str. 1A, 60486 Ffm

E-Mail:
CONTRASTE@t-online.de
Internet:
www.contraste.org

Endredaktion:
☎ (06221) 18 34 02
Vertrieb:
☎ (06221) 16 24 67
Telefax:
☎ (06221) 16 44 89

ALTERNATIVE ÖKONOMIE

TAK AÖ

Methoden der Seminargestaltung und Vorbereitung »Sommerseminar Alternative Ökonomie«
Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie (TAK AÖ) organisiert eine Kooperationsveranstaltung mit der Stiftung MITARBEIT vom **23. bis 27.05. 2001** in Germerorde (zwischen Fulda und Kassel). Sie dreht sich schwerpunktmäßig um das Thema Seminargestaltung. Das Treffen ist in zwei Teile untergliedert. Im ersten Teil geht es um »Inhalte«. Diesmal sollen methodische Hilfen bzw. praktische Vorgehensweisen für die Gestaltung von Seminaren vermittelt werden. Stefan Kanther von der Stiftung Mitarbeit erarbeitet diese mit den Teilnehmenden gemeinsam in Form eines Workshops. Anschließend wird mit den daraus gewonnenen Anregungen das diesjährige Sommerseminar »Alternative Ökonomie« des TAK AÖ vorbereitet.
Das ausführliche Programm für das Methodenseminar ist erhältlich bei Stiftung MITARBEIT, Stefan Kanther, Bornheimer Str. 37, D-53111 Bonn, Fax: (02 28) 604 24 22. Für die Vorbereitung zum Sommerseminar, insbesondere auch für das Interesse noch eigene Themen einzubringen, bitte wenden an: Burghard Flieger, Erwinstraße 29, D-79102 Freiburg, Fax: (07 61) 70 90 84.

LOS GEHT'S NRW...,

oder das gemeinsame, vielleicht etwas andere Leben, miteinander organisieren!
Das 3. Treffen aller an NEUEN WOHNFORMEN interessierten in NRW findet vom 17.-19.08.2001 in schöner Natur am Nordrand des Ruhrgebietes statt.
Infos und Anmeldung unter: Los geht's NRW, G. Rose, Bessemer Str. 77, 44793 Bochum, oder unter:
los-gets-nrw@web.de

NIEDERKAUFUNGEN

Eine Gruppe ist mehr als die Summe der Einzelnen
Wir Menschen verbringen einen Großteil unserer Zeit in Gruppen. Ob am Arbeitsplatz, im Privatleben oder im Freundeskreis... überall müssen Entscheidungen getroffen, Meinungen und Interessen ausgehandelt und Lösungen entwickelt werden. Gegensätzliche Interessen und Meinungsverschiedenheiten werden dabei oft als blockierend erlebt, Konflikte eher als Krise denn als Chance wahrgenommen.
Diese Sichtweise wollen wir an diesem Wochenende umkehren, Ansätze der Konfliktbearbeitung kennenlernen und auch ausprobieren, die Kräfte in Gruppen freisetzen und Lösungen näherbringen, in denen es nicht um Gewinnen und Verlieren geht.
Termin: 4.-6.5.2001
Information & Anmeldung:
Tagungs- und Begegnungshaus Niederkaufungen, Kirchweg 1, D-34260 Kaufungen
☎(0 56 05) 80 07 30, Fax 80 07 40
E-Mail: tagunghaus@t-online.de
www.contraste.org/kommunen

KONFERENZ

1. Oekonux-Konferenz:
Die Freie Gesellschaft erfinden
Von der Freien Software zur Freien Welt ?
Oekonux ist eine Wortverbindung von Oekonomie und Linux, von Ökonomie und Freier Software. Es symbolisiert eine neue Form des Wirtschaftens, die erst mit der Freien Software entstanden ist – und die eigentlich gar keine »Wirtschaft« im klassischen Sinne mehr ist.
Oekonux ist ein dem in Angebot, Nachfrage und Geld denkenden Menschen unverständliches Phänomen. Da schaffen tausende Freiwillige hochkomplexe Software, die heute die Welt zusammenhält – das Internet gäbe es ohne Freie Software nicht – und die allermeisten der Volunteers bekommen dafür kein Geld. Das ist ein Phänomen, dass mit Altruismus nur unzureichend beschrieben ist, denn die Entwickler haben ja etwas von ihrer Tätigkeit: Es ist ihr Leben, sie gehen darin auf, es entspricht ihrer Persönlichkeit, genau dieses zu tun. Der Maßstab des Geldes verliert an Bedeutung, natürlich auch, weil die hochqualifizierten Spezialistinnen und Spezialisten in der Regel gut abgesichert sind.
Neben der Möglichkeit der Selbstentfaltung tritt die globale Vernetzung und Selbstorganisation hinzu. Sie ermöglicht eine globale Allokation von Ressourcen, die kein Global Player der »alten« New Economy zustande bringt. Das hat etwas mit der besonderen Form der Ressource zu tun: Es handelt sich um Wissen. Die New Economy versucht Wissen wie Röhrenradios und Fließbandautos proprietär, also exklusiv und knapp zu halten. Marktwirtschaft als Knappheitsökonomie, Knappheit, die Reichtum produziert. Oekonux dreht das Paradigma um: Es produziert Reichtum durch Überfluss. Die Allokation von Wissen in freier Form ist effektiver als die der Beschränkung von Austausch. Die Netzwerkökonomie stellt die Linienökonomie auf den Kopf. Oekonux baut auf den Universalprodukten der New Economy auf und geht gleichzeitig über sie hinaus.
Die Konferenz stellt die New Economy in Frage kaum das sie sich entwickelt hat, denn das Neue von heute ist das Alte von morgen. Sie fragt nach der neuen Neuen Ökonomie, sie fragt nach Oekonux, der Möglichkeit einer egalitären Reichtumsökonomie in einer Welt, in der die Selbstentfaltung des Einzelnen die Voraussetzung für die Entfaltung aller wird.
Hat Oekonux einen Realitätsgehalt oder ist es doch nur ein Hirngespinst? Ist es berechtigt, von etwas neuem Neuem zu sprechen, oder ist Oekonux doch nur das Alte in neu? Kann sich Oekonux behaupten oder handelt es sich nur um einen neuen Innovationsschub für die alte New Economy?
Dortmund ist eine Stadt, die den Umbruch von der Good Old Economy zur New Economy geht. Sie ist reif, sie ist der passende Ort für die neuen Fragen. Wir laden alle technik-begeisterten und -kritischen, enthusiastischen und ernüchterten, utopisch-suchenden und realistisch-fragenden Menschen – alle, die eine Freie Welt wollen – in diese Stadt zur ersten Oekonux-Konferenz ein.
Termin: 28.-30.4.2001, Fachhochschule, Sonnenstr. 96, Dortmund
Anmeldung:
anmeldung@oekonux-konferenz.de
Näheres: www.oekonux-konferenz.de

HAMBURG

Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Selbstausbeutung?
Talkshows im Ahoi
19.4.2001: Kollektivbetriebe
Innerhalb des Kapitalismus können keine egalitären Mikro-Ökonomien entstehen; die Mechanismen kapitalistischer Akkumulation sind auf der Alltagsebene nicht (oder bestenfalls arg begrenzt) außer Kraft zu setzen. Betriebe mit einem Kollektivanspuch, die unter Marktgesetzen bestehen müssen, erleben die daraus resultierenden Effizienz- und Rationalitätsüberlegungen häufig als Einfallstor für konkurrenzförmige Sozialformen untereinander und kratzen betriebswirtschaftlich häufig an der Grenze des Existenzminimums. Viele Betriebe schrauben ihre Ansprüche herunter, geben auf oder wandeln sich in Chefbetriebe um. Andere funktionieren schlicht und ergreifend, es werden solidarische Umgangsformen entwickelt und Infrastruktur für die Szene bereitgestellt.
So oder so sagen die Erfahrungen in Kollektivbetrieben etwas über die Probleme sozialistischer Wirtschaft und kollektivistischer Organisationsform aus; sie können als Experimente oder Modelle durchaus brauchbare Erfahrungen für ein gesellschaftliches Projekt und den Umgang mit (Lohn- oder Leistungs-) Gerechtigkeit und Egoismus vermitteln.
Zwei existierende Kollektive (Fritz Bauch und Schanzenbuchladen) und ein ehemaliger Kollektivbetrieb (Zimmerleutekollektiv) halten Innenrevision.
17.5.2001: Kommunen
21.6.2001: Finanzkoops
12.7.2001: Hafenstraße
Alle Veranstaltungen jeweils 21 Uhr, AHOI, Balduintreppe/St.Pauli, Hafenstraße

VERDEN

Anders leben – anders arbeiten
Seminar für neugierige Menschen ab 16
Karriere, Kleinfamilie, Kleingeistigkeit – waren das nicht die drei Ks, die auf Frauen wie Männer nach der Schule und ggf. der Ausbildung warten? Und soll das alles gewesen sein? Die Umwelt geht mitsamt dem Klima den Bach runter, das Elend in den armen Ländern des Südens spricht allen Heilsverkündungen der Freihandels-Fans Hohn und auch hierzulande werden die Armen immer ärmer, die Reichen immer reicher – die Menschen immer einsamer.
Doch es gibt Menschen, die das nicht so einfach hinnehmen wollen, die sich auf die Suche gemacht haben nach anderen Formen des Zusammenlebens, des Arbeitens, des Wohnens usw. In Verden an der Aller zogen vor fast 10 Jahren viele Leute aus der Jugendumweltbewegung in Wohngemeinschaften, taten sich mit existierenden Land-Projekten zusammen und gründeten das Ökozentrum als Ort zum Wohnen, Arbeiten, Tanzen, Politik machen. Es ist nicht beim Ökozentrum geblieben.
An dem Wochenende wollen wir das Verdenprojekt vorstellen, Fragen beantworten und besondere Knackpunkte genauer betrachten:
- Entscheidungsfindung
- Selbstverwaltete Betriebe
- Gemeinsame Kasse

Zeit wird bleiben, nach den eigenen Träumen und Wünschen zu schauen: Wie und wo und mit wem will ich leben? Was bedeutet (anders) arbeiten für mich, was gehört zum selbstorganisierten Leben dazu?
Teilnahmebeitrag 60 bis 80 DM.
Termin: 11.-13.5.2001
Information & Anmeldung:
forum, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 10, Fax 95 75 12
E-Mail: forum@oekozentrum.org
www.oekozentrum.org/forum

MEDIEN

Spezielle Effekte fürs Web
Manchmal reicht es im Web nicht aus, nur durch Content zu glänzen: Bestimmte Zielgruppen wollen es nun mal etwas bewegter und interaktiver. Mit Flash haben Sie dafür das richtige Werkzeug zur Hand. Animieren Sie Text und Grafik und erstellen Sie beeindruckende Präsentationen. Durch Einbinden von Sound als Hintergrundmusik oder Effektgeräusch bekommen Ihre Websites ein zusätzliches Element, um sich von herkömmlichen HTML-Auftritten abzuheben.
Termin: 23.-27.4.2001

Digitaler Radioschnitt
Audiobearbeitung mit dem PC
Tondokumente digital am PC zu bearbeiten, ist Inhalt dieses Workshops: Wavedateien, Virtual Editing, Harddisk-Recording, MP3, digitale Effekte und vieles mehr. Gearbeitet wird mit dem Programm Samplitude. Ziel ist die Aufbereitung von Streaming Audio fürs Web. Das Ergebnis, ob Musik- oder Wortbeitrag, kann mit nach Hause genommen werden.
Termin: 14.-16.5.2001

Das Interview
Planung, Fragetechnik, Bearbeitung
Endlich Gelegenheit, mit dem ersehnten Interviewpartner zu reden: Welche Fragen soll ich vorbereiten? In welcher Reihenfolge stelle ich sie? Wann weicht man am besten von seinem vorbereiteten Fragenkatalog ab? Worauf muss ein guter Interviewer in einem Gespräch achten? Welche Signale muss er erkennen und nutzen? Oft erfährt man mehr, wenn man nicht fragt – aber wie geht das? Zu guter Letzt: Was ist die geeignete Darstellungsform für meine Leser?
Termin: 10.-11.5.2001
Information & Anmeldung:
Journalistenakademie
Fax (0 89) 13 14 06
E-Mail: info@journalistenakademie.de
www.journalistenakademie.de

Internet für EinsteigerInnen
Schlagworte wie E-Mail, World Wide Web und Newsgroups fliegen uns ständig um die Ohren. Doch was kann das Internet wirklich und was habe ich davon? Wir wollen die Dienste einmal selbst ausprobieren und technische und gesellschaftliche Hintergründe erläutern. Im »forum« steht uns eine Computerausstattung mit Internetzugang zur Verfügung. Teilnahmebeitrag 60 bis 80 DM.
Termin: 27.-29.4.2001
Information & Anmeldung:
forum, Artilleriestr. 6, D-27283 Verden
☎(0 42 31) 95 75 10, Fax 95 75 12
E-Mail: forum@oekozentrum.org
www.oekozentrum.org/forum

ÖKODORF-INSTITUT

4.-5.5.2001: Seminar der Delphin-Gemeinschaft zur Gemeinschaftssuche/-gründung in Hausen im Wiesental/Schwarzwald
24.-30.5.2001: 7. Ökodorf-Festival, Begegnung von Gemeinschaften, Gründungsinitiativen und Suchenden, in sozial engagierter Gemeinschaft bei Mainz mit über 20jähriger Erfahrung.
Weitere Seminare im deutschsprachigen Raum nach Absprache.
Info zu allen Terminen:
Ökodorf-Institut, Bergwerkstr. 33,
D-79688 Hausen im Wiesental
Tel./Fax (0 76 22) 67 13 22
E-Mail: oekodorf@gemeinschaften.de
www.gemeinschaften.de

RADIKAL REISEN

Israel
Tel Aviv und Jerusalem
Die »Friedensverhandlungen« zwischen Israel und der palästinensischen Autonomieregierung sind auf absehbare Zeit als gescheitert anzusehen. Die Situation im Nahen Osten steuert geradewegs auf eine neue Intifada oder einem neuen Krieg zu. Angesichts der gescheiterten Vermittlung im Friedensprozess wird die Diskussion mit unseren Partnern über den Stand und die verbleibenden Perspektiven des israelisch-palästinensischen Konflikts einen Schwerpunkt unserer Reise ausmachen. In Gesprächen mit verschiedensten Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen wollen wir uns einen Einblick in die gesellschaftspolitische Situation in Israel und den besetzten Gebieten verschaffen. Dabei wird uns insbesondere auch die Auseinandersetzung mit postzionistischen Positionen der sogenannten neuen Historiker bespielsweise beim Verständnis der Rolle Jerusalems in den Friedensverhandlungen beschäftigen.
Termin: August 2001
Kosten: ca. 950 DM

Großbritannien
EU matters!
– Europäische Innenpolitik
Im Zuge des europäischen Intergrationsprozesses werden im wachsenden Maße Entscheidungs- und Handlungskompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen. Einstmals klassische Bereiche nationaler Innenpolitik werden auf diese Weise zunehmend zu Bereichen einer europäischen Innenpolitik. Für unseren politischen Alltag gilt – EU matters und es wird immer wichtiger, politische Themen im europäischen Kontext zu betrachten. Wir wollen uns in Großbritannien umtun und in Gesprächen mit linken politischen Akteuren verschiedene Aspekte der europäischen Innenpolitik diskutieren. Neben einer grundsätzlichen kritischen Auseinandersetzung mit der europäischen Entwicklung geht es bei der Reise vor allem um einen Positionsaustausch mit den Gruppen vor Ort.
Termin: 1.-10.9.2001
Kosten: ca. 650 DM
Information & Anmeldung:
JungdemokratInnen / Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Str. 19, D-10178 Berlin
☎(0 30) 44 02 48 66
E-Mail: jdjlbgs@aol.com
Hier gibt es auch Infos zu weiteren Reisen

LIBERTÄRE TAGE 2001

Vom **20. bis 22. April 2001** finden in Düsseldorf die »Libertären Tage« und eine Demonstration für Anarchie statt. Unsere letzten Aktionsformen waren allgemein durch den notwendigen Protest gegen bestehende Herrschaftsverhältnisse bzw. den Faschismus geprägt. Sehnsüchtig warten wir auf das nächste anstehende Großereignis, wie z. B. einen Castortransport, um dem Staat wieder ein wenig erfolgreicher in die Suppe spukken zu können. Unserer Meinung nach ist die bloße Reaktion auf den gesellschaftlichen Status Quo zu wenig. Auf der einen Seite mangelt es an substantieller Auseinandersetzung mit eigenen Inhalten, auf der anderen werden die Stärken der eigenen gesellschaftlichen Vorstellungen den Menschen außerhalb der Szene zu wenig vermittelt. Der Kapitalismus proklamiert das »Ende der Geschichte«, Parlamentarismus und Stellvertreterpolitik wird den Menschen als einzige funktionierende Form der gesellschaftlichen Organisation verkauft. Der Faschismus bietet einfache Lösungsansätze und marginalisierte Gruppen als Sündenböcke für die Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung. Wir AnarchistInnen befürworten hingegen die Selbstbestimmung der Individuen in einer solidarischen Gesellschaft und werden daher von allen machtorientierten und hierarchischen Strukturen wie Staat, Kirche und Kapital diffamiert. Unser vorrangiges Ziel sollte es sein, neben der Reaktion auf nicht Tolerierbares, vor allem die Vorzüge einer anarchistischen Gesellschaft aufzuzeigen.
Die Libertären Tage bieten auf der Grundlage dieser Idee die Möglichkeit, unsere Utopien nach außen zu tragen, zur Vernetzung bestehender und entstehender Projekte, Raum für Diskussion und eine Menge »Spass«. Wir zählen auf Eure rege Beteiligung und kreative Unterstützung. (Info- und Aktionsstände, Ideen für die Auftaktkundgebung, Plakate, Plattenstände, Flugblätter usw.) Falls Ihr Euch einbringen wollt – ruft uns einfach an.
Programm der Libertären Tage:
(vorläufig) **Freitag, 20. April 19 Uhr** Film: »Eat the Rich« im Metropol-Kino, Bilk ab 21 Uhr, Live-Musik im SP-Saal der Uni Düsseldorf (neben der Mensa auf dem Unicampus), danach Party
Samstag, 21. April 13 Uhr Beginn auf dem Burgplatz (Altstadt) mit Ständen, Live-Musik (Baxi, Petrograd), Aktionen 15 Uhr bunte und laute Demonstration für die Anarchie. **18 Uhr** Lesung, Live-Musik (Reggae) und evtl. Kabarett in der Kulturkneipe »3K«, Heeresbachstr. 21, Düsseldorf-Bilk, ab **21 Uhr** Punk und HC-Konzert im AK 47, Kiefernstr. Düsseldorf-Flingern mit Daddy Longleg (Münster), Asbest (Wuppertal), Kobayashi (Bremen)
Sonntag, 22. April (Ort und Uhrzeit wird noch bekanntgegeben) Vernetzungstreffen, politische Debatten
Für das Wochenende gibt es eine Pennplatzbörse.
Meldet Euch rechtzeitig unter (01 73) 176 17 37, falls Ihr Schlafplätze benötigt. (diese Telefonnummer gilt auch für allgemeine Fragen oder Anregungen zu den Libertären Tagen)

VERKEHR

Jetzt schlägt es 13!
Vom **28. bis 30. April 2001** findet in Leipzig der 13. Bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress statt. Alle zwei Jahre treffen sich Aktive und Interessierte aus dem Bereich »Verkehr & Umwelt«, um verkehrspolitische Zielsetzungen zu erarbeiten, Informationen auszutauschen, Kontakte zu knüpfen und Spaß an Aktionen und Kulturangeboten zu haben.
Veranstalter: Ökolöwe Leipzig, Der Fußgängerschutzverein FUSS e.V. und der Arbeitskreis Verkehr und Umwelt UMKEHR e.V. – Bundeskoordination der Verkehrsbürgerinitiativen.
Nähere Informationen:
UMKEHR e.V., Exerzierstr. 20, D-13357 Berlin
☎(0 30) 492 74 73, Fax 492 79 72
E-Mail: info@umkehr.de
www.umkehr.de

CONTRASTE

JETZT ABONNIEREN: Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug zum jährlichen Bezugspreis von 80,– DM (40 Euro) (incl. Versand). Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird.

Name:

PLZ, Ort, Straße:

Gruppe/Betrieb/Beruf:

Datum: Unterschrift:

Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)

☐ **Einzugsermächtigung:** Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementgebühren von meinem Konto abgebucht werden.

Kontoinhaber:

Geldinstitut:

Konto-Nr.: BLZ:

Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie schriftlich widerrufe.

Datum: Unterschrift:

☐ **Gegen Rechnung.** Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlung auf unser Konto !**

☐ **Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.**

Diese Bestellung kann **innerhalb von 7 Tagen schriftlich** widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg. Davon habe ich Kenntnis genommen.

Datum: Unterschrift:

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg, einsenden.

SCHNUPPERABO

CONTRASTE zum kennenlernen? Gegen 10 DM in Briefmarken/Schein bekommt Ihr CONTRASTE drei Monate frei Haus. Das Schnupperabo ist befristet und läuft automatisch aus. Also, 10 DM mit Eurer Anschrift und dem Vermerk »Schnupperabo« an nebenstehende Vertriebsanschrift einsenden.

Zum Verbleib bei der/dem BestellerIn
Ich habe am ..... die Zeitung CONTRASTE zum jährlichen Bezugspreis von 80,-DM abonniert. Ich weiß, daß ich das Abonnement innerh. von 7 Tagen schriftlich widerrufen kann. Dazu genügt eine Postkarte an: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg